

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

Lfd. Nr.	Antrag / Anregung	Antragsteller	Vorbereitung	Handlungsfeld	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussempfehlung BSB 07.12.2021 und IWU 08.12.2021	Entscheidung im Gemeinderat 15.12.2021
<p>*Hinweis: Das Handlungsfeld „alt“ entspricht der bislang geltenden Strategischen Ausrichtung mit ihren Handlungsfelder und deren Priorisierung. Bei der Investitionsklausurtagung im Haushaltsaufstellungsverfahren wurden bereits die neuen Handlungsfelder mit einer entsprechenden Priorisierung zugrunde gelegt, obwohl die Beschlussfassung hierzu noch aussteht. Die perspektivischen Handlungsfelder werden zusätzlich unter der Überschrift „neu“ angegeben. Die Priorisierung aus der Investitionsklausurtagung wurde - abweichend von der Handhabung bei der Klausurtagung - zur besseren Vergleichbarkeit an die bekannte Systematik angepasst (umso kleiner die Zahl, umso höher die Bewertung/Priorität).</p>							
1	500-Bäume-Programm. Planungen für die Hauptverkehrs- und Haupterschließungsstraßen in Kirchheim, um entlang dieser Straßen Bäume zur Verbesserung des Kleinklimas und der Luftqualität zu pflanzen.	Freie Wähler	IWU	<p>Alt: Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu: Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie (Prio 1)/Umwelt- und Naturschutz (Prio 2)</p>	<p>Im Stadtgebiet werden jährlich ca. 80 – 100 neue Bäume gepflanzt. Hierbei handelt es sich um Ersatzpflanzungen gefällter Bäume und Ergänzungspflanzungen in Grünflächen (ca. 1.800 €/ Baum). Die Gesamtkosten der Jahresbaumpflanzungen betragen ca. 150.000 – 180.000 Euro.</p> <p>Zur Etablierung weiterer Baumstandorte im Straßenraum sind Standortuntersuchungen (Medientrassen) und erhöhte Aufwendungen zur Herstellung der unterirdischen Baumquartiere im Straßenkörper notwendig (ca. 12.500 €/ Baum). Die Kosten betragen ca. das 5-fache einer Baumpflanzung in einer bestehenden Grünfläche.</p> <p>Ausgehend von einem Durchschnittswert (1/3 Straßenbäume, 2/3 Bäume in Grünflächen) werden für ein 500-Bäume-Programm 2,5 Mio. € benötigt.</p> <p>Die Verwaltung schlägt vor: Bei grundlegenden Straßensanierungen und Neubaumaßnahmen werden Baumpflanzungen mitberücksichtigt.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
2	Ausbau der Radwege, um durchgängige Radwegeverbindungen aus Dettingen, Lindorf, Ötlingen, Notzingen, Jesingen und Nabern in die Kernstadt zu bekommen. Vor allem der Gaiserplatz steht hier zeitnah im Fokus.	Freie Wähler	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Mit der Erstellung der Radwegekonzeption in 2022 werden die Radrouten betrachtet und Verbesserungen konkret geplant. Hier werden auch die Radwegeverbindung in die Kernstadt sowie die Radwegeführung am Gaiserplatz betrachtet.</p> <p>Im Haushalt 2022/23 wurden die jährlichen Mittel zur Umsetzung von Maßnahmen aus der Radwegekonzeption von 70.000 € auf 135.000 € erhöht. Die Verwaltung wird in einer der kommenden Sitzungen ein Aktionsprogramm für Sofortmaßnahmen vorlegen, bei denen die durchgehende Erreichbarkeit der Innenstadt aus Nachbarorten Bestandteil sein wird.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

3	Anlegen von öffentlichen Längsparkplätzen entlang des nördlichen Alleenrings zur Stärkung der nördlichen Innenstadt.	Freie Wähler	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Im Zusammenhang mit der Erstellung des neuen Verwaltungsgebäudes ist die Stadtverwaltung auch im Gespräch mit dem Land (Vermögen und Bau) zur Aufstockung des bestehenden Finanzamtsparkplatzes um mindestens ein zusätzliches Parkdeck.</p> <p>Die Verwaltung empfiehlt diesen Antrag abzulehnen und die Ergebnisse der geplanten Untersuchung zum Innenstadtverkehr abzuwarten.</p> <p>Das Konzept der Konzentration von Parkmöglichkeiten auf größeren Parkplätzen im innerstädtischen Bereich führt zu geringerem Parksuchverkehr quer durch die Stadt, was neben der Umwelt und den Anwohnern auch den Kfz-Lenkern selbst zugutekommt. Die oft chaotischen Zustände im Einfahrtsbereich der nördlichen Marktstraße verdeutlichen, wie viel Verkehr auch nur eine geringe Anzahl von Parkplätzen – z.B. in der Wiederholtstraße – anzieht.</p> <p>Die städtischen Tiefgaragen liegen hervorragend erreichbar am innerstädtischen Ring und gleichzeitig unmittelbar an der Fußgängerzone. Dieses System ist seit Jahrzehnten bewährt und hat auf die Attraktivität und die Aufenthaltsqualität der Innenstadt durch die Vermeidung von zusätzlichem Parksuchverkehr erheblichen Einfluss. Die Tiefgaragen sind zudem nur an wenigen Tagen voll ausgelastet. In der Regel werden in beiden Tiefgaragen im Jahr zwischen 40.000 und 60.000 € erwirtschaftet. Bei einer weiteren Schaffung von oberirdischem Parkraum, der in der Regel als attraktiver wahrgenommen und zuerst angefahren wird, führt dies zu noch geringeren Einnahmen - und dies bei hohen Gebäudeinstandhaltungskosten und Abschreibungen (Sanierung beider Tiefgaragen in den letzten Jahren).</p> <p>Zudem stehen weitere öffentliche Parkplätze gerade an dieser Stelle dem Ziel entgegen, einen sicheren und komfortablen Radverkehr zu fördern. Entlang der nördlichen Alleenstraße ist die Situation für den Radverkehr nicht tragbar, vor allem in der gefährlichen Rechtskurve sind sich öffnende Autotüren für Radfahrer/-innen nicht vorhersehbar und brandgefährlich.</p>	<p><u>Antrag von StR Birkenmaier (Freie Wähler):</u></p> <p>Anlegen von öffentlichen Längsparkplätzen entlang des nördlichen Alleenrings zur Stärkung der nördlichen Innenstadt.</p> <p>7 Ja-Stimmen 8 Nein-Stimmen 4 Enthaltungen</p> <p>→ Der Antrag erhält keine Mehrheit. → Damit kommt der Leitantrag der Verwaltung zum Tragen.</p>
---	--	--------------	-----	---	---	---

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

4	Beschaffung von iPads mit größerem Display (z.B. iPad Pro) für die Gremienarbeit.	Freie Wähler	BSB	<p>Alt: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 9)</p> <p>Neu: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 4)</p>	<p>Der digitale Sitzungsdienst wurde 2017/2018 im Gemeinderat eingeführt und 2019 auf die Ortschaftsräte ausgerollt. Es werden hierfür iPads (ca. 10") verwendet. Es handelt sich um Geräte in städtischem Eigentum und nicht um Leasinggeräte. Beantragt wird ein Upgrade auf eine ca. 3" größere Variante des Tablets. Bei einem iPad Pro inklusive Tastatur und Stift ist laut Hersteller von Kosten in Höhe von ca. 1.900 Euro/Gerät auszugehen. Gegebenenfalls lassen sich über eine Ausschreibung günstigere Konditionen erzielen. Für die aktuell 81 ehrenamtlichen Gremienmitglieder handelt es sich somit um einen Ausgabeposten in Höhe von gerundet 150.000 Euro (153.900 Euro). Aus Gründen der wirtschaftlichen Verwendung von Haushaltsmitteln und des großen Einrichtungsaufwands hat die Verwaltung den nächsten Austausch der Geräte im zeitlichen Zusammenhang mit der Kommunalwahl 2024 vorgesehen. Im Finanzplanungszeitraum wurden hierfür entsprechende Mittel angemeldet. Aufgrund der Weiterentwicklung der digitalen Infrastruktur für die Ratsarbeit sollte in diesem Zusammenhang geprüft werden, ob weiterhin an der Apple-Lösung festgehalten werden soll oder ob die Einbindung des Sitzungsdienstes in eine herkömmliche Windows-Umgebung weitergehende Nutzungsmöglichkeiten eröffnet. Hierbei ist zu gegebener Zeit zu betrachten, welche Version der Sitzungsdienst-App vom Hersteller prioritär weiterentwickelt wird.</p>	<p><u>Antrag von StR Schepp (Freie Wähler):</u></p> <p>Beschaffung von iPads mit größeren Display für die Gremienarbeit</p> <p>10 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen</p> <p>→ Der Antrag erhält eine Mehrheit. → Der Antrag wird damit zum Finanzantrag im Finanzhaushalt (vgl. lfd. Nr. BA 4)</p>	
5	Konzept zum Erhalt der Streuobstwiesen bis Sommer 2022.	Freie Wähler	IWU	<p>Alt: Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu: Umwelt- und Naturschutz (Prio 2)</p>	<p>Im 1. Quartal 2022 soll die „Streuobstkonzeption Kirchheim“ im Gemeinderat vorgestellt und Maßnahmen beschlossen werden. Eine Umsetzung ist ab Herbst 2022 geplant. Einzelmaßnahmen zur Umsetzung sind im Haushaltsplanentwurf 2022/2023 bereits enthalten.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
6	Die Biotopverbundplanung und die daraus abgeleiteten Maßnahmen sollen im 1. Quartal 2022 dem Gremium vorgestellt werden.	Freie Wähler	IWU	<p>Alt: Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu: Umwelt- und Naturschutz (Prio 2)</p>	<p>Aktuell ist die Biotopverbundkonzeption durch ein Planungsbüro in Bearbeitung. Im Oktober 2021 fand eine Veranstaltung zum Austausch mit den Umweltverbänden statt. Eine Fertigstellung des Werks ist bis Frühjahr 2022 vorgesehen. Nach Fertigstellung wird die Biotopverbundkonzeption dem GR vorgestellt.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

7	Planung eines Rundwegs in der Jesinger Halde.	Freie Wähler	IWU	<p>Alt: Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu: Umwelt- und Naturschutz (Prio 2)</p>	Es gibt bereits einen Wanderweg, der an der Jesinger Halde vorbeiführt. Dieser ist in der Wanderbroschüre der Stadtverwaltung Kirchheim unter Teck aufgeführt. Auch im Internet sind entsprechende Informationen enthalten.	<p><u>Antrag von StR Ambacher (Freie Wähler):</u></p> <p>Planung eines Rundwegs in der Jesinger Halde.</p> <p>12 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 4 Enthaltungen 1 Nicht abgestimmt</p> <p>→ Der Antrag erhält eine Mehrheit.</p>	
8	Einstellung von jeweils € 5.000 für 2022 und 2023 für benötigten Split für die Wegepflege im Stadtwald.	Freie Wähler	IWU	<p>Alt: Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu: Umwelt- und Naturschutz (Prio 2)</p>	Im Haushaltsplanentwurf 22/23 stehen für die Unterhaltung der Waldwege bereits 15.000 € zur Verfügung.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

9	<p>Einleitung eines städtebaulichen Wettbewerbs über die Neugestaltung des Kirchheimer Bahnhofsviertels, wie bereits vom Gemeinderat 2017 beschlossen.</p>	<p>Freie Wähler</p>	<p>IWU</p>	<p>Alt: Wohnen (Prio 1) /Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)/Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Die Verwaltung hält eine Attraktivierung des Bahnhofsquartiers für vordringlich, um Defizite in Städtebau, Funktionalität und Außenwirkung zu beheben. Die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs ist dazu die richtige planerische Methode. Um jedoch eine bauliche Realisierung eines Ergebnisses zu ermöglichen, sollten die noch im Eigentum der Bahn befindlichen Flächen und Gebäude (Bahnhofsgebäude und Gebäude der Radstation) vorher durch die Stadt erworben werden.</p> <p>Die Verwaltung schlägt vor, einen umfassenden Beteiligungsprozess für Nutzer der Mobilitätsdrehscheibe und zu möglichen gewerblichen Nutzungen am Bahnhof durchzuführen, aufgrund dessen ggf. private Investitionspartner angesprochen und die Auslobung zum Wettbewerb formuliert werden kann.</p> <p>Die Verwaltung hat aus Gründen der Finanzierbarkeit und Personalkapazitäten keine Mittel in den Haushalt 22/23 aufgenommen.</p> <p>Für Wertgutachten und Erwerb der Bahnliegenschaften wären im Investitionshaushalt Mittel in Höhe von ca. 2 Mio. € und für den städtebaulichen Wettbewerb im Ergebnishaushalt in Höhe von 150.000 € bereit zu stellen.</p> <p>Die Verwaltung schlägt vor, zunächst die Erwerbsgespräche mit den Eigentümern und dann den öffentlichen Beteiligungsprozess durchzuführen. Erst im Anschluss sollte der städtebauliche Wettbewerb erfolgen.</p>	<p><u>Antrag von StRin Bur am Orde-Käß (Grüne):</u></p> <p>Einstellung von Mitteln in Höhe von 30.000 Euro im Haushaltsjahr 2022 für die Durchführung eines Bürgerbeteiligungsprozesses.</p> <p>16 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 1 Enthaltung</p> <p>→ Der Antrag erhält eine Mehrheit. → Der Antrag wird damit zum Finanzantrag im Ergebnishaushalt (vgl. lfd. Nr. BA 9)</p>
---	--	---------------------	------------	--	--	---

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

10	<p>Gewerbegebiet Bohnau Süd. Hier sind im Haushaltsplan bis 2026 Ausgleichsmaßnahmen in Höhe von € 1.600.000 eingestellt. Wir bitten um Darstellung dieser Maßnahmen.</p>	<p>Freie Wähler</p>	<p>IWU</p>	<p>Alt: Wirtschaftsförderung (Prio 3)</p> <p>Neu: Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (Prio 2)</p>	<p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Bohnau Süd wurde ein Büro damit beauftragt ein Artenschutzgutachten sowie einen Umweltbericht zu erstellen. Aufgrund der Größe und Komplexität des Gebiets sind die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen. Darüber hinaus konnte eine genauere Bilanzierung des Eingriffs-Defizites im Umweltbericht bislang noch nicht durchgeführt werden, da verschiedene Punkte noch offen sind bzw. nachträglich geändert wurden, wie z.B. die Änderung Gebietstyps, die Anpassung der Erschließung oder die noch offene Ausgestaltung der Grünflächen. Als Anhaltspunkt für den Umfang der notwendigen Ausgleichsmaßnahmen wird deshalb auf die „Überschlägige Ermittlung des baurechtlichen Kompensationsbedarfes“ zurückgegriffen. Demnach ist von einem Defizit von 1,6 bis 2 Millionen Ökopunkten auszugehen. Jeder Ökopunkt ist in etwa mit 0,80 € anzusetzen.</p> <p>Gleichwohl der Umweltbericht der Bohnau Süd noch nicht final erstellt wurde, kann dennoch eine Übersicht der geplanten Maßnahmen und deren Priorisierung genannt werden. Ziel der Verwaltung ist es, die Ausgleichsmaßnahme möglichst ohne Verlust von landwirtschaftlichen Nutzflächen durchzuführen, um den Druck auf die Landwirtschaft nicht noch weiter zu erhöhen. Daher sollen so viele Maßnahmen wie möglich innerhalb der Grünflächen des Gebiets umgesetzt und außerdem auf die späteren Gewerbeflächen umgelegt werden. Um den finanziellen Rahmen nicht zu überschreiten werden Maßnahmen mit geringerem Kostenaufwand bevorzugt, wie beispielsweise Wald-Maßnahmen. Zudem soll der Ausgleich soweit möglich vorrangig innerhalb des Gebiets der Kernstadt Kirchheims erfolgen, um einerseits den Bezug zum Projekt und andererseits die Akzeptanz der Bevölkerung herzustellen. Es ist davon auszugehen, dass nicht alle anfänglichen Maßnahmen aufgrund der Mitwirkungsbereitschaften einzelner Eigentümer auch umsetzbar sind, sodass zunächst ein Überangebot an</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	---	---------------------	------------	---	--	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

					<p>Maßnahmen benötigt wird. Daher ist aufgrund des notwendigen Umfangs der Maßnahmen die Suche im ersten Schritt großflächig durchzuführen.</p> <p>Folgende priorisierte Reihenfolge der Maßnahmen wird für sinnvoll erachtet:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Maßnahmen innerhalb des Plangebietes 2. zwingende Maßnahmen des Arten- und Biotopschutzes (Buntbrachen und Feldhecken) 3. Oberbodenauftrag 4.a) Gewässerentwicklungsmaßnahmen innerhalb der Gemarkungen Kirchheims b) Gewässerentwicklungsmaßnahmen außerhalb der Gemarkungen Kirchheims (mit Verbesserungen für den Hochwasserschutz in Kirchheim) 5. Renaturierung von Streuobstbeständen 6. Förderung von Ackerwildkräutern 	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
11	Aktueller Straßenzustandsbericht und geplante Instandhaltungsmaßnahmen.	Freie Wähler	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Der Straßenzustandsbericht wird aktuell durch ein externes Büro mit Hilfe einer 360°-Straßenraumbefahrung erstellt und voraussichtlich im Sommer 2022 vorliegen.</p> <p>Der Straßenzustandsbericht wird eine Priorisierungsliste mit den erforderlichen Instandsetzungsmaßnahmen beinhalten und dient als Grundlage für die Planung der Sanierungsmaßnahmen unter Berücksichtigung der finanziellen und personellen Kapazitäten.</p> <p>Im Doppelhaushalt 2022/23 sind die Sanierungen Bulkesweg und Freiwaldaustraße geplant und im Haushaltsplan berücksichtigt. Beide Straßen liegen im Sanierungsgebiet, so dass hier auch Sanierungszuschüsse genutzt werden können.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

12	Wir beantragen einen Jugendtag, der sich mit verschiedenen Angeboten (Konzerte, Workshops, Wettbewerbe) ausschließlich und kostenfrei an Kinder und Jugendliche in Kirchheim richtet.	Die Grünen	BSB	<p>Alt: Bildung (Prio 2)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	<p>2019 hat im Zuge der Kommunalwahlen bereits ein Jugendtag in Kooperation von LINDE, Brückenhaus e.V. und Stadtverwaltung mit Bildungsangeboten und Mitmach-Aktionen für Jugendliche stattgefunden. In der Reflektion wurde entschieden, einen solchen Tag für Jugendliche jährlich anzubieten, ähnlich dem Weltkindertag. Aufgrund von Corona konnte diese Veranstaltung 2020 und 2021 nicht umgesetzt werden. Die Veranstaltung wurde damals aus Mitteln von Demokratie leben! finanziert. Weiter gibt es in Kirchheim unter Teck seit mehreren Jahren einen Jungentag und einen Mädchentag, die von den lokalen Trägern der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Stadtverwaltung im Bohnauhaus durchgeführt werden und stark frequentiert sind. Leider konnten diese auch aufgrund Corona 2020 und 2021 nicht stattfinden.</p> <p>Sobald die pandemische Lage die Planung und Ausrichtung eines Jugendtages zulässt, wird die Stadtverwaltung auf die Kooperationspartner zugehen.</p>	Zusage der Verwaltung, dass Jugendliche in die Planungen miteingebunden werden.	
13	Wir beantragen weitere naturnahe Erlebnisangebote (wie beispielsweise SNEG) für Kinder und Jugendliche. Beispielsweise in der Au und in der Jesinger Halde.	Die Grünen	BSB	<p>Alt: Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	<p>Der Bedarf nach naturnahen Angeboten ist bei Kindern und Jugendlichen vorhanden. Naturnahe Angebote sind auch Teil von Ferienprogrammen oder von Projekten im Rahmen von Demokratie leben!. Naturnahe Angebote sind mit finanziellen und personellen Ressourcen stark verknüpft und es braucht eine jeweilige Konzeption. Das Angebot des SNEG steht nicht nur den Kindern in der Südstadt offen, sondern ist geöffnet für alle und kann auch gezielt von anderen Trägern angefragt werden.</p> <p>Des Weiteren sind im Haushalt 22/23 Mittel in Höhe von 200.000,- für die Neugestaltung Walderlebnislehrpfad/ Sinneserfahrungspfad im Gebiet Hahnweide/ Bürgerseen/ Talwald enthalten. Das Projekt soll in mehreren Phasen umgesetzt werden, beginnen mit den Themen „Waldgeschichten – der Wald und der Mensch bzw. der Wald und die Sinne“.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

14	<p>Wir beantragen die Ermöglichung und technische Ausstattung von Bürgergärten innerhalb des Stadtgebietes. Geeignete Standorte befinden sich im Zwickel zwischen Stuttgarter- und Osianderstraße und eventuell im Schlossgraben.</p>	Die Grünen	BSB	<p>Alt: Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	<p>Die Verwaltung unterstützt die Zielrichtung des Antrags. Bürgergärten - sofern hiermit gemeinschaftliche Kleingärten gemeint sind – tragen zur nachbarschaftlichen Vernetzung bei und können ein neues Bewusstsein für den Umgang mit der Natur erzeugen. Die Verwaltung sagt eine Prüfung von Flächen zu, auf denen solche Bürgergärten unter Berücksichtigung sonstiger Rahmenbedingungen eingerichtet werden können.</p> <p>Zu den konkret genannten Orten:</p> <p>- Aus städtebaulicher Sicht ist die Nutzung der öffentlichen Grünfläche zwischen Osiander- und Stuttgarter Straße als „Bürgergarten“ ungeeignet, weil sie im gestalterischen Zusammenhang mit der Vorfläche und dem Gebäude Otto Ficker Areal steht, für dessen gestalterische Erhaltung (Gebäude und Vorfläche) sich die Verwaltung seit einiger Zeit intensiv einsetzt.</p> <p>- Der Schlossgraben wäre aufgrund seiner Lage geeignet, befindet sich jedoch nicht im Eigentum der Stadt. Zudem wäre die Denkmalbehörde zu beteiligen.</p> <p>In einem ersten Gespräch der Verwaltungsspitze mit Vermögen und Bau zeigten diese sich aufgeschlossen für ein solches Vorhaben. Auch wären die Aktiven des Jesinger Gemeinschaftsgartens bereit, hier fachlich zu unterstützen. Die Verwaltung beabsichtigt, den Schlossgarten als prioritären Standort für einen Bürger-/Gemeinschaftsgarten weiter voran zu treiben.</p> <p>Wenn der Antrag befürwortet wird, wird die Verwaltung entsprechende Verhandlungen zur Nutzbarkeit aufnehmen.</p>	<p>Erneute Prüfung des Zwickels zwischen Stuttgarter- und Osianderstraße</p> <p>9 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen 5 Enthaltungen</p> <p>→ Der Antrag erhält eine Mehrheit.</p>
----	---	------------	-----	---	--	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

15	Wir beantragen zu prüfen, wo für Jugendliche frei zugängliche Aufenthaltsplätze geschaffen werden können.	Die Grünen	BSB	<p>Alt: Kultur (Prio 10)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	<p>In der Jugendumfrage, welche im Frühjahr 2021 durchgeführt wurde, äußerten die teilnehmenden Jugendliche den Wunsch nach weiteren Aufenthaltsplätzen. Das Projekt „Streetwork“ untermauert dieses Anliegen darüber hinaus. Der Antrag entspricht somit auch den Vorhaben der Jugendplanung. Bei der Suche nach weiteren Aufenthaltsräumen für Jugendliche werden auch die vorhandenen Plätze wie z.B. Skaterplatz oder Bikeparks, Rollschuhplatz etc. mit berücksichtigt.</p> <p>Darüber hinaus hält es die Verwaltung für sehr wichtig, dass alle Teile der Bevölkerung sich in der Stadt – insbesondere Innenstadt - aufhalten können, auch wenn sie nicht konsumieren oder einkaufen wollen. Aus Sicht der Verwaltung sollte der Marktplatz, der Rollschuhplatz und perspektivisch auch der Roßmarkt in solche Überlegungen einbezogen werden. Auch erwartet sich die Verwaltung vom Bürgerpark und dem dortigen Boulder-Blöckle eine zusätzlich Attraktivierung des Geländes für Jugendliche.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
16	Wir beantragen, die Boulderwand im Hain der Kulturen durch zusätzliche Angebote zu ergänzen, beispielsweise durch eine Tischtennisplatte, eine Slackline o.ä.	Die Grünen	BSB	<p>Alt: Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	<p>Die Verwaltung sieht die Notwendigkeit der Belebung des Parks und der damit verbundenen sozialen Kontrolle. Die aktuellen Gegenstände (Kunst und Boulderwand) sind temporäre Anlagen. So kann auch das „Kunstviereck“ für temporäre Ausstellungen genutzt werden. Vor der Installation von weiteren (dauerhaften) Elementen möchte die Verwaltung zunächst die Erfahrungen mit der Boulderwand auswerten.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
17	Wir beantragen, die Lärmschutzwand am Schießwasen besprühen bzw. Bemalen zu lassen (in Absprache mit den Anwohner*innen).	Die Grünen	BSB	<p>Alt: Einwohnerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit (Prio 7)</p> <p>Neu: Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement (Prio 3)</p>	<p>Bei der genannten Lärmschutzwand handelt es sich um Privateigentum. Die Umsetzung dieses Projektes ist abhängig von der Verfügbarkeit der Fläche, den Kosten (Versiegeln, Honorar, Material etc.) und den Ressourcen, die dafür benötigt werden. Im kommenden Jahr war tendenziell ein anderes Graffiti-Projekt vorgesehen, das Besprühen der Trafo-Häuschen. Dafür sind insgesamt 1.500 € im Haushaltsentwurf 22/23 enthalten.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

18	Wir beantragen die in den nächsten Jahren geplanten die Maßnahmen bzgl. der Barrierefreiheit getrennt nach den einzelnen Stadtbezirken darzustellen.	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)/Gesellschaftliche Teilhabe und Bürgerschaftliches Engagement (Prio 6)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)/Gesellschaftliche Teilhabe und Bürgerschaftliches Engagement (Prio 3)</p>	<p>Der Ausbau der Bushaltestellen erfolgt über das Gesamtkonzept für das Stadtgebiet einschließlich der Ortsteile.</p> <p>Für den Umbau der Bushaltestellen - barrierefrei und mit Überdachung – stehen im Haushaltsplanentwurf 2022/2023 jährlich zwischen 205.000 – 300.000 € zur Verfügung. Die Verwaltung wird im Dezember 2021 dem Gemeinderat eine Priorisierung der Maßnahmen vorschlagen. Auch aus dem Inklusionsplan, der in Kürze dem Gemeinderat vorgestellt wird, ergeben sich Maßnahmen zur Barrierefreiheit. Eine Trennung nach Ortsteilen wird von der Verwaltung nicht empfohlen.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
19	Wir beantragen die geplanten Maßnahmen gegen Rassismus darzustellen (Fokus auf die nächsten drei Jahre).	Die Grünen	BSB	<p>Alt: Gesellschaftliche Teilhabe und Bürgerschaftliches Engagement (Prio 6)</p> <p>Neu: Gesellschaftliche Teilhabe und Bürgerschaftliches Engagement (Prio 3)</p>	<p>Die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ geförderte „Partnerschaft für Demokratie“ in Kirchheim unter Teck hat es sich als Ziel gesetzt Vielfalt zu gestalten, Zusammenhalt zu stärken sowie Extremismus und gesellschaftliche Polarisierung vorzubeugen. Hierbei spielen auch Maßnahmen, die sich kritisch mit Rassismus auseinandersetzen, eine wichtige Rolle.</p> <p>So wurden seit Beginn der aktuellen Förderperiode (2020 – 2024) zahlreiche Projekte gegen Rassismus gefördert und eine Demokratiekonferenz zum Thema organisiert (Titel: Rassismus im Alltag: Wie wir ihn vermeiden und klar Stellung beziehen).</p> <p>Auch im Hinblick auf die kommenden Jahre wird die kritische Auseinandersetzung mit Rassismus von zentraler Bedeutung für die Partnerschaft sein.</p> <p>Ein Ziel der Pfd ist die Aktivierung aller Kirchheimer Gruppen und Institutionen für einen kritischen Umgang mit Diskriminierung und Rassismus, die ihren Niederschlag in konkreten Projekten findet.</p> <p>Zudem soll eine interkulturelle und innergesellschaftliche Öffnung im Sinne einer Begegnung und Wertschätzung der unterschiedlichen Kulturen und sozialen Milieus angestoßen werden.</p> <p>Darüber hinaus beteiligen sich die Stadt Kirchheim und der Integrationsrat seit 2021 an den internationalen Wochen gegen Rassismus. Diese Beteiligung wird in den kommenden Jahren fortgeführt.</p> <p>Konkrete Maßnahmen/ Projekte können für die nächsten drei Jahre nicht aufgezeigt werden, da dies auch von den Beteiligten Akteuren vor Ort abhängt.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

20	<p>Wir beantragen zu prüfen, wie die Ganztagesbetreuung derzeit an den Schulen aufgestellt ist. Konkret interessiert uns: Ist in den Schulen jeweils genügend Platz für ein adäquates Angebot? Findet ein Nachmittagsunterricht statt oder gibt es stattdessen ein Betreuungsangebot? Wie ist die Essenssituation? Wird Hausaufgabenbetreuung angeboten?</p>	Die Grünen	BSB	<p>Alt: Bildung (Prio 2)</p> <p>Neu: Bildung (Prio 1)</p>	<p>Bei der Betreuung muss zwischen den Angeboten in der Ganztageschule und Regelschule unterschieden werden. Grundsätzlich gibt es an allen Schulen ein zusätzliches städtisches Betreuungsangebot, das sich nach dem jeweiligen Bedarf vor Ort richtet und daher auch unterschiedlich hinsichtlich der Betreuungszeiten sein kann. Eine Übersicht der Angebote kann der Anlage des Schulbedarfsplans 2020, Seite 62ff entnommen werden. Grundsätzlich stehen in allen Schulen eigene Betreuungsräume zur Verfügung.</p> <p>Das Angebot an Mittagessen wird von Montag bis Freitag durchgängig angeboten. Ausnahmen: Nabern (3 Tage pro Woche), Schafhof (2 Tage pro Woche) Jesingen (4 Tage pro Woche).</p> <p>Das Mittagessen findet in der Mensa statt. Die Mensasituation ist unterschiedlich, es wird bei zu wenig Kapazitäten im Schichtbetrieb das Mittagessen eingenommen.</p> <p>Hausaufgabenbetreuung: Eine „Lernzeit“ oder Zeitfenster für die Hausaufgaben wird angeboten, eine individuelle Betreuung ist dabei nicht möglich. Dies wurde über die Hausaufgabenbetreuung angeboten. Während der Corona-Pandemie war dieses Angebot stark rückläufig und hat sich bis jetzt noch nicht neu gefunden.</p> <p>Der ab 2026 bestehende gesetzliche Anspruch auf Ganztagsbetreuung an den Grundschulen stellt die Kommunen jedoch vor zusätzliche Herausforderungen. Die Rahmenbedingungen werden derzeit von den kommunalen Landesverbänden mit der Landesregierung geklärt. Für die Umsetzung des Rechtsanspruchs ist frühzeitig ein Fahrplan zu entwickeln.</p>	<p>Zusage der Verwaltung, eine Sitzungsvorlage zu erstellen, in der ein Fahrplan und die Maßnahmen für die nächsten Jahre aufgezeigt werden.</p>	
----	--	------------	-----	---	---	--	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

21	Wir beantragen eine Konzepterarbeitung für die Dachvermietung von PV-Anlagen auf privaten Gebäuden durch die Stadtwerke und Bürgerenergievereinigungen (evtl. Auch für die Teckwerke).	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu: Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie (Priorität 4) (Prio 1)</p>	Die Stadtwerke haben bisher in Einzelfällen die Machbarkeit zur Installation von PV-Anlagen auf privaten Dächern geprüft. Bisher waren die angebotenen Dachflächen zu klein (Garagendächer), der bauliche Zustand so schlecht, dass von einer wesentlich kürzeren Vermietungsdauer als von einem Abschreibungszeitraum von 20 Jahren ausgegangen werden muss und damit das Projekt unwirtschaftlich wird, oder die statische Auslastung war bereits so hoch, dass ein Aufbau einer PV-Anlage nicht realisierbar ist. Die beiden letztgenannten Situationen sind insbesondere oft auf Gewerbebauten, die eigentlich große Dachflächen haben, vorzufinden. Eine systematische Erhebung neben den bisher bekannten Instrumenten (z.B. Solaratlas), die auch die o.a. Rahmenbedingungen berücksichtigt, ist bisher nicht erfolgt. Sobald die Stelle der Vertriebsleitung besetzt ist (voraussichtlich 01.12.2021) soll, allerdings nicht in erster Priorität, ein entsprechendes Konzept mit der entsprechenden Potentialanalyse und den dazugehörigen Produkten entwickelt werden. Die bereits bestehende Pflicht für PV auf gewerblichen Gebäuden und die anstehende PV-Pflicht für Wohngebäude wird hier sicherlich neue Optionen für die Dachvermietung und wirtschaftliche Perspektiven für die Stadtwerke in diesem Segment eröffnen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.
22	Wir beantragen Mittel für die Erhaltungspflege der Städtischen Streuobstwiesen.	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu: Umwelt- und Naturschutz (Prio 2)</p>	Der Antrag wird von der Verwaltung befürwortet. Die Maßnahmen können über das bereitgestellte Budget finanziert werden.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.
23	Wir beantragen Mittel zur Pflege von als Ökomaßnahmen angepflanzten neuen Streuobstwiesen, damit diese ihre Funktionen dauerhaft erfüllen.	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu: Umwelt- und Naturschutz (Prio 2)</p>	Siehe lfd. Nr. 22.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

24	Wir beantragen zu prüfen, inwiefern die Einführung einer Abgabe auf Einwegverpackungen und Einweggeschirr in den Gastronomiebetrieben in Kirchheim möglich ist.	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu: Umwelt- und Naturschutz (Prio 2)/Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie (Prio 1)</p>	<p>Die Verwendung von Einwegverpackungen und -geschirr hat sich in den vergangenen 2 Jahren durch freiwillige Maßnahmen der Gastronomie und gesetzliche Vorgaben verringert. Die Stadtverwaltung ist erstmals im November 2019 auf Gastronomiebetriebe, Metzgereien und Bäckereien zugegangen, um die Einführung von Mehrwegpfandgeschirr und -becher anzuregen. Im November 2020 haben die ersten Betriebe das Mehrwegpfandgeschirr von reCIRCLE oder die Mehrwegpfandbecher von RECUP eingeführt. Mittlerweile bieten 15 Betriebe das Mehrwegpfandgeschirr und 13 Betriebe Mehrwegpfandbecher an. Mit weiteren Infoveranstaltungen sollen zusätzliche Betriebe gewonnen werden. Seit 01.07.21 ist die Verwendung von Plastikbechern und von Kunststoffgeschirr aus Polystyrol verboten. Ab 2023 müssen Betriebe ab einer bestimmten Größe ein Mehrwegsystem für Essen und Getränke zum Mitnehmen anbieten.</p> <p>Ergänzend könnte eine kommunale Verpackungssteuer für Einwegverpackungen für Getränken und Speisen zum Mitnehmen, die zum sofortigen Verzehr bestimmt sind, eingeführt werden. Mit der Steuer werden die Kosten für die Entsorgung des Verpackungsmülls im öffentlichen Raum finanziert und gleichzeitig ein Anreiz gesetzt, damit sich der Anfall von Verpackungsmüll für Getränke und Essen verringert und die Stadt sauberer wird. Zum 01.01.2022 führt zum Beispiel die Stadt Tübingen eine Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen für Getränke und Essen zum Mitnehmen ein, die zum sofortigen Verzehr bestimmt sind, unabhängig vom Material der Verpackung. Die Verpackungssteuer entsteht nicht, wenn das Essen, die Getränke nach Hause geliefert werden oder für den Verzehr zu Hause bestimmt sind, da hierbei kein öffentlicher Müll anfällt. Infos dazu unter: https://www.tuebingen.de/verpackungssteuer. Aktuell läuft in Tübingen ein Normenkontrollverfahren im Zusammenhang mit der Einführung der Verpackungssteuer. Eine Entscheidung wurde für das erste Quartal 2022 in Aussicht gestellt. Aufgrund der rechtlichen Risiken und des zu erwartenden Verwaltungsmehraufwands, welcher mit der Einführung einer zusätzlichen Steuer einhergeht, sollte aus Sicht der Verwaltung die Entscheidung über das Normenkontrollverfahren und die Erfahrungen der Stadt Tübingen abgewartet werden. Die Verwaltung verfolgt die weitere Entwicklung und berichtet zu gegebener Zeit im Gemeinderat.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.
----	---	------------	-----	--	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

25	Die Stadt soll den aktuellen Stand zur Weiterentwicklung des Kirchheimer Bahnhofs zur Mobilitätsdrehscheibe berichten. In dem Bericht soll insbesondere darauf eingegangen werden, wann und mit welchem Konzept die Weiterentwicklung des Bahnhofs vonstattengehen soll, die die Bürgerbeteiligung aussehen soll und inwiefern weitere Aspekte wie Barrierefreiheit und Sicherheit am Bahnhof mitgeplant werden.	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Auf die lfd. Nr. 9 wird verwiesen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
26	Wir beantragen eine Konzepterstellung für ein Parkraum-management in der Kernstadt von Kirchheim.	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Der Gemeinderat hat in Zusammenhang mit dem Bau des neuen Verwaltungsgebäudes in der Marktstraße 1 und 3 ein Mobilitäts- und Parkierungskonzept für die Innenstadt beschlossen.</p> <p>Die Verwaltung hat sich bereits in Grundzügen mit dem Thema Anwohnerparken in der Kernstadt befasst. Dem Gemeinderat wurde im Laufe des Jahres 2021 im Rahmen der Berichterstattung aus der laufenden Arbeit das Vorgehen vorgestellt.</p> <p>Mit der Schaffung der personellen Kapazitäten – Stichwort Stabsstelle Mobilität, wird im Rahmen eines intermodalen Mobilitätskonzeptes dieser Teil erstellt.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
27	Wir beantragen zu prüfen, wie und wo ein Lastenradverleih in Kirchheim etabliert werden könnte (entweder in bestehende Infrastruktur oder durch Schaffung neuer Angebote).	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Die Stadtverwaltung wird prüfen, ob es in Städten mit vergleichbarer Größe bereits einen Lastenradverleih gibt und welche Erfahrungen damit gemacht wurden sowie welche Anbieter/Betreiber es für einen Lastenradverleih gibt. Im Rahmen der Bearbeitung des Radverkehrskonzeptes wird geprüft werden, ob die Quartiere-Nachbarschaftsnetzwerke als mögliche Standorte, der örtliche Fahrradhandel u.a. einbezogen werden. Die Bearbeitung wird in Zusammenarbeit und Abhängigkeit von der Besetzung der Stelle im Rahmen der Stabsstelle Mobilität erfolgen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

28	Wir beantragen zu prüfen, ob die derzeitigen E-Ladestationen in den Kirchheimer Parkhäusern und auf öffentlichen Parkplätzen für den prognostizierten Zuwachs an E-Fahrzeugen der nächsten zehn Jahre ausreichen und gegebenenfalls mehr (Schnell)Ladesäulen aufzustellen.	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Die E-Ladestationen in den Tiefgaragen werden gemäß dem Bedarf des Marktes sukzessive angepasst. So werden in der TG Schweinemarkt in diesem Jahr noch vier kostenpflichtige Ladepunkte installiert, in der TG Krautmarkt ebenfalls vier kostenpflichtige Ladepunkte. Dabei werden auch die Anschlussleistungen aus dem vorgelagerten Netz sukzessive erhöht. Die Verwaltung prüft derzeit noch inwiefern die Ausgaben von den Einnahmen gedeckt werden können, Gewinne werden allerdings nicht erwartet.</p> <p>Derzeit wird durch den Landkreis, hier die Klimaschutzagentur, der Bedarf an weiteren Ladesäulen erhoben. Mit Unterstützung der e-mobil BW prüfen Stadtverwaltung und Stadtwerke parallel dazu die Notwendigkeit und die Wirtschaftlichkeit weiterer öffentlicher Ladesäulen in Kirchheim. Wenn hierzu Ergebnisse vorliegen wird der Gemeinderat über den weiteren Bedarf informiert.</p> <p>Ein auf Schnellladesäulen spezialisiertes Unternehmen hatte sich ebenfalls an die Stadtverwaltung wegen möglicher Standorte gewandt. In der Diskussion war hier der potenzielle Gewerbestandort Hungerberg. Nach Ablehnung des Vorhaltestandorts durch den Bürgerentscheid sind die Gespräche hier jedoch nicht weiterverfolgt worden.</p>	<p><u>Antrag von StR Eisenmann (SPD):</u></p> <p>Auftrag an die Verwaltung, ein Konzept für E-Ladestationen im gesamten Stadtgebiet zu erarbeiten und den Gremien zur weiteren Entscheidung vorzulegen.</p> <p>19 Ja-Stimmen</p> <p>→ Der Antrag erhält eine Mehrheit.</p>	
29	Der Radweg von der Pfaffenhalde in Richtung Hungerberg/Dettingen soll asphaltiert werden (spätestens im Zuge der Bauarbeiten für Bohnau-Süd).	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Im Rahmen der Erschließung Bohnau-Süd hat der Radverkehr eine hohe Priorisierung und es werden verschiedene Radwegverbindungen ertüchtigt bzw. hergestellt.</p>	<p>Zusage der Verwaltung, die Stellungnahme zur Fortschreibung des Radverkehrskonzepts des Landkreises an den Gemeinderat weiterzuleiten.</p> <p>Auf die Anlage zum Protokoll wird verwiesen.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

30	Der Radweg von der Hahnweide zu den Bürgerseen soll 2022 saniert werden. Die Stadt soll sich dafür einsetzen, dass auch das zur Bundesstraße gehörende Teilstück saniert wird.	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Derzeit wird der Radverkehrsplan des Landkreises Esslingen fortgeschrieben. Bereits im aktuellen Radverkehrsplan ist ein straßenbegleitender Geh- und Radweg entlang der B297 zwischen Ortsausgang Reudern und der Tankstelle an der Autobahn (Länge ca. 3.300 Meter) vorgesehen und mit hoher Priorität und gutem Kosten-Nutzen-Verhältnis eingestuft (Maßnahme B06 bzw. M16).</p> <p>Der Geh- und Radweg befindet sich in der Baulast des Bundes und wird durch den Bund finanziert. Ein konkreter Zeithorizont ist bisher nicht angegeben. Eine möglichst zeitnahe Realisierung wird seitens der Verwaltung gegenüber dem Landkreis gefordert.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
31	Bei neuen Radabstellplätzen soll immer geprüft werden, ob eine Überdachung sinnvoll möglich ist. Insgesamt soll der Anteil der überdachten Radabstellplätze erhöht werden.	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Es wird bisher schon geprüft, ob eine Überdachung an dem jeweiligen Ort sinnvoll (Ortslage, Frequentierung) und technisch machbar (Leitungen, Unterbauung...) ist.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
32	Die Umgestaltung der Bismarckstraße zu einer Fahrradstraße soll 2022 umgesetzt werden. Weitere Fahrradstraßen sollen geprüft und dem Gemeinderat vorgestellt werden.	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Die Möglichkeit zur Schaffung von Fahrradstraßen im Bestandsnetz wird im Rahmen des Aktionsprogramms geprüft. Dies wird sich dann in der Fortschreibung der Radverkehrskonzeption widerspiegeln.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
33	Am Bahnhof sollen E-Ladestationen für Pedelecs installiert werden.	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Eine Pedelec-Ladestation ist aus Sicht der Verwaltung nicht wirtschaftlich zu betreiben. Außerdem ist der Bedarf zu hinterfragen. Als schnelle Möglichkeit wird die Verwaltung mit der Radstation Kontakt aufnehmen, um ein schnell verfügbares Angebot zu schaffen.	Zusage der Verwaltung, E-Ladestationen für Pedelecs im Zusammenhang mit dem Radverkehrskonzept zu betrachten.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

34	Beim Bau und bei der Sanierung von öffentlichen Gebäuden soll immer auch die Fahrradinfrastruktur mitgedacht werden. Es braucht dort genügend überdachte Fahrradstellplätze. Bei größeren Gebäuden auch eine E-Ladestation und vor Ort installierte Fahrradwerkzeuge.	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Wird in der Planung der Außenanlagen an städtischen Gebäuden bereits umgesetzt. Untersuchungen von E-Ladestationen und Fahrradwerkzeugen an den Fahrradparkplätzen werden bei künftigen Planungen untersucht und wo sinnvoll umsetzbar in der Planung berücksichtigt.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
35	Wir beantragen eine Konzepterstellung für Quartiere, damit die Stadt Schlüsselgebäude kaufen kann (Vorkaufsrecht).	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Wohnen (Prio 1)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)</p>	Die Verwaltung wird zu den unterschiedlichen Möglichkeiten aktiven Eingreifens in der Stadtentwicklung durch Grunderwerb voraussichtlich im Rahmen der nächsten Klausurtagung anhand konkreter planerischer Beispiele und rechtlicher Möglichkeiten einen Überblick bieten. Hierzu wird auch auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der SPD GR/2021/107 verwiesen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
36	Wir beantragen bei der Planung neuer Quartiere, dass diese Quartiere mit einem integrierten generationengerechten Stadtkonzept entwickelt werden. In diesen Quartieren soll es immer auch barrierefreie Wohnungen, Sozialwohnungen und Quartierstreffpunkte geben. Auch Kindertagesstätten und Vereinsräume sollen vor Ort mitgeplant werden.	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Wohnen (Prio 1)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)</p>	Bei der Planung neuer Quartiere oder Wohngebiete werden grundsätzlich sowohl stadt- als auch sozialplanerische Aspekte inkl. weiterer notwendiger Infrastruktur wie z.B. Kita-Plätze berücksichtigt. Je nach Bedarfslage werden dann die genannten Aspekte geplant. Vorhandene Planungen und Konzepte wie Kindergarten- und Schulentwicklungspläne, Inklusionsplan usw. werden hierzu herangezogen. Ein Beispiel hierfür soll die Bebauung des Geländes Güterbahnhof Ötlingen darstellen, in dem der Aspekt „soziales und ökologisches Quartier“ in besonderer Weise umgesetzt werden kann.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
37	Wir beantragen nach dem Satzungsbeschluss zur Wohnbaugesellschaft die Stelle der/des Betriebsleiter*in zeitnah auszuschreiben und zu besetzen.	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Wohnen (Prio 1)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)</p>	Im Rahmen der Sivo „Anträge zum Stellenplan 2022/2023 (GR/2021/136, Beratung November 2021) ist ein ergänzender Verwaltungsantrag zur Schaffung der Leitungsstelle des Eigenbetriebs und zur Besetzung in 2022 vorgesehen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

38	Die Verwaltung soll einen Vorschlag ausarbeiten über die Verlagerung der Biomüllsammelstelle in der Saarstraße, inklusive finanzielle Auswirkung.	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Die Lage der Grünschnittsammelstelle in der Saarstraße ist aufgrund der damit verbundenen Verkehrssituation in der Saarstraße problematisch. Die Verwaltung hat hierzu Gespräche mit der Anwohnerschaft geführt und es konnten erste Verbesserungen umgesetzt werden (z.B. keine Lkw-Fahrten mehr in den frühen Morgenstunden). Ebenfalls aus der Anwohnerschaft kamen Vorschläge zur Veränderungen bei der Parkierung in der Saarstraße. Diese wurden geprüft und sollen nach finaler Abstimmung mit der Anwohnerschaft umgesetzt werden.</p> <p>Mittelfristig ist jedoch eine Verlagerung der Grünschnittsammelstelle sinnvoll. Die Verwaltung sieht hier das städtische Gelände in der Verlängerung der Hegelstraße als grundsätzlich geeignet an. Dieses müsste entsprechend erschlossen werden. Die Kosten für die Versetzung der Sammelstelle hat die Verwaltung bereits mit dem AWB abgeklärt; diese würden vom Landkreis bzw. AWB getragen.</p> <p>Die grundsätzliche Standortfrage wird im Rahmen der weiteren Bearbeitung für das Gebiet „In der Au“ im Rahmen einer Sitzungsvorlage thematisiert.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
39	Wir beantragen, die Planungen fürs Kornhaus prioritär zu behandeln. Die Sanierung des Kornhauses darf nicht auf die lange Bank geschoben werden, da es als lebendiger Identitätsspeicher und Zentrum für Stadtperspektiven elementar ist.	Die Grünen	IWU	<p>Alt: Kultur (Prio 10)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	<p>Der GR hat mit der Sitzungsvorlage BSB/2021/010 bereits die Planung bis einschließlich LPH 5 – Ausführungsplanung beschlossen. Nicht beinhaltet war dabei der Baubeschluss, da noch die Fördermöglichkeiten eruiert werden sollten. Die Verwaltung bringt im GR am 15.12.2021 eine Sitzungsvorlage zum Baubeschluss ein. Die Schadstoffsanierung beginnt Anfang 2022, die Ausschreibungen dazu wurden bereits veröffentlicht. Die weiteren Schritte und Termine werden in der Sitzungsvorlage dargestellt.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
40	Wir beantragen die Erstellung einer Liste von Straßennamen, die einen Bezug zur Kolonialherrschaft oder dem Dritten Reich haben, zu erstellen. Darüber hinaus soll ein Konzept erstellt werden, wie mit einer Anwohner*innenbeteiligung diese Straßen umbenannt werden könnten.	Die Grünen	BSB	<p>Alt: Einwohnerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit (Prio 7)</p> <p>Neu: Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement (Prio 3)</p>	<p>Die Stadtverwaltung Kirchheim unter Teck hat eine derartige Liste bereits erstellt und kritische Namen vermerkt. Eine Umbenennung ist jedoch weniger ratsam bzw. nur in absoluten Ausnahmefällen denkbar (etwa bei der Lämmlestraße in Jesingen) Ratsamer erscheint es in jedem Fall, die Straßenbenennung beizubehalten und um ein Hinweisschild zu ergänzen. Damit kann auf den sensiblen bzw. historisch belasteten Charakter einer Person bzw. eines Orts hingewiesen werden. Eine komplette Umbenennung, wie es in anderen Städten stattfindet (z.B. bei der Hindenburgstraße, August-Lämmle-Straße, etc.) wäre sehr viel aufwendiger und würde größere Debatten und Proteste in der Bevölkerung provozieren. Ein Hinweisschild ist hier die bessere bzw. elegantere Lösung.</p>	<p>Auftrag an die Verwaltung, ein Konzept zu erstellen, wie unter Anwohnerbeteiligung die Straßen umbenannt werden könnten.</p> <p>8 Ja-Stimmen 7 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen</p> <p>→ Antrag erhält eine Mehrheit.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

41	Wir fordern, dass mehr Haushaltsmittel in die Sanierung von Straßen und Brücken eingebracht werden und mindestens zwei oder sogar drei Straßen pro Jahr saniert werden.	CDU	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Bei den Brückensanierungen wird entsprechend dem Beschluss zur Sitzungsvorlage IWU/2021/011 verfahren.</p> <p>Bezüglich den Straßen wird auf die lfd. Nr. 11 verwiesen.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
42	Wir beantragen mehr Fahrradabstellplätze in den Teilorten.	CDU	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Es werden auch in den Teilorten mehr Fahrradabstellanlagen aufgestellt, z.B. an den Friedhöfen in Jesingen und Nabern.</p> <p>Es folgen die Abstellanlagen an den Friedhöfen in Lindorf und Ötlingen sowie an der Bushaltestelle in Nabern usw.. Weitere sinnvolle Standorte werden gesucht und umgesetzt, z.B. in der Ortsmitte Ötlingen.</p> <p>Die Einrichtung von Fahrradabstellanlagen an Bushaltestellen wird derzeit regelmäßig geprüft. Wenn die Errichtung machbar ist, werden die Abstellanlagen aus dem laufenden Budget „Fahrradabstellanlagen“finanziert.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
43	Wir fordern ein Parkkonzept der Innenstadt, da der Parkdruck in den Wohngebieten für die Anwohner unerträglich wird.	CDU	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Auf die lfd. Nr. 26 wird verwiesen.	Zusage der Verwaltung, die Planungen zur Stabsstelle Mobilität und deren inhaltlicher Ausrichtung im 1. Halbjahr 2022 im Gremium darzustellen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

44	Wir fordern eine Ampelphasenanpassung in der Max-Eyth-Straße/Alleenstraße sowie Stuttgarter Straße/Friedrichstraße, da mobilitätseingeschränkte Personen diese nicht in der eingestellten Zeit überqueren können.	CDU	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Die Änderung der Ampelphasenschaltungen in der Stuttgarter Straße/Friedrichstraße wird derzeit mit dem Ziel einer Verbesserung der Fußgängerquerung überprüft und soweit möglich optimiert.</p> <p>Eine grundsätzliche Verbesserung an dieser zunehmend stärker durch Fußgänger frequentierten Kreuzung kann durch eine Umgestaltung zum Kreisverkehrsplatz erfolgen. Die Verwaltung beabsichtigt im Laufe des Jahres 2023 hierzu grundlegende Planungen zur Beschlussfassung vorzustellen.</p> <p>Die Anpassung der Ampelschaltung in der Alleenstraße/Max-Eyth-Straße wurde erst vor wenigen Jahren fußgängerfreundlich umprogrammiert. Die Verwaltung sieht hier derzeit keinen Verbesserungsbedarf bei der Ampelschaltung. Alternativ kann im Zuge der Umgestaltung der Alleenstraße an dieser Stelle die Ampel abgebaut und durch einen Zebrastreifen ersetzt werden.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
45	Die Verwaltung möge bis Februar 2022 über die künftige ärztliche Versorgung in Kirchheim berichten und mit welchen Maßnahmen Ärzte in Kirchheim angeworben werden können.	CDU	BSB	<p>Alt: Wirtschaftsförderung (Prio 3)</p> <p>Neu: Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (Prio 2)</p>	<p>Im Februar 2020 traf sich die Stadtverwaltung mit Kirchheimer Hausärzten um sich über die ärztliche Versorgung in Kirchheim unter Teck auszutauschen. Wesentliche Erkenntnisse des Treffens waren, dass Einzelpraxen unattraktiv sind und Versorgungszentren oder Gemeinschaftspraxen zukunftsfähiger sind sowie dass die Kommune durch eine adäquate Infrastruktur (z.B. bezahlbarer Wohnraum, Kitaplätze) die Ärzteschaft unterstützen könne. Während der Corona-Pandemie war die Stadtverwaltung in regelmäßigem Austausch mit der Ärzteschaft, allerdings ausschließlich im Kontext der Bekämpfung der Corona-Pandemie.</p> <p>Die Verwaltung greift den Antrag gerne auf und wird im ersten Halbjahr 2022 einen Austausch mit der Ärzteschaft organisieren, zu dem auch Vertreter/innen aus dem Gemeinderat mit eingeladen werden. Basierend auf diesem Treffen kann dann im Gemeinderat berichtet werden. Dies kann jedoch nicht bis Februar 2022 erfolgen.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

46	Wir beantragen die Einrichtung von Wickelmöglichkeiten in der Stadtbücherei, der Stadthalle und dem Rathaus.	CDU	BSB	<p>Alt : Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 9)</p> <p>Neu: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 4)</p>	<p>Die Verwaltung unterstützt unverändert den Antrag. Ist jedoch der Auffassung, dass die Einrichtung von Wickelmöglichkeiten in den benannten Bestandsgebäuden aufgrund fehlender Raumkapazitäten nicht zufriedenstellend realisiert werden kann. Im Zuge des Verwaltungsgebäudekonzepts (Neubau- und Sanierungsmaßnahmen) sollen jedoch Wickelmöglichkeiten geschaffen werden.</p> <p>Ergänzende Info zur LHS Stuttgart: Im Rathaus wurde ein Still- u. Wickelraum eingerichtet. Unter Einbindung von Handel und Gastronomie sollen vergleichende Angebote geschaffen werden.</p>	<p>Auftrag an die Verwaltung, Wickelmöglichkeiten in der Stadtbücherei, der Stadthalle und dem Rathaus einzurichten.</p> <p>13 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 4 Enthaltungen</p> <p>→ Der Antrag erhält eine Mehrheit. → Die Finanzierung erfolgt aus dem laufenden Budget im Haushalt.</p>	
47	Wir beantragen die Prüfung von geeigneten Flächen, auf welchen eine Entwicklung von kostengünstigem, modularem Bauen im Baukastenprinzip oder auch in Form von „Tiny Houses“ als stationäre Minihäuser zu erschwinglichen Kosten möglich ist.	CDU	IWU	<p>Alt: Wohnen (Prio 1)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)</p>	<p>Grundsätzlich eignen sich bauleitplanerisch alle Flächen mit einer zulässigen Wohnnutzung dafür. Die Verwaltung hatte im Rahmen der Überlegungen zur Nachnutzung „Haldenschule“ ein gemeinschaftliches Modellprojekt vorgeschlagen – der Gemeinderat hat sich dann jedoch der Argumentation der CDU-Fraktion angeschlossen und für die Entwicklung eines Einfamilienhausgebietes entschieden.</p> <p>Die Verwaltung hat zu Beginn dieses Jahres ein Tiny House – Projekt mit 9 interessierten Parteien auf einer Fläche in der Ötlinger Au begleitet und gesteuert. Aufgrund der Erschließungsansprüche seitens der Interessenten haben sich die voraussichtlichen Kosten so weit nach oben entwickelt, dass die Gruppe ihr Interesse bereits aufgegeben hat, noch bevor das Projekt dem Gemeinderat vorgelegt werden konnte.</p> <p>Trotzdem würde die Verwaltung einer neuerlichen privaten Initiative offen gegenüber stehen, weil hiermit eine neue Zielgruppe angesprochen und der Reigen gesellschaftlicher Gruppen in der Stadt erweitert werden kann.</p>	<p>Zusage der Verwaltung, bei Konkretisierung der dargelegten Gespräche die Gremien entsprechend zu informieren.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

48	Wir beantragen, für den Gemeinderat zeitnah ein praktikables Monitoring über Projekte, Finanzen und Abarbeitung von Beschlüssen des Gemeinderats zur Verfügung zu stellen.	CDU	BSB	<p>Alt: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 9)</p> <p>Neu: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 4)</p>	<p>Ein Berichtswesen setzt zunächst den Aufbau standardisierter Rückmeldemechanismen innerhalb der Verwaltung voraus. In diesem Zusammenhang ist insbesondere der Aufbau eines gesamtstädtischen Projektmanagements zu erwähnen. Die Zeit seit der Aussetzung der Steuerungsberichte wurde genutzt, um verwaltungsintern den Prozess für ein Projektmanagement aufzubauen und zu definieren. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden im Projektmanagement geschult. Die regelmäßigen Statusberichte aus den Projekten an den internen Projektsteuerungskreis sollen künftig die Basis für die Übermittlung steuerungsrelevanter Informationen an den Gemeinderat darstellen. Aktuell werden die neuen strategischen Handlungsfelder, die voraussichtlich in der Dezember-Sitzungsrunde beschlossen werden sollen, mit den bestehenden Konzeptionen und den hieraus hervorgehenden Projekten verknüpft. Gerne kann in dieser Sitzung zum aktuellen Umsetzungsstand berichtet werden. Einschränkung sei erwähnt, dass die entsprechende Stelle innerhalb der Verwaltung aktuell vakant ist und das Thema von bestehenden Kräften der Abteilung Gremien und Öffentlichkeitsarbeit neben den weiteren Aufgaben bearbeitet wird. Nach erfolgter Wiederbesetzung wird das Berichtswesen in diesem Sinne jedoch prioritär vorangetrieben.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	--	-----	-----	---	--	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

49	Wir beantragen bei der Entwicklung des Gewerbegebietes Bohnau-Süd verschiedene Varianten der Verkehrsführung unter Einbezug der Brückenlösung zu prüfen.	CDU	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p><u>Außere Erschließung</u></p> <p>Im Zuge der ersten Überlegungen der Gewerbegebietentwicklung Bohnau Süd, wurde bereits im Jahr 2018 eine verkehrliche Voruntersuchung durchgeführt. Dabei wurden die Auswirkungen des Vorhabens auf den Verkehr überschlägig abgeschätzt und bewertet. Zusammenfassend hat diese Voruntersuchung ergeben:</p> <p>- Planfall ohne Verbindungsstraße Das bestehende Verkehrsnetz wird als Hapterschließung des Gebiets Bohnau Süd genutzt, also ohne eine zusätzliche Straßenverbindung zwischen Einsteinstraße und B 465. Das bedeutet, dass sowohl das neue Gewerbegebiet Bohnau-Süd wie auch das bestehende Gebiet Bohnau über die Einsteinstraße – Jesinger Straße – B 297 (Richtung Schöllkopfstraße und A8) erschlossen wird. Dieser Planfall wäre möglich, hätte jedoch zur Folge, dass die Verkehrsbelastung vor allem auf der Tannenbergsstraße – Eichendorffstraße zunehmen würde. Anpassungsmaßnahmen zur Erhöhung des verkehrlichen Widerstandes zur Verlagerung des Verkehrs auf die Einsteinstraße – B 297 könnten dem entgegenwirken. Ferner bieten sich aufgrund der günstigen Standortbedingungen des Gewerbegebietes Potenziale einer autounabhängigen Mobilitätsversorgung.</p> <p>- Planfall mit Verbindungsstraße Die zusätzliche Straßenverbindung zwischen Einsteinstraße über die A 8 hin zur B 465 wird als in diesem Planfall als Hapterschließung genutzt und führt zu einer Entlastung der Verbindung: Tannenbergsstraße – Eichendorffstraße – Lenninger Straße. Die entstehenden Zusatzverkehre des Gewerbegebiet Bohnau-Süd sowie die vorhandenen Verkehre des Gebiets Bohnau werden somit nicht mehr in Richtung Stadtzentrum (Verbindung: Jesinger Straße – B 297 – A 8), sondern direkt über die neue Verbindungsstraße geleitet. Dadurch nehmen die Verkehrszahlen auf der Einsteinstraße zu, auf der innerstädtischen Verbindung nimmt die Verkehrsbelastung hingegen ab. Dieser Planfall ist mit hohen Herstellungs- und Folgekosten verbunden.</p> <p>Aufbauend auf dieser Voruntersuchung, wurde Anfang des Jahres 2021 eine vertiefende Verkehrsuntersuchung beauftragt, die zum Ziel hat die Abwägungsrelevanten Verkehrsbelange integriert und weiterführend zu betrachten. Das Gutachten untersucht auf Grundlage des städtischen Verkehrsmodells die beiden Planfälle genauer:</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.
----	--	-----	-----	---	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

				<p>1. Entwicklung Bohnau Süd, ohne zusätzliche Straßenverbindung zwischen Einsteinstraße und B 465. 2. Entwicklung Bohnau Süd, mit zusätzlicher Straßenverbindung zwischen Einsteinstraße und B465.</p> <p>Hierfür wurden bereits im Sommer an den wichtigen Knotenpunkten Verkehrszählungen durchgeführt. Andere Verkehrsanschlüsse des Gebiets Bohnau Süd an das Verkehrsnetz sind nach jetzigem Kenntnisstand nicht möglich. Die Tannenbergsstraße weiterhin als Zufahrt zum Gewerbegebiet zu nutzen wird aus Sicht der Verwaltung sehr kritisch gesehen. Dadurch würden die Lärm- und Verkehrsbelastung für das angrenzende Wohngebiet sehr stark ansteigen. Die Verwaltung sieht für die Tannenbergsstraße vielmehr eine Entlastung vor, welche durch entsprechende Maßnahmen umzusetzen ist. Ein direkter und dauerhafter Anschluss an die A8 ist aufgrund der Nähe zur Autobahnausfahrt Kirchheim Teck Ost nicht durchführbar.</p> <p>Im Rahmen der derzeit laufenden Verkehrsuntersuchung wird eine Mikrosimulation im Bereich der Anschlussstelle der neuen Umgehungsstraße an die B465 erstellt. Diese soll eine Aussage über die Qualität des Verkehrsablaufs im Bereich der B465/A8 und somit auch über die generelle Machbarkeit der Umgehungsstraße geben.</p> <p>Aufgrund geänderter Rahmenbedingung, wie dem Projekt-Aus Hungerberg und der Berücksichtigung der Planungsvariante ohne den Interessenten, mussten nachträglich Anpassungen an den Eingangsgrößen des Verkehrsgutachtens vorgenommen werden. Dies hat zur Folge, dass die Untersuchung voraussichtlich erst im ersten Quartal 2022 vorliegt.</p> <p>Das Projekt-Aus Hungerberg hat nicht nur Einfluss auf die Eingangsgrößen, sondern auch auf die Umsetzung der neuen Verbindungsstraße. Ohne das Gewerbegebiet Hungerberg sieht die Gemeinde Dettingen keinen Nutzen für ihre Kommune. Erste Gespräche mit der Verwaltungsspitze Dettingen wurden bereits Ende September geführt und in einem Termin Ende Oktober nochmals vertieft. Ergebnis der Gespräche war, dass Kirchheim und Dettingen weiterhin im Austausch bezüglich der Verbindungsstraße bleiben werden, jedoch zunächst neue attraktive Rahmenbedingungen für Dettingen geschaffen werden müssten. Die Verwaltung Kirchheim wird mögliche Optionen prüfen. Eine kurz- bis mittelfristige</p>	
--	--	--	--	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

				<p>Umsetzung der Verbindungsstraße wird auf beiden Seiten nicht gesehen. Zusätzlich zum Austausch mit der Gemeinde Dettingen wurde ein erstes Gespräch mit weiteren betroffenen Stakeholdern (DB und Autobahngesellschaft) durchgeführt, um trotz der erschwerten Bedingungen die nötigen planerischen Vorbereitungen für ein Brückenbauwerk abzustimmen.</p> <p>Es ist weiterhin das langfristige Ziel der Kirchheimer Verwaltung eine Anbindung an die B465 zu realisieren, um die wohnbaulich geprägten Bereiche entlang der Tannenbergsstraße zu entlasten und eine attraktivere Verkehrsanbindung für das bestehende Gewerbegebiet Bohnau zu schaffen.</p> <p><u>Innere Erschließung</u> Zusätzlich zur äußeren Gebietserschließung arbeitet die Verwaltung derzeit weitere Planungsvarianten der inneren, gebietsbezogenen Erschließung aus. Da die Verkehrsmengen in den nachfolgenden Planungsvariante eins und zwei sehr ähnlich sind, sind die späteren Ergebnisse des Verkehrsgutachtens auch für beide Varianten anwendbar. In beiden dargestellten Varianten wird jeweils die Anbindung an die B465 berücksichtigt. <u>Variante 1:</u> Dies ist die Planung, welche bis vor kurzem verfolgt wurde. Es soll ein 12 ha großes zusammenhängendes Sondergebiet im östlichen Teil und im westlichen Bereich ein eingeschränktes Gewerbegebiet mit Grünflächen in Richtung Wohnbebauung entstehen. Getrennt werden die beiden Gebietstypen durch die Erschließungsstraße. Bis eine Anbindung an die B465 möglich wird, endet die Straße auf Kirchheim Seite in einem Wendehammer. Die benötigte Fläche für ein Brückenbauwerk wird frei gehalten. Ob diese Variante weiter verfolgt wird hängt von der finalen Entscheidung des Interessenten ab, die im Dezember getroffen wird. Wenn sich dieser, wider den derzeitigen Erwartungen, für die Bohnau Süd entscheidet, würde die Verwaltung die Planungsvariante 1 forcieren. <u>Variante 2:</u> Anstelle des Sondergebiets, sollen auf dieser Fläche kleinteilige Gewerbegrundstücke entstehen, die durch eine zusätzliche Straße erschlossen werden. Im westlichen Teil bleibt die bisherige Planung des eingeschränkten Bohnau-Süd. Auch hier wird die Fläche für ein Brückenbauwerk frei gehalten. Diese sowie weiter Planungsvarianten, welche ebenfalls auf einer Ringerschließung basieren, werden momentan hinsichtlich Machbarkeit und Kosten geprüft.</p>		
--	--	--	--	--	--	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

50	Wir beantragen die Teilnahme am Landessofortprogramm „Einzelhandel Innenstadt“.	CDU	BSB	<p>Alt: Wirtschaftsförderung (Prio 3)</p> <p>Neu: Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (Prio 2)</p>	<p>Für eine Teilnahme am Programm POP und Kultur gab es bereits Gespräche; jedoch wurde aufgrund der zahlreichen laufenden Projekte und wenigen Kapazitäten von einem Antrag abgesehen.</p> <p>Zudem informierte die Stadtverwaltung zahlreiche kulturtreibende Vereine sowie den City Ring, die auch als Antragsteller fungieren können. Aufgrund der mangelnden Ressourcen und mangelnder geeigneter Räumlichkeiten wurde seitens der Stadtverwaltung bis dato kein Antrag gestellt; zudem muss es sich um neu konzipierte Projekte handeln.</p> <p>Die Stadtverwaltung hat jedoch einen Förderantrag beim Bundesprogramm „Zukunft Innenstadt“ gestellt, in dem ebenfalls eine Attraktiveren und Aufwertung der Innenstadt im Vordergrund steht. Ein Teilbereich dessen bildet ebenfalls die Idee, in Pop-up Galerien und Räumen den kulturellen Akteuren eine höhere Sichtbarkeit zu ermöglichen.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
51	Wir beantragen, die Suche nach einem geeigneten Standort für die verschiedenen Dienstleistungen der Post zusammen mit ihr aktiv voranzubringen.	CDU	BSB	<p>Alt: Wirtschaftsförderung (Prio 3)</p> <p>Neu: Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (Prio 2)</p>	Die Stadtverwaltung wird sich dem Thema annehmen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
52	Wir bitten unsere Wirtschaftsförderung, den Bedarf einer Einrichtung für eine Hochschulzweigstelle oder anderer bedeutsamer Bildungseinrichtungen bei unseren Unternehmen zu ermitteln.	CDU	BSB	<p>Alt: Wirtschaftsförderung (Prio 3)</p> <p>Neu: Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (Prio 2)</p>	<p>In 2018 fand ein Unternehmerdialog mit der SRH Hochschulen GmbH statt. Die Fernuni aus Riedlingen kooperierte zudem auch im Anschluss mit der Fa. Feeß. Eine Ansiedlung einer Zweigstelle der SRH in Kirchheim unter Teck scheiterte aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen.</p> <p>Der generelle Bedarf kann in einer nächsten Unternehmensbefragung ermittelt werden.</p> <p>Ende September 2021 fand der Abschluss des Innovation Labs statt (Kooperation der Städte Kirchheim unter Teck und Nürtingen mit der HfWU und der bwcon). Hier geht es im Rahmen des Netzwerkes KI:NT um Weiterbildung von Mitarbeitenden, Unterstützung von start-ups und jungen Unternehmer/-innen. Im März 2022 geht das InnovationLab in die zweite Runde.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

53	Wir beantragen, den Trimm-Dich-Pfad zu ertüchtigen.	CDU	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Auf den Zustandsbericht 2020 an die Gemeinderäte wird hingewiesen. Entsprechende Mittel zur Sanierung stehen nicht zur Verfügung. Im Hinblick auf die notwendige Baumkontrolle und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen, sollte der Trimm Dich Pfad künftig außerhalb des Waldes erstellt werden. Dies könnte bspw. im Kontext Sportpark erfolgen. Der Trimm-Dich-Pfad kann weiterhin als Jogging-/ Walkingstrecke genutzt werden.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
54	Wir beantragen die Neubesetzung der Verkehrskommission.	CDU	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Die Kommission ist aus Sicht der Verwaltung ausgeglichen und zielorientiert besetzt. Sie liefert eine wertvolle Zuarbeit für die von der Verkehrsbehörde zu treffenden Entscheidungen. Die Auswahl der Mitglieder trägt dazu bei, dass eine breit gefächerte Meinungsbildung stattfindet, bei der alle Verkehrsarten berücksichtigt werden. Für die erfolgreiche Arbeit der Kommission spricht, dass sich die Zahl der Unfallhäufungsstellen in Kirchheim konstant auf einem niedrigen, zuletzt sogar rückläufigem Niveau bewegt. Eine Neubesetzung ist deshalb aus Sicht der Verwaltung nicht angebracht.</p> <p>Die Verwaltung schlägt vor, in einer Sitzung des IWU einen Bericht über die Arbeit der Verkehrskommission, z.B. unter Hinzuziehung des Vertreters der Polizeidirektion Reutlingen zu geben.</p>	<p><u>Antrag von StR Dr. Rose (CDU):</u></p> <p>Neubesetzung der Verkehrskommission.</p> <p>3 Ja-Stimmen 7 Nein-Stimmen 9 Enthaltungen</p> <p>→ Der Antrag erhält keine Mehrheit. → Damit kommt der Leitantrag der Verwaltung zum Tragen. → Zusage der Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen des IWU zur Arbeit der Verkehrskommission zu berichten.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

55	Wir beantragen die Beauftragung eines anderen Verkehrsplaners, der uns neue Ideen für eine attraktive Mobilität in der Stadt vorlegt.	CDU	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Das seit 2010 für die Stadt tätige Planungsbüro zeichnet sich durch einen kooperativen, analytischen und städtebaulich integrierten Planungshorizont aus. Eine wichtige Unterstützung kann das Büro aufgrund des vorhandenen Verkehrsmodells für die Stadt Kirchheim bei der Untersuchung von veränderten Verkehrsführungen (z.B. aktuell Bohnau-Süd) leisten.</p> <p>Die Stadtverwaltung sieht jedoch auch die Notwendigkeit für neue Ansätze und Herangehensweisen bei konzeptionellen verkehrsplanerischen Untersuchungen. So wurde für das Radverkehrskonzept aus verschiedenen bundesweit agierenden Büros ein neues Büro ausgewählt. Dieses könnte auch bei Ideen für eine attraktive Mobilität in der Stadt eingesetzt werden.</p> <p>Bei der Fortschreibung des Lärmaktionsplans der Stadt soll ebenfalls ein neues Büro beauftragt werden.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
56	Wir beantragen, für die Kunstschaaffenden unserer Stadt zeitnah, zusammen mit ihren Vertretungen und parallel zur Kornhaussanierung nach geeigneten Präsentationsflächen zu suchen.	CDU	BSB	<p>Alt: Kultur (Prio 10)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	<p>Die Stadtverwaltung Kirchheim unter Teck bemüht sich intensiv darum, freie Flächen in der Stadt zu nutzen bzw. anzumieten und diese sodann kultur- und kunstschaaffenden Akteuren (insb. Kunstverein, Kunstbeirat, Kulturring) temporär, bis die Sanierung des Kornhauses abgeschlossen ist, zur Verfügung zu stellen. So ist die Stadtverwaltung in Gesprächen mit den Eigentümern des Cafes in der Dettinger Straße.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

57	<p>Antrag 1.1: Steuerungsberichte zu den Handlungsfeldern Seit Januar 2020 sind im Zuge der Beratungen zum Steuerungsbericht zum Handlungsfeld „Bildung“ (SiVo GR/2019/075/1) die Steuerungsberichte ausgesetzt. Wir beantragen die Umsetzung des Gemeinderats-beschlusses Nr. 2 vom 05.02.2020, der in Punkt 5 folgendes bestimmt: "Auftrag an die Verwaltung eine Arbeitsgruppe Steuerungsbericht zu bilden, mit dem Ziel, bis Ende April 2020 eine Struktur für alle Steuerungs-berichte zu entwickeln, die dem Gemeinderat ein passgenaues Steuern ermöglicht." Wir beantragen, dass die Steuerungsberichte zu den Handlungsfeldern spätestens ab der ersten Sitzungsrunde 2022 wieder eingeführt werden. Dazu ist es – wie im Beschluss beschrieben – erforderlich, dass die Leistungs-ziele zielgerichtet („passgenau“) aufgesetzt werden, indem die Maßnahmen terminlich und personell mit Werten hinterlegt sind.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 9)</p> <p>Neu: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 4)</p>	<p>Auf die Beantwortung der lfd. Nr. 48 wird verwiesen. Gerne kann im Kontext mit der Beratung zu den strategischen Handlungsfeldern zum aktuellen Umsetzungsstand berichtet werden. Der Vorschlag der Verwaltung sieht in einem nächsten Schritt zunächst die Konkretisierung der neuen Handlungsfelder mit Strategischen Zielen sowie Leistungszielen vor. Diese Konkretisierung soll gemeinsam mit dem Gemeinderat, beispielsweise bei der Klausurtagung 2022, erfolgen. Sollte nach der Vorstellung in der Sitzung von Seiten des Rates kurzfristig weitergehender Diskussionsbedarf zum Prozess vorhanden sein, kann die vertiefte Diskussion selbstverständlich im Rahmen einer Arbeitsgruppe fortgeführt werden.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	--	-----	-----	---	---	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

58	<p>Antrag 1.2: Steuerungsberichte zu den Handlungsfeldern Wiedervorlage aus dem letzten Haushaltsaufstellungsverfahren: Wir beantragen, dass in den Sitzungsvorlagen zukünftig die Klimarelevanz und die Auswirkungen der Maßnahmen auf das Klima analog zu der Beschreibung der finanziellen Auswirkung einer Maßnahme standardmäßig in die Dokumente aufgenommen werden.</p>	SPD	IWU	<p>Alt : Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu : Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie (Prio 1)</p>	<p>Die Prüfung der Klimaauswirkungen von Maßnahmen im Rahmen von Sitzungsvorlagen, wurde mit der Verabschiedung der Fortschreibung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Kirchheim unter Teck vom Gemeinderat beschlossen. Derzeit wird das Formular für Sitzungsvorlagen entsprechend überarbeitet und soll ab Anfang 2022 eingesetzt werden. Die Klimarelevanz wird dabei von der federführenden Stelle für die Sitzungsvorlage abgeschätzt. Bei einer erheblichen negativen Klimarelevanz über 100 t CO₂-Emissionen pro Jahr sind in der Sitzungsvorlage Alternativen darzustellen. Die Klimaschutzmanagerin prüft die Angaben und Alternativvorschläge im Rahmen der Beteiligung, wenn eine erhebliche Klimarelevanz zu erwarten ist.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	--	-----	-----	---	--	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

59	<p>Antrag 1.3: Strategische Ausrichtung des städtischen Haushalts - Leitplankenregelung Wir beantragen eine intensive Diskussion zum Umgang mit dem Investitionsvolumen in den kommenden Jahren hinsichtlich der zu erwartenden Ermächtigungsüberträge und die damit einhergehende negative Beeinflussung des Finanz- und Ergebnishaushalts: Die aufgezeigten Investitionen des Finanzhaushalts im Haushaltsentwurf 2022/23 sind - nach eigener Angabe(!) aufgrund den Erkenntnissen der Leistungsfähigkeit der städtischen Verwaltung der vergangenen Jahre - nicht durch die Verwaltung umsetzbar. Wie soll mit drohenden Ermächtigungsüberträgen im Bereich von mehr als 40 Mio. € - also mehr, als wir in 2 Jahren laut Verwaltung ver-arbeiten können - umgegangen werden?!?</p>	SPD	BSB	<p>Alt : Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 9)</p> <p>Neu : Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 4)</p>	<p>Eine erste Diskussion zu den Investitionsprojekten in den kommenden Jahren fand am 09. Juli bei der Investitionsklausurtagung statt. Anhand der Priorisierung wurde eine Vielzahl an Maßnahmen in den Haushaltsplanentwurf 22/23 aufgenommen. Um die Leistungsfähigkeit zu gewährleisten und deutlich steigende Ermächtigungsüberträge zu verhindern, müssten Maßnahmen aus dem Haushalt gestrichen werden. Des Weiteren sollten keine weiteren Maßnahmen wie aus der Sportentwicklungsplanung (neue Sporthallen,...) in den Haushalt 22/23 aufgenommen werden.</p> <p>Die Verwaltung weist darauf hin, dass viele der im Haushalt berücksichtigten großen Investitionsprojekte bereits vom Gemeinderat gefordert werden. Die Aufnahme weiterer Großprojekte (z.B. Teck-Campus, Linde-Areal), die ohne Zweifel sinnvoll und notwendig sind, würde jedoch die Ermächtigungsüberträge weiter erhöhen. Die Verwaltung sieht die Notwendigkeit, sich vielmehr auf die im Haushaltsentwurf eingebrachten Investitionsvorhaben zu konzentrieren und weitere Vorhaben zu einem späteren Zeitpunkt zu verfolgen.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	--	-----	-----	---	---	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

60	<p>Antrag 2.1: Weiterentwicklung der „Strategie Stadtwerke“ aus dem Workshop Ende 2018 – siehe auch SiVo GR/2020/163: wir beantragen eine deutlich ambitioniertere - Erweiterung bestehender Geschäftsfelder</p> <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Ausbau der Beteiligungen an Unternehmen, die regenerative Energien erzeugen <input type="checkbox"/> Schnellerer Ausbau des Vertriebs eines eigenen Strom-Labels - Gründung von weiteren Geschäftsfeldern <input type="checkbox"/> im Bereich der Breitbandversorgung / IT-Dienstleistungen <input type="checkbox"/> im Bereich von E-Ladesäulen im gesamten Stadtgebiet <p>Deshalb beantragen die Wiederauflage des Workshops „Weiterentwicklung der Stadtwerke“, in dem die Fortschritte nach dem Strategieworkshop dargestellt werden und ein Ausblick auf mögliche neue Betätigungs-(Geschäftsfelder) erarbeitet wird.</p>	SPD	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie (Prio 1)/Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Die Stadtwerke haben für das Jahr 2022 einen Strategieworkshop mit Teilnehmern aus dem GR eingeplant. Dies dient der Strategieüberprüfung nach fünf Jahren und der Festlegung der weiteren Entwicklung der Stadtwerke.</p> <p>Beteiligungen: Bisher sind die Stadtwerke an drei Erzeugungsanlagen beteiligt (Solarpark Speichersdorf, Windpark Aalen Waldhausen, Windpark Falkenhöhe (letzte formelle Regelungen stehen noch aus)). Weitere Beteiligungsmöglichkeiten sind zum einen durch die Vorgaben des GR (regionale Energieerzeugungsanlagen), zum anderen durch die bisherige restriktive Handhabung der Genehmigung / Ausschreibung von Windkraftanlagen in BW deutlich reduziert. Die Verwaltung schlägt daher vor ggf. den Radius der Beteiligungsmöglichkeiten zu vergrößern (bundesweit).</p> <p>Stromvertrieb: Durch das langwierige Stellenbesetzungsverfahren (Stellenbeschreibung/ Stellenbewertung/ Stellenausschreibung/Stellenbesetzung) ist der Verwaltung erst jetzt gelungen die Stelle der Leitung und des Aufbaues des Vertriebs adäquat zu besetzen (01.12.2021). Ziel der Verwaltung ist es nun ab Frühjahr/Sommer 2022 in den Stromvertrieb einzusteigen, und damit den steuerlichen Querverbund zu realisieren und Ökostrom den Bürgern aus Kirchheim anzubieten.</p> <p>Geschäftsfeld Breitbandversorgung: Zum Thema Breitbandversorgung wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zum damaligen Antrag der SPD durch Herrn BM Wörner in der GR-Sitzung vom 19.05.2021 verwiesen ((Beschlussprotokoll / Niederschrift § 56 Beschleunigung Breitbandversorgung: Beitritt Gigabit – Region, bisheriger Aufbau der Strukturen bei der Stadt usw.)</p> <p>Schaffung Ladeinfrastruktur: Zum Thema E-Ladesäulen wird auf die lfd. Nr.28 verwiesen.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>
----	--	-----	-----	--	--	---

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

61	<p>Antrag 3.1: Auswirkung des Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung an Grundschulen ab 2026 Antrag an die Verwaltung, pro Grundschul-Standort eine konkrete Auflistung der Bedarfe zu erarbeiten, die sich aus dem Recht auf Ganztagesbetreuung an Grundschulen ab 2026 ergeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Benötigte Räumlichkeiten (Mensaplätze und Essensausgabe, Aufenthaltsräume im Ganztagsbereich) - Pädagogisches Konzept (Kooperation mit Vereinen/ Organisationen) - zusätzlich qualifiziertes Personal, sowohl für die Betreuung als auch für die Essenszubereitung sowie Essensaufsicht <p>Dargestellt bitte aufbauend von 2026 bis zur Verstetigung und Vollausbau in 2029.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Bildung (Prio 2)</p> <p>Neu: Bildung (Prio 1)</p>	<p>Die Auswirkungen des neuen Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung wird maßgeblich in einer Schulentwicklungsplanung zu untersuchen sein. Hierfür müssen alle Grundschulstandorte einbezogen werden und die künftige Entwicklung der Kirchheimer Schullandschaft abgebildet werden.</p> <p>Die Schulentwicklungsplanung soll in 2022 durchgeführt werden. Hierfür wird jeder Schulstandort dargestellt und die Bedarfe für die Abdeckung des Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung abgebildet.</p> <p>Nach wie vor sind jedoch noch nicht alle Rahmenbedingungen geklärt. Die kommunalen Landesverbände sind im Gespräch mit der Landesregierung, um die Anforderungen für die Kommunen zu klären.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
62	<p>Antrag 3.2: Ferienbetreuung Aufgrund der Vorgabe, dass Grundschulen mit Ganztagsbetreuung ab 2026 nur noch maximal 4 Wochen im Jahr schließen dürfen, ist ein Konzept für eine standortbezogene qualitative Ferienbetreuung zu erarbeiten.</p> <p>Ziel muss es darüber hinaus sein, die Schulschließungen aufgrund von Ferienzeiten aufeinander Abzustimmen.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Bildung (Prio 2)</p> <p>Neu: Bildung (Prio 1)</p>	<p>Siehe lfd. Nr. 61, Bestandteil einer Schulentwicklungsplanung.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

63	<p>Antrag 3.3: Kindergartenbedarfsplan und Schulbedarfsplan</p> <p>Die Kindergarten- und Schulbedarfspläne sind zeitnah zu aktualisieren und vorzulegen. Wir beantragen, dass die Bedarfspläne ab 2022 immer auf einem aktuellen Stand zu halten sind und dem Gemeinderat für weitere Planungen rechtzeitig vorgelegt werden. Insbesondere sind auch die Unterschiede zu den Kindergarten- und Schulentwicklungsplänen strukturiert aufzuzeigen (mit klaren Zuordnungen). Speziell bei den Bedarfsplänen: Welche Auswirkungen haben die Belegung neuer Wohngebiete (Güterbahnhof Kirchheim bzw. Ötlingen, ...) bzw. durch Zuzug in bestehende Wohngebiete? Wir beantragen die Erstellung eines detaillierten Personalbedarfsplan pro Bildungseinrichtung.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Bildung (Prio 2)</p> <p>Neu: Bildung (Prio 1)</p>	<p>Die Kindergartenbedarfsplanung wird ab 2022 wieder regelmäßig in den Gemeinderat eingebracht. Soweit Auswirkungen der neuen Wohngebiete auf den aktuellen Bedarf stattfinden, werden wir diese in der aktuellen Bedarfsplanung abbilden. Vorrusschauende Planungen sind im Kindergartenentwicklungsplan / Masterplan parallel zu finden Eine Personalplanung pro Bildungseinrichtung liegt vor und kann in der Bedarfsplanung aufgezeigt werden.</p> <p>Die Schulentwicklungsplanung soll in 2022 durchgeführt werden.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	--	-----	-----	---	---	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

64	<p>Antrag 3.4: Kindergartenentwicklung splan</p> <p>(1) Wir beantragen die Weiterentwicklung der Standorte von Kindertageseinrichtungen, basierend auf dem Gebäudezustandsbericht, beispielhaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Jesingen: Analyse der notwendigen Erweiterungen - Ötlingen: Erweiterungsbedarf Haldenkindergarten/ Uracher Kindergarten/EMH - Lindorf: genauer Zeitplan zur Umsetzung des Eichwiesenkindergartens - Kernstadt: Planung und Realisierung der fehlenden Einrichtungen in den Bildungsbezirken. <p>(2) Wir beantragen, dass das Angebot bei Kindertageseinrichtungen um Sport- und Naturkindergarten erweitert werden. Sollte die Stadt selbst nicht diese Angebote anbieten können, sind Kooperationen mit (neuen) freien Trägern anzustreben.</p> <p>(3) Erstellung eines detaillierten Personalentwicklungsplans pro Bildungseinrichtung.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Bildung (Prio 2)</p> <p>Neu: Bildung (Prio 1)</p>	<p>Auch hier wird ab 2022 der aktuelle Stand dem Gemeinderat aufgezeigt.</p> <p>Punkt 3.4 (1) Diese ist das Ziel des Masterplans, vorausschauend alle Schulbezirke zu beleuchten und für den Zeitraum 3-5 Jahre zu planen.</p> <p>Terminplanung Erweiterung Eichwiesen Kindergarten: Derzeit werden die Ausschreibungspakete erstellt, die dann bis Februar 2022 sukzessive veröffentlicht werden. Die vorbereitenden Arbeiten auf der Baustelle beginnen ab Februar 2022, die Gebäudehülle ist bis Ende Juli 2022 fertiggestellt, danach erfolgt der Innenausbau. Die Erweiterung des Kindergartens wird Anfang 2023 bezugsfertig sein.</p> <p>Punkt 3.4. (2) Zu beiden Möglichkeiten sind bereits Vorüberlegungen gestartet. Die Verwaltung ist hierzu im Gespräch mit dem VfL Kirchheim zur Einrichtung eines Sportkindergartens.</p> <p>Punkt 3.4 (3) Wird auch im Entwicklungsplan/Masterplan sowie der Bedarfsplanung aufgezeigt.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	--	-----	-----	---	---	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

65	<p>Antrag 3.5: Verlegung des Supervisionstags der Schulsozialarbeit</p> <p>Wir beantragen, dass die Stadtverwaltung mit den Trägern der Schulsozialarbeit Gespräche mit dem Ziel führt, dass die Supervision der Schulsozialarbeit nicht auf einem Montag liegt. Gerade nach dem Wochenende benötigen Kinder und Jugendliche die pädagogische Arbeit der Schulsozialarbeit. Diese vertrauten Ansprechpersonen sind für Schülerinnen und Schüler nach einem Wochenende zur Stabilisierung und Persönlichkeitsentwicklung wichtig.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Bildung (Prio 2)</p> <p>Neu: Bildung (Prio 1)</p>	<p>Das Brückenhaus e. V. hat traditionell immer montags Teamsitzungen. Der Montag wurde zu Zeiten festgelegt, als die Schulsozialarbeit noch kein Arbeitsfeld des Brückenhauses e.V. war. Nachdem die Schulsozialarbeit als weiteres Arbeitsfeld hinzukam, wurde der Montag als Teamsitzungstag bestehen gelassen, da in den anderen Arbeitsfeldern die Woche geplant werden musste/muss. Das Brückenhaus e.V. hat bereits mehrere Anläufe unternommen, um auf einen anderen Wochentag zu wechseln. Bis jetzt ohne Erfolg.</p> <p>Nach Rücksprache mit dem Brückenhaus e.V. wird in der nächsten Klausurtagung die Verlegung des Teamsitzungstages erneut überprüft.</p> <p>Die Verwaltung erhält dazu entsprechend eine Rückmeldung.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	---	-----	-----	---	---	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

66	<p>Antrag 3.6: Verantwortlichkeit bzgl. Ausstattung von Schulgebäuden bzw. von Schulräumen</p> <p>Im Zuge der Ausstattung von Räumlichkeiten der Kirchheimer Schulen mit Luftfiltern und CO2-Messgeräten kam die Frage auf, wer die Entscheidungskompetenz darüber hat, ob und wie die Räume ausgestattet werden. Konkret lautet die Frage, ob die Verantwortlichkeit für die Ausstattung mit Luftfiltern und CO2-Messgeräten bei der Kommune - und damit auch beim Gemeinderat – oder bei den Schulleitungen liegt. Bei Zuständigkeit der Kommune, spricht des Gemeinde-rats, stellen wir den Antrag, dass die Stadtverwaltung mit Schulleitungen, die Luftfilter oder CO2-Messgeräte bislang ablehnen, den Wunsch des Gemeinderats zur Ausstattung von Räumen an Schulen mit Luftfiltern umsetzen.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Bildung (Prio 2)</p> <p>Neu: Bildung (Prio 1)</p>	<p>Die Ausstattung der Schulräume und Schulgebäude wird im Einvernehmen mit der Schulleitung vorgenommen, um eine entsprechende Akzeptanz der Ausstattung zu erreichen. Eine Installation von Raumluftgeräten in allen Klassenräumen ist derzeit nicht geplant. Grundsätzlich ist der Schulträger für die Ausstattung der Räumlichkeiten verantwortlich. Allerdings ist es nicht zielführend, Klassenzimmer mit Geräten auszustatten, die dann mit Hinweis auf schlechte Lernumgebung (Lärm) nicht genutzt werden. Gemäß des Beschlusses GR/2021/090 wurden deshalb beim Förderprogramm des Landes die in der Si-Vo dargestellten Raumluftgeräte beantragt und ausgeschrieben.</p> <p>Die Installation von CO2 – Messgeräten wurde für alle Klassenräume der Schulen in städt. Trägerschaft und für die Betreuungsräumen der städt. Kindertageseinrichtungen beantragt und ausgeschrieben.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	---	-----	-----	---	--	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

67	<p>Antrag 3.7: Komplett Übersicht über Corona-Maßnahmen an Bildungseinrichtungen</p> <p>Aufbauend auf der Kenntnisnahme des Stands zur Beschaffung von mobilen Luftfiltergeräten in SiVo GR/2021/137 beantragen wir für jeden Bildungsstandort (Grundschule, weiterführende Schule und auch Kindertageseinrichtungen) analog des beispielhaften Grundrisses in Anlage 1 zu GR/2021/137 eine Übersicht über ALLE Räume mit einer fachlichen Begründung, warum eine bzw. warum keine Ausstattung mit Luftfiltern (idealerweise stationär) und CO2-Geräten für notwendig erachtet wird. Diese Begründung muss über eine Einschätzung der Schulleitung hinausgehen!</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Bildung (Prio 2)</p> <p>Neu: Bildung (Prio 1)</p>	<p>Grundsätzliches Kriterium für die Installation von mobilen Raumlufthanlagen ist die Lüftungsmöglichkeit von Räumen. Diese Kriterien werden auch vom Kultusministerium als Grundlage für die Bezuschussung gefordert. Die mobilen Raumlufthanlagen ersetzen in keinem Fall das Lüften, d.h. die Lüftungsintervalle müssen trotz der Raumluftgeräte eingehalten werden. In Räumen, die nicht oder nur schlecht gelüftet werden können (z.B. Kippfenster oder Umkleiden) können diese zur Mit-Belüftung eingesetzt werden. Zusätzlich kann sich der Einsatz von mobilen Raumluftgeräten in Räumen positiv auswirken, die von vielen Schulklassen genutzt werden, wie beispielsweise Fachräume. Unabhängig von der Raumnutzung kann dann durchgängig gelüftet werden, was insbesondere aufgrund der vielen unterschiedlichen Nutzer wichtig ist. Zu Beantragung und Ausschreibung siehe auch lfd. Nr. 66.</p> <p>Mit der Sitzungsvorlage vom Oktober GR/2021/137 hat der Gemeinderat beschlossen, bei zukünftigen Sanierungsmaßnahmen an Schulen dezentrale oder zentrale Raumluftgeräte bzw. -anlagen bis einschließlich Leistungsphase 2 (Vorentwurfsplanung mit Kostenschätzung) zu planen, die Fördermöglichkeiten zu prüfen und den Gremien zur weiteren Entscheidung vorzulegen. Grundlage hierfür ist die Untersuchung des Fachplaners.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	--	-----	-----	---	---	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

68	<p>Antrag 3.8: Digitalisierung an Schule als Daueraufgabe Wir erwarten, dass die erste Abarbeitung der Maßnahmen der Medienentwicklungspläne an allen Schulen abgeschlossen bzw. in vollem Gange ist. Nach dem initialen Anschaffen der Geräte gemäß MEP beantragen wir die Fortschreibung der MEP und kontinuierliche Bereitstellung der notwendigen Mittel: digitale Endgeräte werden ca. 4-5 Jahre einsatzfähig sein, dann muss ein Austausch erfolgen. Die Verwaltung soll aufzeigen, mit welchen (Folge-)Kosten in den nächsten Jahren regelmäßig zu rechnen sein wird und ob es dazu weitere Förder-programme gemäß einem fortgeschriebenen Digitalpakt Schule geben wird.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Bildung (Prio 2)</p> <p>Neu: Bildung (Prio 1)</p>	<p>Die MEP-Anschaffungen sind weitestgehend erledigt und werden gerade ausgerollt. Die Restarbeiten werden im Zusammenhang mit weiteren Arbeiten erledigt. Wenn der Plan für die Medienentwicklung steht, braucht man keinen zweiten. Das pädagogische Konzept der Schule, wie digital gearbeitet wird, steht. Die kontinuierliche Fortschreibung dessen ist Teil des Plans. Die Mittel für den Austausch von Geräten werden in den Haushalt eingebracht. Dabei wird untersucht, ob ein Gerät gut funktioniert und kompatibel zur Software ist. Wünschenswert wäre ein „Digitalpakt 2“ Förderprogramm. Momentan sind folgende Mittel für die nächsten Jahre eingeplant: 2022: 540.000 € für Neuanschaffungen im Pädagogischen Bereich, Belwü-Ablösung, Vorbereitung Rechenzentrum sowie 250.000 € für Wartung / Support / Software-Lizenzen / Verwaltungsgeräte 2023: 550.000 € 2024 - 2026: 500.000 €</p> <p>Die Verwaltung plant im 1. Halbjahr 2022 eine Vor-Ort Besichtigung mit dem Gemeinderat an einer digital ausgestatteten Schule.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	--	-----	-----	---	---	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

69	<p>Antrag 3.9: Teck-Campus Wir beantragen die zeitnahe Weiterführung der Planung des Teck-Campus. Diese ist ggfs. auch in Modulen umsetzbar. Die (Teil-)Planungen sollen jeweils transparent dem Gemeinderat vorgestellt werden.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Bildung (Prio 2)</p> <p>Neu: Bildung (Prio 1)</p>	<p>In der Teckschule hat sich nach Auszug der Teck-Realschule einer stabiler zweizügiger Grundschulstandort etabliert. Maßnahmen zur Behebung sicherheitsrelevanter Probleme sind umgesetzt.</p> <p>Freigewordene Räumlichkeiten der ehemaligen Teck-Realschule sind derzeit nahezu belegt insbesondere durch drei Nautilus-Klassen, das Brückenhaus, die Stadtkapelle und die Archäologie-AG.</p> <p>Während der Umbaumaßnahmen der Linde ist nach dem Stand der aktuellen Überlegungen das Teck-Areal als Ausweichquartier vorgesehen.</p> <p>Bzgl. der gesetzlichen Verpflichtung ab dem SJ 2026/2027 einen Anspruch auf einen Ganztageseschulplatz an Grundschulen einzuführen, ist eine Schulentwicklungsplanung unbedingt erforderlich, in die auch der Teck-Campus einbezogen wird.</p> <p>Eine Machbarkeitsstudie zur Bebauung des Areals wurde bereits 2019 erstellt. Die Machbarkeitsstudie ist ggf. nach der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung anzupassen.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>
70	<p>Antrag 3.10: Linde-Areal Wir beantragen die zeitnahe Weiterführung der Planung des Linde-Areals. Diese ist ggfs. auch in Modulen umsetzbar. Die (Teil-)Planungen sollen jeweils transparent dem Gemeinderat vorgestellt werden.</p> <p>Wir beantragen weiterhin, dass die Umsetzung der Wohn-einheiten entlang der Jesinger Straße zusammen mit dem neuen Eigenbetrieb Wohnen prioritär behandelt wird.</p>	SPD	IWU	<p>Alt: Wohnen (Prio 1)/Bildung (Prio 2)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)</p>	<p>Im Haushalt 2022/2023 sind keine Mittel für die weiteren Projekte im Linde Areal aufgenommen. Hintergrund ist die finanzielle und personelle Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Nachdem das Gebäude Linde sicherheitstechnisch ertüchtigt wurde, hat die Verwaltung die weitere Bearbeitung des soziokulturellen Zentrums zeitlich nach hinten verschoben.</p> <p>Die Aufnahme weiterer Großprojekte (z.B. Teck-Campus, Linde-Areal), die ohne Zweifel sinnvoll und notwendig sind, würde jedoch die Ermächtigungsüberträge weiter erhöhen. Die Verwaltung sieht die Notwendigkeit, sich vielmehr auf die im Haushaltsentwurf eingebrachten Investitionsvorhaben zu konzentrieren, z.B. die Sanierung des Kornhauses prioritär zu verfolgen, und weitere Vorhaben zu einem späteren Zeitpunkt zu verfolgen.</p> <p>Die Frage der Ersatzbeschaffung von Wohnraum für die Bewohner der beiden städtischen Wohngebäude ist prioritär beim Eigenbetrieb Wohnen anzusiedeln und dort auf der Agenda.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

71	<p>Antrag 3.11: Suchtprävention Wir beantragen einen Zustandsbericht über die präventiven Maßnahmen zur Suchtprävention in Kirchheim allgemein, insbesondere aber auch in der Zusammenarbeit „Kommune – Schule“ im Bereich der Suchtprävention. Hierbei sind die kommunalen Sucht-beauftragten intensiv mit einzubinden. Speziell ist zu klären, an welchen Stellen Handlungsbedarf besteht. Wir beantragen eine Darstellung jeweils unterschieden in die stofflichen wie nicht-stoffgebundenen Süchte. Wir beantragen eine Darstellung von Hilfestellungen, besondere Unterstützung für Kinder und Jugendliche aus suchtbelasteten Familien, insbesondere in Zusammen-arbeit mit den Schulen.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Bildung (Prio 2)</p> <p>Neu: Bildung (Prio 1)</p>	<p>Die Beratungsstelle Sucht und Prävention Landkreis Esslingen ist neben Nürtingen, Esslingen, Leinfelden-Echterdingen auch in Kirchheim unter Teck verortet. Das Aufgabenspektrum reicht von Prävention, über die Frühintervention, Motivationsbehandlung, Beratung, Behandlung in Form von amb. Reha, Vermittlung in Therapie und Entgiftung bis hin zur Nachsorge und Substitutionsbegleitung.</p> <p>Prävention allgemein: über 80% der Maßnahmen sind der universellen Prävention zuzuordnen, heißt richtet sich an alle Kinder, Jugendliche und Erwachsene, mit dem Ziel eine Suchtentwicklung zu verhindern. Die Maßnahmen setzen entweder bei den jungen Menschen direkt an oder richten sich an Eltern, Erzieherinnen und Lehrer bzw. päd. Fachkräfte. Die übrigen 20% verteilen sich auf Maßnahmen für bestimmte Ziel- oder Risikogruppen, z.B. Kinder aus suchtbelastenden Familien, Jugendliche mit Suchtmittelkonsum die strafrechtlich aufgefallen sind oder mit einer Alkoholintoxikation im Krankenhaus aufgenommen wurden. Die meisten Veranstaltungen finden im schulischen Setting statt.</p> <p>Unterstützungsangebote in Settings:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Setting: Kinder und Familien/Kindertageseinrichtungen: - Elternabende „Kinder stark machen“, - Fortbildung für Erzieherinnen, - KiTa-Move (Motivierende Gesprächsführung in Elterngesprächen) • Setting: Schule: - Elternabende, - Gestaltung von Unterrichtseinheiten, Projekt „Futur for all“ zur Kriminalitäts- und Suchtprävention, - Schülermultiplikatoren-Seminare, - Fortbildungen und Fachgruppe für Schulsozialarbeiter, - Präventionstheater • Setting: Freizeit/Jugendarbeit/Jugendhilfe: - Fortbildung für päd. Fachkräfte, - Projekt HaLT – Hart am LimiT, - Workshops für Jugendliche zum Thema Glücksspiel, - Präventionstheater, - „Hängebrücke“ – Gruppe für Kinder aus suchtbelastenden Familien • Setting: Straßenverkehr: - Fortbildung für Fahrlehrer zum Umgang mit dem Thema Alkohol und Drogen bei Fahranfängern, - Peer-Projekt an Fahrschulen „jung, mobil & KLAR“ • Setting: Betriebe und Verwaltungen: - Fortbildungen, Workshops, Informations- und Präventionsveranstaltungen. 	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>
----	---	-----	-----	---	--	---

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

				<p>• Setting: Altenhilfe, Altenpflege und Seniorenarbeit: - Informations- und Vortragsveranstaltungen für die Fachöffentlichkeit, Fortbildungen für Pflegekräfte, Präventionstheater</p> <p>• Alle Settings: Materialien-Koffer „KlarSicht“ kann kostenlos ausgeliehen und genutzt werden.</p> <p>Darstellung von Hilfeleistungen, besondere Unterstützung für Kinder und Jugendliche aus suchtbelasteten Familien:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Thema Alkohol in der Schwangerschaft – damit verbundene Folgen FAS (Fetale Alkoholspektrumstörung) – Sensibilisierung der päd. Fachkräfte durch Kooperation und Vernetzung im Rahmen eines Arbeitskreises, welcher ein Gesamtkonzept entwickelt hat (Ausstellung, weitere Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit, schulischer Wettbewerb, Workshops in Schulen und Ausbildung). Start ist im Frühjahr 2022. - Kinder in suchtbelasteten Familien: <ul style="list-style-type: none"> o Fortbildung und Qualifizierung von Mitarbeiterinnen in KiTas, Schulen usw. o Selbsthilfegruppe für „Erwachsene Kinder“ o „Hängebrücke“ Gruppenangebot für Kinder aus suchtbelasteten Familien. Seit 2011 besteht das Angebot in Form einer Mädchengruppe und einer Jungengruppe. Alter: 11-16 Jahre mit 14-tägigen Treffen o Einzelkontakte <p>Für die stofflichen Süchte sind die Beratungsstellen Sucht und Prävention zuständig und für die nicht-stoffgebundenen Süchte ist die Psychologische Beratungsstelle in Kirchheim zuständig.</p> <p>Dennoch ist auch exzessiver Medienkonsum ein Thema in der Beratungsstelle Sucht und Prävention. Prävention: „Net-Piloten“ (Zielgruppe 12-18 Jahre, die dann als Multiplikatoren fit gemacht werden, um dann in Klasse 6 in den Austausch über Wirkung und Risiken exzessiver Mediennutzung, sowie einen verantwortungsvollen Umgang gehen zu können.)</p> <p>Sonstige präventive Angebote: ELSA Onlineberatung</p>	
--	--	--	--	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

					<p>Kontext: Schule Die Suchtprävention an Schulen wird derzeit von den Schulleitungen und den Elternbeiräten begleitet. Die Suchtprävention ist zudem Bestandteil des schulischen Bildungsplans. An den Schulen finden Vorträge zum Thema Suchtprävention statt, zu denen in der Regel Elternvertreter/-innen oder Fördervereine einladen. Über Veranstaltungen im Landkreis Esslingen durch private Träger wird zudem über Rundmails der Elternbeiräte informiert. Von 110 soll eine Abfrage durchgeführt werden, mit welche Maßnahmen die Schulsozialarbeiter/-innen in die Suchtprävention der jeweiligen Schule eingebunden sind.</p>		
72	<p>Antrag 3.12: Umgang mit Krisensituationen Wiederholung des Antrags aus den letzten drei Jahren: Die Verwaltung soll darlegen wie die Schulen in Kirchheim bzgl. einwirkenden Krisensituationen aufgestellt sind (Flucht- und Rettungspläne, Amokalarmierung, Übungen, Zusammenarbeit mit der Polizei und Feuerwehr, Kartenmaterial). Schwerpunkt liegt auf der Zuständigkeit nach Verwaltungsvorschrift seitens des Schulträgers.</p>	SPD	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Gesundes und sicheres Leben (Prio 3)</p>	<p>Die Verwaltung sichert eine Darstellung im ersten Halbjahr 2022 zu.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

73	<p>Antrag 3.13: Verkehrssichere Schulwege</p> <p>Wir beantragen erneut eine Verkehrswegeplanung um sichere Schulwege vorhalten zu können. Die Stadtverwaltung soll Schulwege hinsichtlich Verkehrs-Sicherheit für Schülerinnen und Schüler ertüchtigen und aufzeigen, wie gefährliche Stellen auf Schulwegen generell gesichert werden können. Die Gefahrenzonen sind der Stadtverwaltung bekannt.</p> <p>Weiterhin soll eine kommunale Aufklärungskampagne zu den überhandnehmenden Elterntaxis zum nächsten Schuljahr 2022/23 starten, damit die Schul-Rushhour beendet werden und wieder eine vernünftige Verkehrs-erziehung erfolgen kann.</p>	SPD	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Die Schulwegeplanung ist Aufgabe der Schulen in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Wegen der fachlichen Kompetenz ist diese Aufgabe dem Mobilitätsbeauftragten übertragen. Es ist erforderlich, die vorhandenen Schulwegeplanungen regelmäßig zu aktualisieren. Im Zuge der Schuljahresgespräche fanden hierzu bereits Gespräche statt. Zurzeit ist allerdings aufgrund der personellen Kapazität eine umfängliche Bearbeitung nicht möglich.</p> <p>Die Stadtverwaltung sieht in diesem Thema eine herausragende Chance zur Erziehung von Kindern für lebenslange aktive Mobilität, das heißt zu Fuß gehen und Fahrradfahren im Alltag. Von daher wird mit einer personellen Besetzung der Stabsstelle Mobilität dieses Thema im Rahmen des intermodalen Verkehrskonzeptes eine hohe Priorität bekommen.</p> <p>Eine eventuelle Häufung von Schulwegunfällen wird im Rahmen der Verkehrskommission/Unfallkommission abgearbeitet. Es erfolgen immer wieder Schwerpunktkontrollen des Vollzugsdienstes an den relevanten Stellen (vor Allem zu Schuljahresbeginn).</p> <p>Hinsichtlich der Elterntaxi-Problematik wird eine Aufklärungskampagne für nicht zielführend angesehen, weil den Eltern unserer Erfahrung nach die Problematik durchaus bewusst ist, aber ignoriert wird. Stattdessen erfolgen immer wieder Schwerpunktkontrollen des Vollzugsdienstes an den relevanten Stellen (vor Allem zu Schuljahresbeginn).</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>
----	---	-----	-----	---	---	---

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

74	<p>Antrag 3.14: Umsetzung von Schutzkonzepten gegen sexualisierte Gewalt an Schulen</p> <p>Nach der WHO sitzen in jeder Klasse statistisch gesehen 1 - 2 Kinder, die aktuell oder in der Vergangenheit sexuelle Missbrauch erfahren haben. Wir stellen erneut den Antrag auf Einstellen von 4.000.- Euro, damit eine spezialisierte Fachberatungsstelle zur Beratung und Begleitung der Kirchheimer Schulen ein Schutzkonzept gegen sexuelle Gewalt auflegen kann. Hierzu soll die Stadtverwaltung mit Schulleitungen ins Gespräch gehen, damit diese die Schulentwicklungsmaßnahmen umsetzen kann.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Bildung (Prio 2)</p> <p>Neu: Bildung (Prio 1)</p>	<p>Die Mitarbeiterin der Kindergartenfachberatung macht gerade eine Fortbildung zu diesem Thema und hat bereits Angebote für die Pädagogischen Fachkräfte an KiTaE vorbereitet. In einem zweiten Schritt ist geplant die Pädagogischen Fachkräfte der Schulkindbetreuung in die Fortbildungen einzubinden.</p> <p>Ein Beratungs- und Begleitungsangebot bei sexualisierter Gewalt besteht in Kirchheim unter Teck über die Beratungsstelle Kompass. Der Zugang kann auch über die Schulsozialarbeit erfolgen. Das Präventionsprojekt Schutz Macht Schule“ liegt in der Zuständigkeit der Schule.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	--	-----	-----	---	--	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

75	<p>Antrag 4.1: Vorkaufsrecht Wir beantragen einen Sachstandsbericht im nächsten Steuerungsbericht zum Handlungsfeld „Wohnen“, in dem aufgezeigt wird, wie eine konsequente Anwendung des Mittels „Vorkaufsrecht“ aussehen kann. Beispiele anderer Städte sollen vergleichend gezeigt werden. Darauf aufbauend soll ein ausreichendes Budget für strategischen Grunderwerb von Verwaltung und Gemeinderat festgelegt werden. - Wir beantragen Planungsrecht zu schaffen, um ein generelles Vorkaufsrecht über alle Gewerbe bzw. Industriegebiete ausüben zu können. - Wir beantragen Planungsrecht zu schaffen, um an relevanten Stellen in Wohn- und Mischgebieten ein Vorkaufsrecht ausüben zu können, um Maßnahmen für Wohnungsbau und Klimafolgeanpassung umsetzen zu können. - Wir beantragen Planungsrecht zu schaffen, um an für die Stadtplanung relevanten Stellen ein Vorkaufsrecht ausüben zu können.</p>	SPD	IWU	<p>Alt: Wohnen (Prio 1)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)</p>	Auf die lfd. Nr. 35 wird verwiesen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.
----	--	-----	-----	---	-------------------------------------	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

76	<p>Antrag 4.2: Erbpacht Wir beantragen einen Sachstandsbericht im nächsten Steuerungsbericht zum Handlungsfeld „Wohnen“, an welchen Stellen städtische Flächen in Erbpacht vergeben werden können, damit die Stadt Kirchheim nicht Gefahr läuft, bald keinen eigenen wertvollen Grund und Boden mehr zu besitzen und in punkto Nachhaltigkeit auch weiterhin entscheidungsfähig bleibt, wie es mit den entsprechenden Grundstücken weitergeht, sollte die Erbpacht auslaufen.</p>	SPD	IWU	<p>Alt: Wohnen (Prio 1)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)</p>	<p>Grundsätzlich können fast alle städtischen Grundstücke in Erbpacht vergeben werden - unter Beachtung der Auswirkungen auf den Haushalt – sollte aber immer eine Einzelfallprüfung erfolgen und die verschiedenen Optionen: Verkauf / erbbauerechtsähnliches Wiederkaufsrecht und Erbbaurecht müssen immer im Zusammenhang mit den konkret verfolgten kommunalpolitischen Zielsetzungen erörtert werden. Vorrangig steht immer die Klärung welche Ziele mit welcher Priorisierung auf dem jeweiligen Grundstück verfolgt werden, dann können darauf aufbauend die entsprechenden Instrumente eingesetzt werden. Viel Potential bietet das Erbbaurecht v.a. zur Sicherung einer am Gemeinwohl ausgerichteten Nutzung. Aus Sicht der Verwaltung muss immer eine grundstücksbezogene Einzelfallprüfung erfolgen, die seitens der Verwaltung für alle künftigen Verkäufe zugesichert und angewandt wird.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	---	-----	-----	---	--	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

77	<p>Antrag 4.4: Bau neuer städtischer Wohnungen Wir beantragen Start der Planungen und Umsetzung mindestens folgender Bauvorhaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schafhof IV (Realisierung über "Stiftung Hoffnungsträger") - Gebäude im Areal der ehemaligen Haldenschule inkl. Quartiersraum - Jesinger Straße: Wohneinheiten am Linde Areal - Reutlinger Straße/Güterbahnhofgelände Ötlingen - Güterbahnhofgelände Kirchheim 	SPD	IWU	<p>Alt: Wohnen (Prio 1)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)</p>	<p><u>Schafhof IV</u> – Realisierung über Stiftung Hoffnungsträger bedeutet, dass die Stadt das Grundstück an die Stiftung veräußert und die Stiftung das Haus betreibt. Alternativ könnte von der gewerblichen Tochtergesellschaft HTS-Handel gebaut werden. Dabei handelt es sich um ein „Systemhaus“, Abweichungen sind nicht möglich. Das Grundstück sollte für eine Bebauung durch den Eigenbetrieb vorgehalten werden, weitere Ausführungen zum Zeitpunkt sind unter Finanzantrag Ergebnishaushalt lfd. Nr. 104a,b erläutert.</p> <p>Für das <u>Areal der ehemaligen Haldenschule</u> ist eine „Konzeptvergabe“ vorgesehen. Dabei können sowohl geförderte Wohnungen entstehen- so dass eine Durchmischung des Gebietes erfolgt - als auch ein Quartiersraum, der nicht zu den primären Aufgaben des Eigenbetriebs gehört (Nicht-Ziele des Eigenbetriebs siehe Finanzantrag Ergebnishaushalt lfd. Nr. 104a,b).</p> <p>Die <u>Wohngebäude in der Jesinger Straße</u> gehen im Zuge des Übergangs des Anlagevermögens auf den Eigenbetrieb über (01.01.2023). Abbruch und Neubau werden als künftige Aufgabe des Eigenbetriebs gesehen.</p> <p>Die <u>Gebäude Reutlinger Straße</u> gehen ebenfalls im Zuge des Übergangs des Anlagevermögens auf den Eigenbetrieb über (01.01.2023). Sanierung / Abbruch / Neubau sind Aufgaben des künftigen Eigenbetriebs. Das Bebauungsplanverfahren für den Güterbahnhof Ötlingen ist bereits eingeleitet, ebenso werden die Überlegungen zur Vergabe unter den Bedingungen der Erbpacht vorangetrieben. Die Gebäude an der Reutlinger Straße selbst sind nicht Gegenstand der Konzeptvergabe und können nach Auszug der derzeitigen BewohnerInnen umgehend abgerissen und neugebaut werden.</p> <p>Umzugskarussell als Grundvoraussetzung.</p> <p><u>Güterbahnhofsgelände Kirchheim</u>: Für einen Großteil der Fläche ist Konzeptvergabe vorgesehen. Ein Teil der Fläche ist für eine Bebauung durch den Eigenbetrieb vorgesehen. Die Planungen zum Güterbahnhofsgelände in Kirchheim sind weit fortgeschritten und können im Grundsatz nach Klärung der Grundstücksangelegenheit fertiggestellt werden. In Anbetracht der Tatsache, dass im Umfeld des Güterbahnhofs aktuell eine große Anzahl an Neubauvorhaben in der Entstehung sind (Schöllkopfstraße / Badwiesen, Henriettengarten, Steingauquartier mit insgesamt 750 Wohnungen!) wird die Konzentration der personellen Kapazitäten an anderen Stellen für dringender gehalten. Im Rahmen eines Workshops zu Stadtentwicklungsprojekten im Juni 2021 hat der Gemeinderat dem Güterbahnhofsgelände in Ötlingen eine höhere Priorität eingeräumt.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>
----	---	-----	-----	---	--	---

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

78	<p>Antrag 4.5: Sanierungsgebiet Nabern Nachdem die Sanierungsgebiete in „Ortsmitte Ötlingen“ und „Max-Eyth-Straße“ gemäß Haushaltsplan auslaufen, beantragen wir die Ausweisung eines Sanierungsgebiets in Nabern, um die Umsetzung von Maßnahmen des Ortsentwicklungskonzepts, aber auch die energetische Ertüchtigung (privater) Bestandsgebäude zu unterstützen.</p>	SPD	IWU	<p>Alt: Wohnen (Prio 1)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)</p>	<p>Die Verwaltung ist der Auffassung, dass das Wollmarktviertel einen deutlich dringenderen Erneuerungsbedarf hat. Nachdem nur ein Antrag eine Chance auf Aufnahme hat, sollte das Wollmarktviertel als Sanierungsgebiet angemeldet werden. Auf den Finanzantrag Ergebnishaushalt lfd. Nr.115 wird verwiesen.</p> <p>Für Nabern hat die Verwaltung vorgeschlagenen, dass der Ortschaftsrat im Dialog mit der Verwaltung Eckpunkte für eine künftige Nutzung/Gestaltung des Geländes im Umfeld des Rathauses entwickelt.</p>	<p><u>Antrag von StR Eisenmann (SPD):</u></p> <p>Aufnahme von Planungsmitteln in Höhe von 30.000 Euro für vorbereitende Untersuchungen zu einem Sanierungsgebiet Nabern in den Doppelhaushalt 2022/2023</p> <p>19 Ja-Stimmen</p> <p>→ Der Antrag erhält eine Mehrheit. → Der Antrag wird damit zum Finanzantrag im Ergebnishaushalt (vgl. lfd. Nr. BA 78)</p>	
----	---	-----	-----	---	---	--	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

79	<p>Antrag 5.1: Erneuerbare Energien - Photovoltaik Wir beantragen die Erarbeitung eines Konzepts, wie die Stadtverwaltung bzw. die Stadtwerke eine Unterstützung von Privatpersonen bzw. Unternehmen bei (Aus-)Bau von Photovoltaikanlagen realisieren können. Insbesondere beantragen wir eine Machbarkeitsanalyse, damit die Stadtwerke Dachflächen von Privatpersonen bzw. Unternehmen pachten und Anlagen selbst erstellen. Wir beantragen, dass die Stadtwerke ein Konzept erarbeiten, um mit Besitzern großer Parkplätze (z.B. bei Supermärkten, ...) Kooperationen einzugehen mit dem Ziel, die Parkplätze mit Photovoltaikanlagen zu „überdachen“.</p>	SPD	IWU	<p>Alt : Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu : Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie (Prio 1)</p>	<p>Auf die lfd. Nr. der „Grünen“ Nr.21 wird verwiesen. Die beratende Unterstützung von Privatpersonen und Unternehmen erfolgt über die PV-Karawane sowie die Klimaschutzagentur des Landkreises. Die Verwaltung wird die Idee der Parkraumüberdachung zunächst intern prüfen (Flächenidentifikation, baurechtliche Voraussetzungen, technische Voraussetzungen, grobe Kosten), mit möglichen Kooperationspartnern sprechen, dem Gremium darüber berichten und dann ggf. zu Parkplatzbetreibern Kontakt aufnehmen und die Idee einer Parkraumüberdachung mit PV-Modulen vorstellen.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	--	-----	-----	---	--	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

80	<p>Antrag 5.2: Erneuerbare Energien – Windkraft Wir beantragen den Ausbau der städtischen Beteiligungen an Windenergie-Parks z.B. bei den Teckwerken. Wir beantragen einen Sachstandsbericht zum Betriebs-zweig „Strom“ der Stadtwerke, insbesondere die angestrebten Größenordnungen, wie viele Kirchheimer Haushalte bzw. Unternehmen mit Strom aus erneuerbaren Energien über Stadtwerke versorgt werden sollen.</p>	SPD	IWU	<p>Alt : Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu : Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie (Prio 1)</p>	<p>Die Stadt/Stadtwerke werden über die Teckwerke an dem Projekt Windpark Falkenhöhe beteiligt. Dazu laufen derzeit die letzten formellen Vorgänge. Die Verwaltung geht davon aus, dass bei weiteren geplanten Projekten der Teckwerke gerade in Bezug auf Windkraftanlagen aufgrund der bisherigen Zusammenarbeit auch die Stadt angefragt werden wird, ob eine Beteiligung möglich ist. In der SiVo GR /2020/008 ist in den nichtöffentlichen Anlagen eine ausführliche Kundenprognose, aufgeteilt nach Privat- und Gewerbekunden, aufgeführt. An dieser konservativen Schätzung hat sich nichts verändert, außer dass sich die Umsetzung aufgrund des langwierigen Stellenbesetzungsverfahrens um ein Jahr in die Zukunft verschieben wird. Der GR hat in seiner Sitzung vom 11.11.2020 der Sitzungsvorlage zugestimmt(Beschlussprotokoll / Niederschrift § 32 Bildung eines steuerlichen Querverbands und Gründung eines Stromvertriebs bei den Stadtwerken Kirchheim unter Teck). Eine Stellenbesetzung konnte zu dem damaligen gewünschten Zeitpunkt nicht erfolgen und wird zum 01.12.2021 voraussichtlich realisiert.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
81	<p>Antrag 5.3: Kooperation mit Energieerzeugern Wir beantragen die Intensivierung der Kooperation/ Partnerschaft zwischen Stadtwerken und Teckwerken und anderen Energieerzeugern mit dem Ziel, ein Angebot zur Versorgung mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen für alle Kirchheimer Haushalte anbieten zu können.</p>	SPD	IWU	<p>Alt : Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu : Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie (Prio 1)</p>	<p>Die Verwaltung identifiziert sich mit dem Ziel möglichst EE-Strom an alle Kirchheimer Haushalte liefern zu können. Da der Strommarkt jedoch nicht reguliert ist, gilt auch hier das Marktprinzip von Angebot und Nachfrage. Damit hängt die Wirtschaftlichkeit / Markterfolg insbesondere auch von den Einkaufspreisen, der gewünschten Marge und damit von den angebotenen Tarifen ab. Die Verwaltung prüft (u.a. auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten) ob und von wem EE-Strom regional eingekauft werden kann. In Zusammenhang mit dem steuerlichen Querverbund und der Erfordernis des Stromvertriebs haben Stadtwerke und Verwaltung auch Kontakt zu den Teckwerken aufgenommen, um auszuloten, in wieweit hier kooperiert werden könnte.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

82	<p>Antrag 5.4: Dezentrale Versorgung von Wohnquartieren</p> <p>Wir beantragen, dass die Stadtwerke das Angebot von dezentraler Nahwärme- und Stromversorgung intensivieren.</p> <p>Dabei ist unter anderem ein Leuchtturmprojekt "stationäre Brennstoffzelle" in 2022 zu planen, um diese Form der dezentralen Energieversorgung ab 2023 einsetzen zu können.</p>	SPD	IWU	<p>Alt : Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu : Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie (Prio 1)</p>	<p>Die Verwaltung prüft bei jedem neu zu entwickelndem Wohn-/ Gewerbegebiet, inwieweit eine Nahwärmeversorgung sinnvoll ist. Dies passiert derzeit von „unten“, d.h. bei entsprechender Gelegenheit wird geprüft und ggf. in Verhandlung mit den Investoren oder Eigentümern getreten (Zementstraße, Südbahnhof, Güterbahnhof Ötlingen , ME-Schule). Erkenntnisse über mögliche Potentiale im Bestand und in den Entwicklungsperspektiven der Stadt wird zukünftig die „kommunale Wärmeplanung“ liefern, so dass auch ein Blick von „oben“ möglich sein wird und die Verwaltung gezielter Gebiete unter dem Aspekt der Wärmeversorgung entwickeln kann. Der kommunale Wärmeplan soll im Frühjahr 2022 fertiggestellt sein. Bei der Auswahl der Wärmeerzeugung spielen die Rahmenbedingungen (benötigte Wärmemenge, Kosten, Interessen der Eigentümer, evtl. vor Ort verfügbare Wärmequellen, usw.) eine Rolle, so dass nicht generell eine Wärmeerzeugungsart unabhängig von den Rahmenbedingungen vorgegeben werden sollte. Es wird aber zugesagt, dass die stationäre Brennstoffzelle als Variante in die zukünftigen Anfangsbetrachtungen einbezogen wird. Hierzu sind wir auch in einem Projekt der Region Stuttgart zur Entwicklung einer Wasserstoffregion beteiligt.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>
----	--	-----	-----	---	---	---

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

83	<p>Antrag 5.5: Starkregen- und Hochwasserrisikomanagement bzw. Konsequenzen aus Gefahrenkarten</p> <p>Aufbauend auf der Kenntnisnahme vom „Statusbericht Gewässer“ der SiVo IWU/2021/031 beantragen wir im Bereich des Starkregen- und Hochwasserrisikomanagements, dass die Stadtverwaltung die Koordination von Schutzmaßnahmen mit betroffenen Anwohnern federführend übernimmt.</p> <ul style="list-style-type: none"> - nicht nur Information zur Selbstvorsorge, sondern gemeinsame Maßnahmen der Anwohner koordinieren - Analyse: wo kann/muss die Stadt unterstützend eingreifen in Straßenverläufen, Gräben, Abläufen, ... 	SPD	IWU	<p>Alt : Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu : Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie (Prio 1)/Gesundes und sicheres Leben (Prio 3)</p>	<p>Die Beratung zur Eigenvorsorge zu privaten Hochwasserschutzmaßnahmen kann verwaltungsintern nicht geleistet werden und muss an ein externes Büro vergeben werden. Die Notwendigkeit zur Koordination von privaten Schutzmaßnahmen wird nach den Bürgerinformationsveranstaltungen erkennbar. Die Verwaltung wird dort, wo es sinnvoll und erforderlich ist, eine Koordination selbst, oder mit externer Unterstützung übernehmen.</p> <p>Aufbauend auf die Starkregenisikoanalyse werden die städtischen Maßnahmen im Rahmen der zur Verfügung stehenden HH-Mittel und der personellen Kapazität umgesetzt. Konkrete Maßnahmen werden künftig bei der Mittelanmeldung berücksichtigt.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	--	-----	-----	--	--	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

84	<p>Antrag 6.1: Gewässerentwicklungspläne unter dem Blickwinkel „Klimafolgeanpassung“ Wir beantragen eine Analyse nach bereits durchgeführten Gewässerschauen bzw. abgeleiteten Gewässerentwicklungsplänen: sind ursprünglich identifizierte Maßnahmen bei Starkregenereignissen hilfreich oder kontraproduktiv? Darüber hinaus beantragen wir, dass die Erkenntnisse aus dem Starkregen- und Hochwasserrisikomanagement in zukünftigen Gewässerentwicklungsplänen berücksichtigt werden und diese Erkenntnisse in bereits abgeschlossenen Gewässerentwicklungsplänen ggfs. zu Änderungen führen.</p>	SPD	IWU	<p>Alt : Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu : Klimaschutz, Klimafolgeanpassung und Energie (Prio 1)</p>	<p>Gewässerentwicklungspläne und Starkregenrisikomanagement sind übergeordnete Planungen. Einzelmaßnahmen, die sich aus beiden Planwerken ableiten, müssen detailliert geplant werden. Dies erfolgt immer unter den Aspekten Ökologie und Überflutungsschutz und wird miteinander in Einklang gebracht. Die vorgeschlagenen Maßnahmen im vorliegenden GEP Dupiggraben widersprechen sich nicht mit den Erkenntnissen aus den vergangenen Starkregenereignissen und dem Starkregenrisikomanagement zum Einzugsgebiet Dupiggraben. Das Starkregenrisikomanagement wird künftig den Planungsbüros, die Gewässerentwicklungsplanungen erstellen, zum Abgleich und ggf. Einarbeitung zur Verfügung gestellt.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	---	-----	-----	--	--	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

85	<p>Antrag 7.1: Breitbandausbau Um den Fortschritt im Bereich der Digitalisierung für Privathaushalte/Quartiere und Gewerbetreibende überhaupt messbar machen zu können, beantragen wir die Erstellung folgender Übersichtskarten über das gesamte Stadtgebiet Kirchheim inklusive der Teilorte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Status der Breitbandversorgung in allen Straßenzügen/ Wohnviertel/Gewerbegebieten - Ausbauziel für jedes Quartier/Wohnviertel/Gewerbegebieten, zu welchem Termin welche Übertragungsrate zur Verfügung steht - Status der verlegten Datenleitungen (Art der Datenleitung/ Glasfaser bzw. Leerrohre) im Kirchheimer Straßennetz - Ausbauziel für jede Straße, zu welchem Termin welche Glasfaserkabel verlegt sein wird. <p>Wir beantragen einen neuen Termin des „Lenkungs-ausschuss Digitalisierung“, um über die mittelfristigen Ziele des Zweckverbands Breitbandversorgung des Landkreises Esslingen und die Gigabit Region Stuttgart mit Fokus auf Kirchheim unter Teck informiert zu werden. Insbesondere beantragen wir einen Sachverhaltsbericht den</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Wirtschaftsförderung (Prio 3)</p> <p>Neu: Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (Prio 2)</p>	<p>1) Übersicht - Bestehende Infrastruktur strukturiert nach Gebieten und Eigenschaften und Ausbauziele für die einzelnen Gebiete/Straßen inklusive Zeitpunkt der Erschließung: An der bisherigen Strategie der Stadt Kirchheim unter Teck im Breitbandausbau hat sich nichts geändert. Sie ist weiterhin kein Betreiber, wie im ersten Quartal diesen Jahres bereits dargestellt. Die Stadt setzt überwiegend auf den mit 90% von Bund und Land geförderten Breitbandausbau. Im ersten Schritt sind im Fördervorhaben Weiße Flecken geschätzte 6 Millionen Euro Investitionsvolumen geplant. Die Vergabe erfolgt im Dezember 2021 oder Januar 2022 voraussichtlich. Danach steht fest, welches Telekommunikationsunternehmen (TKU) die Vergabe erhält und in die „Detailplanung“ geht. Der Ausbau erfolgt nach Clustern. Die Zeitplanung definiert in erster Linie das obsiegende TKU, jedoch kann die Stadt versuchen, über frühzeitige Kommunikation ihre Prioritäten deutlich zu machen und gemeinsam mit dem TKU eine optimale Lösung für beide Seiten zu finden. Grundsätzlich sind schon alle im Fördervorhaben enthaltenen Adresspunkte von den Sonderprogrammen „Bildung“ und „Gewerbegebiete“ priorisiert. Diese sind laut Vertrag innerhalb von zwei Jahren nach Vertragsunterschrift mit mindestens 1000 MBit/s glasfaserbasiert zu versorgen. Die restlichen Adresspunkte sind innerhalb von drei Jahren nach Vertragsschluss dementsprechend zu versorgen. Die Stadtverwaltung verfügt neben den öffentlich zugänglichen Daten des Breitbandatlases (https://www.bmvi.de/DE/Themen/Digitales/Breitbandausbau/Breitbandatlas-Karte/start.html) auch die Adresspunkte, die im Fördervorhaben Weiße Flecken enthalten sind. Übersichtskarten zu Beständen sind über den Breitbandatlas zu finden (siehe oben). Ausbauziele gibt es nur gesamtstädtisch in oberflächlicher Weise. Diese finden sich in der städtischen Strategie und werden nach Vertragssituation des Förderantrags Weiße Flecken eingehalten. Mehr Informationen sind im Breitbandbericht vom 2. Quartal 2021 zu finden (SiVo). Der nächste Breitbandbericht erfolgt durch die Neustrukturierung der Verwaltung und damit auch einer Neuverortung des Breitbandausbaus erst im 1. Quartal 2022. Aktuell befindet man sich organisatorisch im Breitbandausbau in einer Interimsphase (vom TDI in neue Organisationsform).</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>
----	---	-----	-----	---	--	---

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

				<p>2) Neuer Termin für Lenkungsausschuss Digitalisierung - Information über mittelfristige Ziele Zweckverband Breitbandversorgung Esslingen und Gigabit Region Stuttgart: - Sachstandsbericht der Deutschen Telekom AG über Maßnahmen: Wie unter Punkt 1 bereits erwähnt, soll es im 1. Quartal 2022 einen Digitalisierungsbericht inklusive Breitbandbericht geben. Die eigenwirtschaftlichen Maßnahmen der Deutschen Telekom AG im Rahmen der Kooperationsrahmenvereinbarung sind der Stadtverwaltung auch ohne Sachstandsbericht bekannt. Diese betreffen aktuell das Gewerbegebiet Bohnau und in 2022 die Innenstadt und das GWG Bohnau-Süd.</p> <p>Im ersten Halbjahr 2022 erfolgt eine Sitzungsvorlage.</p>		
--	--	--	--	---	--	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

86	<p>Antrag 7.2: Fortschreibung des Gewerbeflächenentwicklungsplans</p> <p>Wir beantragen die Fortschreibung des Gewerbeflächenentwicklungsplans, aufbauend auf dem in SiVo GR/2017/059 dargestellten Stand.</p> <p><input type="checkbox"/> Dazu müssen wir eine Grundsatzentscheidung bei Ausweisung neuer Gewerbeflächen treffen: Areal für Transformation der Industrie hin zu nachhaltigem/ klimaneutralen Produktion ODER Flächenbereitstellung für den Kirchheimer Bedarf</p> <p><input type="checkbox"/> Darüber hinaus müssen wir die Frage beantworten, wie es WIRKLICH mit dem Areal „Bohnau Süd“ weitergeht: Dies ist in Abhängigkeit von der Frage zu klären, wie das Areal erschlossen wird (Straße südlich der A8 vs. kompletter Verkehr über Jesinger Str / Einsteinstr). Aktuell gingen die Planungen immer von einer Erschließung südlich der A8 aus.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Wirtschaftsförderung (Prio 3)</p> <p>Neu: Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (Prio 2)</p>	<p><u>Gewerbeflächenentwicklung</u></p> <p>In Vorbereitung auf die zukünftige Grundstücksvergabe in der Bohnau Süd und damit zusammenhängende Planungsschritte hat die Verwaltung vor, eine Aktualisierung der Bedarfsabfrage lokaler Gewerbetreibenden durchzuführen.</p> <p>Aus Sicht der Verwaltung lässt die Gewerbegebieteentwicklung Bohnau Süd aufgrund seiner Größe sowohl die Ansiedlung von lokalen Gewerbetreibenden als auch neuer Firmen von außerhalb zu. Durch einen angestrebten Branchenmix soll die Kirchheimer Wirtschaft nicht nur von einigen wenigen Firmen abhängig sein, sondern vielmehr gestärkt werden, um insgesamt resilienter zu werden.</p> <p>Um den genannten Branchenmix einerseits und die Nachhaltigkeit andererseits miteinander zu verbinden arbeitet die Verwaltung gegenwärtig Vergabekriterien für Gewerbegrundstücke aus. Diese Kriterien sollen sowohl die ökonomischen und sozialen Aspekte der Firmen sowie deren Beitrag zu einem nachhaltigen Gewerbegebiet, d.h. ökologische Gesichtspunkte, berücksichtigen. Insgesamt wird bei der Vergabe der Grundstücke auch immer die Branche bzw. das Produkt der Firmen und somit der daraus entstehende Mehrwert für die Stadt berücksichtigt.</p> <p>Sollte sich für die Bohnau Süd doch die Möglichkeit ergeben, dass sich der Interessent ansiedelt, sollte aus Sicht der Verwaltung diese Chance genutzt werden, um neben der lokalen auch die regionale Wirtschaft zu stärken.</p> <p>Insgesamt hält es die Verwaltung für notwendig, die Erschließung des Gewerbegebiets Bohnau-Süd auch ohne die momentan schwieriger gewordene Erschließungsstraße über die A8 weiter voran zu treiben. Hierzu werden aktuell verkehrliche Untersuchungen für die Lenkung des Verkehrs über die Einstein- und Jesingerstraße durchgeführt.</p> <p><u>Erschließung</u> Siehe hierzu die lfd. Nr. 49.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>
----	--	-----	-----	---	--	---

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

				<p>Weitere Planungsaspekte</p> <p>Um die Bürger/-innen zusätzlich zur gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligung im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens in dem Projekt einzubeziehen, hat die Verwaltung im Frühjahr 2021 ein Kommunikationskonzept entwickelt, dessen erste Bausteine noch vor den Sommerferien umgesetzt wurden. So wurde im Juli ein persönliches Schreiben von Herr Dr. Bader an die Anwohner/-innen des angrenzenden Wohngebiets versendet. Darin wurde über das Vorhaben, den aktuellen Verfahrensstand und die kommenden Veranstaltungen informiert. Im gleichen Monat ging die Projekthomepage Bohnau-Süd online: https://www.kirchheim-teck.de/bohnau-sued. In Vorbereitung auf die Bürgerinformation im Dezember, gab es vom 8. bis 23. November 2021 eine Online-Befragung, welche beispielweise die wichtige Ansiedlungskriterien von Unternehmen, die Ausgestaltung der Grünflächen oder attraktive Beteiligungsformate abfragt. Das Ergebnis der Umfrage ist Grundlage für die Ausgestaltung der Informationsveranstaltung am 10. Dezember 2021. Um mit einigen Zielgruppen, z.B. den Anwohner/-innen, tiefer in das Projekt und die Planung einzusteigen, wird es im ersten Quartal 2022 weitere Veranstaltungen geben.</p>		
--	--	--	--	---	--	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

87	<p>Antrag 7.3: Maßnahmen zur Attraktivierung des Ausbildungsstandorts</p> <p>Gerade nach Corona sehen wir einerseits Lehrstellen, die nicht zu besetzen sind auf der einen Seite, und Schul-Absolvent*innen, die erfolglos einen Ausbildungsplatz suchen. Wir beantragen unter Federführung der städtischen Wirtschaftsförderung eine Initiative „Ausbildung“, die folgende Ziele hat:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bereitstellung von attraktiven, zukunftsorientierten Ausbildungsplätzen. Der Fokus soll hierbei nicht nur auf Studium, sondern auch auf Handwerk, Pflege, Einzelhandel, ... liegen. - Vermittlung von Absolvent*innen aus allen Schularten. - Unterstützung/Ausbau von Initiativen zur Berufsorientierung, wie sie z.B. das KIZ bereits anbietet. - die Stadt soll dabei als Vorbild (z.B. bei PIA-Ausbildungsplätzen) wahrgenommen werden. 	SPD	BSB	<p>Alt: Wirtschaftsförderung (Prio 3)</p> <p>Neu: Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (Prio 2)</p>	<p>Siehe hierzu Maßnahmen von dem Zusammenschluss KIA (Kirchheimer Initiative für Ausbildung) mit regelmäßigen Veranstaltungen für Eltern, Schüler/-innen, Lehrer/-innen zum Thema Berufsorientierung (BO), z.B. „Karriere mit Lehre“ oder das „Forum für Talente“.</p> <p>Eine große Unsicherheit ist bei den Jugendlichen aufgrund des Lockdowns während Corona spürbar. Um dem entgegenzuwirken ist im Rahmen von KIA in 2022 eine Art „Ostercamp“ in Planung (in Anlehnung an das Herbstcamp in GP), um den Jugendlichen das Thema Ausbildung schmackhafter zu machen.</p> <p>Auch findet im Februar 2022 wieder die BIM (Berufsinformationsmesse) statt – dieses Mal ohne Geschlechtertrennung.</p> <p>Die BO ist im Rahmen des KIZ mit berücksichtigt. Das KIZ gehört nun auch zum Netzwerk KIA.</p> <p>Zudem hat sich die Initiative MachES (gründungsfreundliche Kommune) mittlerweile auf den ganzen Landkreis Esslingen als Innovationsdrehschreibe etabliert, inkl. der IHK. Bestandteile sind hier auch das TeckLab, eine Innovationswerkstatt in der Linde mit Kooperationspartnern aus der Wirtschaft (u.a. Festool, Leuze, Keller Lufttechnik, Starline) und das InnovationLab, eine Kooperation zwischen der HfWU, der bwcon und den Städten Nürtingen und Kirchheim. Hier hat sich auch das Regionalboard KI:NT etabliert.</p> <p>Ferner besteht eine Zusammenarbeit mit dem BDS und dem Städtepartnerschaftsnetzwerk von Rambouillet. Hier könnte der Austausch mit dem Programm Vive la WIR angestoßen werden.</p> <p>Die Stadt bietet bereits PIA Ausbildungsplätze an. Siehe auch Inklusionsplan 2022/23.</p>	<p>Zusage der Verwaltung, dass die Wirtschaftsförderung auf KIZ zugehen wird, um zu überlegen, wie auf den bisherigen Maßnahmen aufbauend die Berufsorientierung gestärkt werden kann.</p>
----	--	-----	-----	---	--	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

88	<p>Antrag 7.4: Wiederaufnahme der Errichtung einer ganzheitlichen Onlineplattform „Teckschlüssel“ Wir beantragen einen Sachstandsbericht, wie der Gemeinderatsbeschluss, resultierend aus der SiVo GR/2019/118 „Einführung einer ganzheitlichen Onlineplattform“ umgesetzt werden soll. Die zwischenzeitliche Reduktion auf das Handyparken gemäß GR/2021/069 ist aus unserer Sicht nicht die finale Lösung!</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Wirtschaftsförderung (Prio 3)</p> <p>Neu: Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (Prio 2)</p>	<p>Die Federführung für das Projekt wurde im Oktober 2021 verwaltungsintern verändert. Ziel ist es, die bestehende Kirchheim-App unter Einbeziehung des lokalen Einzelhandels, der Gastronomie sowie der Vereine neu zu strukturieren und anzupassen. Die App soll sich vorrangig an Personen richten, die in der Stadt etwas unternehmen möchten und so zur Attraktivierung der Angebote im Stadtgebiet beitragen (Aktuelle Veranstaltungen, Darstellung von Gastronomie und Einzelhandel,...). Unter diesem Fokus wird das Projekt aktuell neu aufgesetzt und strukturiert. Die Verwaltung wird nach Vorliegen der Projektplanung in einem „Zwischenbericht aus den Handlungsfeldern“ zur konkreten Terminalschiene berichten.</p>	<p>Zusage der Verwaltung, den aktuellen Sachstand der Einführung von „Parkster“ darzulegen.</p> <p><u>Nachrichtliche Information im Nachgang zur Vorberatung:</u></p> <p><i>Anfang April 2022 wird die Sanierung der Anlagentechnik der Parkierungsanlagen Krautmarkt und Schweinemarkt vorgenommen. Nach einer kurzen Einführungsphase (ca. vier Wochen) wird anschließend Parkster eingeführt. Es wird derzeit von Mitte Mai 2022 ausgegangen.</i></p>	
89	<p>Antrag 7.5: Wohnmobilstellplatz auch in Teilorten Wir beantragen eine Prüfung, ob in beispielhaft in Nabern am "Oberen Wasen" ein Wohnmobilstellplatz errichtet werden kann.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Wirtschaftsförderung (Prio 3)</p> <p>Neu: Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (Prio 2)</p>	<p>Eine Umsetzungsprüfung ist bereits angestoßen. Siehe auch lfd. Nr. 190.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

90	<p>Antrag 8.1: Weiterentwicklung des VVS-Stadtticket</p> <p>Nach dem erfolgreichen Einführen eines VVS-Stadttickets, beantragen wir einen Sachstandsbericht, wie das Stadtticket angenommen wird und einen Ausblick bzgl. Weiter-führung in den kommenden Jahren. Darüber hinaus beantragen wir die Etablierung einer gemeinsamen Interessenvereinigung der Städte mit günstigen VVS-Tagestickets mit dem Ziel, die Tickets noch günstiger zu bekommen bzw. den Bereich der Tagestickets zu erweitern (Notzingen, Holzmaden, ...), um einen weiteren Beitrag zur Klimabilanzverbesserung beizutragen. (Ideen wie 1€ Tagesticket bzw. 365€ Jahresticket werden in anderen Kommunen bereits diskutiert, gemeinsam wird man stärker in Verhandlungen mit VVS und ggfs. Land Baden-Württemberg gehen können, wenn es um eine mögliche Bezuschussung geht.).</p>	SPD	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungs-netze (Prio 2)</p>	<p>Bei Einführung des StadtTicket wurde eine Mindestvertragslaufzeit vom 01.01.2020 bis 31.12.2022 vereinbart. Der Vertrag verlängert sich automatisch um jeweils ein Jahr, wenn er nicht von einer Seite gekündigt wird. Auf Basis der Evaluation der drei Jahre wird die Verwaltung einen Vorschlag zur Weiterführung vorlegen. Für das Jahr 2022 sind die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 € enthalten. Eine räumliche Erweiterung der StadtTickets auf Gebiete außerhalb der eigenen Gemarkung schließt der VVS grundsätzlich aus, ebenso wie verschiedene Preise/Preisstrukturen innerhalb des VVS. Dies wird mit der Vermeidung unklarer und nicht nachvollziehbarer Regeln und von Flickenteppichen unterschiedlicher Regelungen begründet. Die Preisstruktur muss ebenfalls grundsätzlich mit den im VVS befindlichen Landkreisen und allen betroffenen VVS-Kommunen diskutiert werden.</p> <p>Einzelnen Abweichungen stimmt der VVS nur im Zusammenhang mit konkreten Einzelaktionen zu, z.B. einzelne kostenfreie Tage im Advent oder zu Stadtfesten oder ähnlichem. (Ein Advents-Samstag kostet ca. 2.500,-€)</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>
----	--	-----	-----	--	--	---

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

91	<p>Antrag 8.2: Radwegeverbindung Kirchheim Innenstadt - Nabern</p> <p>Wir beantragen den Bau eines (beleuchteten) Fahrrad-schnellweges zwischen Nabern und der Innenstadt.</p> <p>Eine Trassenführung muss direkt, schnell und ohne Hindernisse aussehen – die auch bei den Planungen eines Gewerbegebiets Bohnau Süd enthalten sein müssen. Generationen von Naberner Schülern, Arbeitenden und Freizeitaktiven fahren mit dem Rad zur Schule oder in die Stadt, oft mehrmals täglich.</p> <p>Durch die unkomfortablen Umleitungen während der Tunnelbauphase haben Radler bei gutem Wetter einen direkten unbefestigten Feldweg genutzt. Ein optimal geführter und beleuchteter Radweg nach Abschluss der Tunnelbaumaßnahme ist eine Investition in den Klima-schutz und in die Beziehung zwischen Kirchheim und seinem Stadtteil Nabern.</p>	SPD	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Diese komfortable und beleuchtete Radverbindung wird derzeit von der Verwaltung im Vorgriff auf die abschnittsweise Wiederherstellungspflicht durch die DB Projektgesellschaft vorbereitet. Die Herstellung des Abschnittes südlich der Autobahn ist bereits im Haushalt 2022/2023 berücksichtigt.</p> <p>Im Zusammenhang mit der Erschließung Bohnau-Süd werden auch die Radwegeverbindungen durchs Gewerbegebiet mit betrachtet und umgesetzt, um den Radverkehr zu fördern.</p> <p>Ein normgerechter Radschnellweg bedingt jedoch eine eigene Trasse und planfreie Kreuzungen, die im Bestand nicht umsetzbar und nach Auffassung der Verwaltung vor allem wegen zu geringer Nutzerzahlen auch nicht erforderlich sind.</p> <p>Siehe auch lfd. Nr. 191.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	--	-----	-----	---	---	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

92	<p>Antrag 8.3: Überregionales Radwegenetz ausbauen bzw. besser in städtisches Netz integrieren</p> <p>Um den Wandel des Mobilitätsverhaltens positiv zu beeinflussen, muss das überregionale Radwegenetz ausgebaut werden. Deshalb beantragen wir eine bessere Integration der überregionalen Radwege in das kommunale Radwegenetz:</p> <ul style="list-style-type: none"> - wo sind die Start- bzw. Endpunkte der überregionalen Radwege, wenn sie auf die Gemarkung Kirchheim kommen? - wo gibt es im Stadtgebiet Lücken? <p>Darüber hinaus beantragen wir die Planung und Realisierung einer direkten Radwegeverbindung zwischen Kirchheim und Nürtingen, die auch die Medius Kliniken auf dem Säer einschließt.</p>	SPD	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Die Verwaltung wird in einer der kommenden Sitzungen ein Aktionsprogramm für Sofortmaßnahmen vorlegen, bei denen die durchgehende Erreichbarkeit der Innenstadt aus Nachbarorten Bestandteil sein wird.</p> <p>Mit der Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes in/2022 werden die Radrouten betrachtet und Verbesserungen konkret geplant. Im Haushalt 2022/23 wurden die jährlichen Mittel zur Umsetzung von Maßnahmen aus der Radwegekonzeption von 70.000 € auf 135.000 € erhöht.</p> <p>Derzeit wird der Radverkehrsplan des Landkreises Esslingen fortgeschrieben. Bereits im aktuellen Radverkehrsplan ist ein straßenbegleitender Geh- und Radweg entlang der B297 zwischen Ortsausgang Reudern und der Tankstelle an der Autobahn (Länge ca. 3.300 Meter) vorgesehen und mit hoher Priorität und gutem Kosten-Nutzen-Verhältnis eingestuft (Maßnahme B06 bzw. M16).</p> <p>Siehe auch lfd. Nr. 30.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	--	-----	-----	---	---	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

93	<p>Antrag 8.4: sichere Straßenquerungen Wir beantragen schnellstmöglich sichere Querungsmöglichkeiten - der Neuen Straße im Bereich der Gießnahhalle. Ein Abwarten bis zur Sanierung der Neuen Straße dauert nach derzeitigem Planungsstand für viele Kinder- gartenkinder und Grundschüler zu lange. - Der Kirchheimer Straße in Jesingen im Bereich der Apotheke.</p>	SPD	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Neue Straße in Nabern: Dadurch, dass hier für einen Fußgängerüberweg eine Mittelinsel erforderlich ist, muss die Straße entsprechend verbreitert werden. Eine Realisierung bringt durch die erforderlichen Längen zur Herstellung einer fachgerechten Aufweitung der Straße daher einen großflächigen Eingriff in beide Fahrtrichtungen mit sich. Bevor hier so massiv eingegriffen wird, muss klar sein, wie der Querschnitt der Neuen Straße in Zukunft hergestellt wird (mit begleitendem Fuß und Radweg, etc.). Diese Überprüfung läuft derzeit. Eine Überprüfung für eine alternative sichere Querungsmöglichkeit als vorgezogene Maßnahmen z.B. durch eine mobile Fußgängerampel wird zugesichert und dem OR und IWU im Laufe des 1. Halbjahres 2022 vorgestellt.</p> <p>Kirchheimer Straße in Jesingen, Höhe Apotheke: Die Querung an dieser Stelle sowie die Art der Querung wird von der Verkehrsbehörde bewertet, auch unter Berücksichtigung der geplanten Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf der L 1200. Im Anschluss werden entsprechende Mittel im Haushalt eingeplant. Die voraussichtlichen Kosten für einen Fußgängerüberweg oder eine Signalanlage betragen ca. 70.000,-- €.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
94	<p>Antrag 8.5: Schnellladestationen für Pedelecs Wir beantragen den Aufbau einer Schnellade-Infrastruktur für Pedelecs an strategisch wichtigen Orten in der Innen-stadt und in den Teilorten - für Touristen, die Kirchheim mit dem Fahrrad erkunden wollen, - für Kirchheimer Bürgerinnen und Bürger, zum Erledigen ihrer Besorgungen.</p>	SPD	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Auf die lfd. Nr. 33 wird verwiesen.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

95	<p>Antrag 8.6: Ladeinfrastruktur für E-Mobilität</p> <p>Wir beantragen den Aufbau einer Lade-Infrastruktur für KFZ an strategisch sinnvollen Orten in der Innenstadt und in den Teilorten, auch außerhalb von Tiefgaragen. Realisiert werden soll dies durch die Stadtwerke (alternativ durch Verträge mit anderen Anbieter wie EnBW, ...). Die Antwort zu Haushaltsanträgen in den Ortschaftsräten (z.B. Nr. 61 und 80) erscheint im Hinblick auf die Mobilitätswende aus der Zeit gefallen zu sein! Als Kenngröße gilt aktuell, dass pro 1.000 Fahrzeuge 30 Ladestationen benötigt werden. Deshalb soll ein Auftrag an die Verwaltung oder Stadtwerke ergehen, ein Konzept zu erarbeiten, ggfs. in Kooperation mit anderen Anbietern.</p>	SPD	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Auf die lfd. Nr. 28 wird verwiesen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
----	--	-----	-----	---	-------------------------------------	--	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

96	<p>Antrag 8.7: Straßeninstandhaltungskonzept bzw. Verbesserung der Straßeninfrastruktur</p> <p>Wir beantragen, dass das Straßeninstandhaltungskonzept aktualisiert wird und dabei auch Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur mit in die Bewertung einbezogen werden.</p> <p>Insbesondere beantragen wir die Planung und Realisierung des Kreisverkehrs an der Kreuzung Kolb-/Henriettenstraße, die nach der Realisierung des Steingauquartiers nun dringend den neuen Verkehrssituationen angepasst werden muss.</p> <p>Im Hinblick der Wegeföhrung vom Bahnhof in die Innenstadt bzw. die Neugestaltung des Busbahnhofs ist dieser Bereich prioritär zu behandeln.</p>	SPD	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Der geplante und im Zusammenhang mit dem Steingauquartier bauleitplanerisch gesicherte Kreisverkehr ist aufgrund fehlender Verkaufsbereitschaft des aktuellen Grundstückseigentümers noch nicht umsetzbar. Die Verwaltung prüft jedoch, ob unter den heutigen Bedingungen eine Verbesserung möglich ist.</p> <p>Siehe auch lfd. Nr. 11.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	---	-----	-----	---	--	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

97	<p>Antrag 8.8: Maßnahmen zur Verstetigung des Verkehrsflusses</p> <p>Die Verkehrsregelung an vielen Kreuzungen mit Lichtsignalanlagen sind unbefriedigend und führen zu Warteschlangen, auch wenn dies aufgrund der Verkehrs-situation nicht notwendig wäre. Wir beantragen die Planung und Realisierung von Maßnahmen zur Verstetigung des Verkehrs (bedarfsgerechte Schaltung von Lichtsignalanlagen), für PKW und Fahrrad. Die Verwaltung soll prüfen, ob ggfs. eine Aktualisierung des integrierten Verkehrskonzepts mit dem Fokus auf diese Maßnahmen hilfreich ist.</p>	SPD	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Im Rahmen des Integrierten Verkehrskonzeptes wird derzeit das Verkehrsmodell aktualisiert, das alle Fahrrelationen an allen Kreuzungen darstellt. Aufgrund dessen kann untersucht werden, ob Fahrstreifen zugunsten von Radstreifen reduziert werden können, und ob Lichtsignalanlagen optimiert oder sogar ganz entfallen können.</p> <p>Ein Großteil der Lichtsignalanlagen wird voraussichtlich ab Ende 2022 auf eine aktuelle Technik der ÖPNV-Busbeschleunigung umgestellt. In diesem Zuge werden die Steuerungen der Lichtsignalanlagen auch im Hinblick auf alle Verkehrsströme überarbeitet.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	--	-----	-----	---	---	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

98	<p>Antrag 8.9: Direkte S-Bahnverbindung auf die Fildern</p> <p>Wir beantragen eine Aktualisierung des Sachstands-berichts über die Aktivitäten zum Ausbau des S-Bahn-netzes, speziell zur Realisierung einer direkten S-Bahn-Verbindung von Kirchheim über Wendlingen auf die Fildern bis an den Flughafen und dann weiter bis Herrenberg. Hierbei soll auch auf die Konkurrenzsituation anderer Streckenabschnitte eingegangen werden. Wir beantragen, dass die Stadt die erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen bereitstellt und einen Maßnahmenkatalog aufstellt, um die Bestrebungen bestmöglich zu unterstützen. Hierbei ist eine inter-kommunale Zusammenarbeit z.B. mit Wendlingen anzu-streben.</p>	SPD	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Die Verwaltungsspitze ist hier in engem Austausch mit Wendlingen, dem Landkreis, dem VRS sowie Vertretern der Landespolitik.</p> <p>Die Variantenuntersuchung hat ergeben, dass die einzige realistische Option der sog. StuKiX (Stuttgart – Kirchheim – Express) ist. Der StuKiX verkehrt von Kirchheim(T) und dem neuen Haltepunkt im Südosten von Wendlingen über die NBS zum Flughafen und dann zum neuen Hbf. Vom neuen Hbf aus verkehrt der Zug entweder weiter als Verlängerung der bestehenden Linie Ex 16 nach Karlsruhe oder als eine neue Linie über den Bahnhof Bad Cannstatt und die Fernbahngleise der Filstalbahn nach Göppingen. Das Angebot schafft eine schnelle Direktverbindung von Kirchheim(T) zum Flughafen, dem Stuttgarter Hauptbahnhof sowie im 60'-Takt weiter nach Karlsruhe.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
----	--	-----	-----	---	--	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

99	<p>Antrag 8.10: ÖPNV zukunftsfähig gestalten Wir beantragen einen Sachstandsbericht, wie der öffentliche Personennahverkehr in der Zukunft in Kirchheim unter Teck aussehen könnte (schnellerer Takt, kleinere flexibel einsetzbare Elektrobusse, Einbeziehung des demografischen Wandels,...) und welche Bedarfe es hierfür für eine Mobilitätsdrehscheibe am Busbahnhof gibt. Dies ist aus unserer Sicht unerlässlich, bevor eine Überplanung des Busbahnhof-Areals stattfinden kann.</p>	SPD	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes des LK bitten wir um eine Darstellung im IWU durch den Aufgabenträger Landkreis.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
100	<p>Antrag 9.1: Aufnahme und Weiterarbeit am Kulturentwicklungsplan Wir beantragen die Wiederaufnahme und Weiterarbeit am Kulturentwicklungsplan mit Auflegen eines jährlichen Kulturetats.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Kultur (Prio 10)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	<p>Die hohe Fluktuation in der Abteilung Kultur verhinderte bislang eine konsequente und kontinuierliche Bearbeitung dieses Vorhabens. Die Wiederaufnahme eines konkreten Zeit- Ressourcenplans ist erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 realistisch. Zu diesem Zweck soll auch das Fachforum Kultur im kommenden Jahr wieder zusammenkommen. Aktuell beinhaltet die Kulturkonzeption folgende Teilkonzepte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zuschusskonzept • Jugendförderung und Nachwuchs • Räumlichkeiten • Soziokulturelle Akteure <p>Für eine externe Beratung, wie sie im Fall der Sportentwicklungsplanung praktiziert wurde, sind keine Ressourcen eingeplant.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

101	<p>Antrag 9.2: Veranstaltungsstätten in Kirchheim Wir beantragen, dass die Nutzung von Räumen für Ver-anstalten bei Neubauten wie M1+3, Kornhaus, Linde Areal, Teck-Campus... bzw. Anmietungen bzw. Brach-flächen konsequent mitgedacht und angeboten wird.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Kultur (Prio 10)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	<p>Im Kornhaus ist ein multifunktionaler Veranstaltungsraum mitkonzipiert, in M1 und M3 ist dies ebenfalls der Fall. Auch die Teck-Realschule wird von verschiedenen Akteuren aus den Bereichen Kultur und Soziales auf vielfältig Art und Weise genutzt. Sollte es Freiflächen geben, so ist die Stadtverwaltung Kirchheim unter Teck an einer temporären Anmietung interessiert und darum bemüht, hier tätig zu werden.</p> <p>Sollte der Gemeinderat einem Erwerb des alten Stadtkinos zustimmen, könnten künftig auch diese Räume für kulturelle Veranstaltungen genutzt werden.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
102	<p>Antrag 9.3: Spielplätze Wir beantragen, dass Spielplätze besser gepflegt und Instand gehalten werden. Maßnahme könnte ein Pflege- und Instandhaltungskonzept sein. Dabei ist über die Erweiterung der Plätze zu Mehrgenerationen-“Spiel“-Plätze im Sinne von Erholungs- und Bewegungsräumen nachzudenken.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	<p>Die Kontrollzyklen der Spielgeräte ist über die Vorschriften geregelt. Zur Einhaltung der Kontrollzyklen wurden weitere Personalstellen beantragt. Die Pflegeintervalle sind getaktet. Aufgrund nicht beeinflussbarer Witterung kann es zu Verzögerungen der getakteten Intervalle und damit der Pflegezustände kommen. Die Erweiterung zu Mehrgenerationenplätze wird in der Spielplatzentwicklungskonzeption beachtet und geprüft.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

103	<p>Antrag 9.4: Maßnahmen der Sportentwicklungsplanung – neue (Schul-) Sporthalle</p> <p>Wir beantragen die Planung und die Aufnahme in den Finanzierungszeitraum einer neuen Schulsporthalle für die Schulen des Rauner-Campus und das Schloss-gymnasium am Standort neben dem Schlossgymnasium-Parkplatz.</p> <p>Wir beantragen, dass als möglicher Schwerpunkt für die Halle „Ballsport“ festgelegt wird. Darüber hinaus beantragen wir die Prüfung von Synergien mit einem möglichen Sportkindergarten an gleicher Stelle.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	Die Sportentwicklungsplanung und die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen werden in diesem Jahr im Gemeinderat eingebracht. Mit geeigneten Betreibern besteht bereits Kontakt bzgl. eines Sportkindergartens.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
104	<p>Antrag 9.5: Maßnahmen der Sportentwicklungsplanung – Waldsportpfad</p> <p>Wir beantragen die Wieder-Ausstattung des Waldsport-Pfades am Hohen Reißbach, der – im Vergleich zum Naturlehrpfad im Talwald – bereits den Schwerpunkt Sport aufweist.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	Auf die lfd. Nr. 53 wird verwiesen.	<p>Zusage der Verwaltung, zu prüfen, woher der Begriff „Spielgeräte“ resultiert.</p> <p><u>Nachrichtliche Information im Nachgang zur Vorberatung:</u></p> <p><i>Es werden auf eine spielerische Art Bildungsthemen vermittelt. Die Stationen werden wie "Spielgeräte" behandelt. Das Naturerlebnis ist kein Sport-, sondern ein Bildungsprojekt.</i></p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

105	<p>Antrag 9.6: Maßnahmen der Sportentwicklungsplanung – Sportpark Wir beantragen die Wiederaufnahme der Konzeption eines Sportparks: Wie geht es weiter mit einem möglichen Sportpark am Standort Schloßgymnasium/Stadion ?</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	<p>Der Plan eines Sportparks am erweiterten Standort Jesinger Allee liegt der Stadtverwaltung vor. Im Rahmen der Sportentwicklungsplanung 2008 und deren Weiterentwicklung bis ins Jahr 2012 gab es verschiedene Planer-Workshops und Gesprächsrunden bei welchen der Sportpark, als einer von mehreren Vorschlägen für die Weiterentwicklung von Sportangeboten in der Stadt, entworfen wurde. Aus den damaligen Vorschlägen wurde das Sportvereinszentrum umgesetzt. Seit der Absage im Bewerberrennen um die Kleine Landesgartenschau wurde der Plan des Sportparks nicht weiter verfolgt. Finanzielle Mittel für eine Umsetzung des Sportparks sind im kommenden Doppelhaushalt derzeit nicht eingestellt. Die, der Stadt gehörende Fläche zwischen dem Schlossgymnasium und der Jesinger Gemarkung steht weiterhin für andere Nutzungen nicht zur Verfügung und somit besteht weiterhin die Möglichkeit den Sportpark oder andere Sportangebote dort umzusetzen. Da im erweiterten Raum des Sportparks (westlich davon, beim Freibad) aktuell die Umsetzung des Hallenbades, sowie eventuell eine Großsporthalle geplant werden, wird das Thema „Sportpark“ innerhalb der Verwaltung wieder aufgenommen. Dies ist auch Ergebnis der jüngsten Klausurtagung des SfL mit der Stadtverwaltung.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>
106	<p>Antrag 9.7: Gießnauhalle Nabern Wir beantragen einen Projektplan, bis wann der untragbare Zustand des Hineinregnens behoben wird. Dabei soll aufgezeigt werden, ob es möglich ist, Sanierungen in 2022 vorzunehmen, ggfs. bevor das Beweissicherungsverfahren abgeschlossen ist. Die Schäden werden immer größer, die Reparaturen immer kostenintensiver. So kann das nicht weitergehen!</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	<p>Das Landgericht Stuttgart hat im Rechtsstreit bezüglich des undichten Daches der Gießnauhalle einen Beweisbeschluss am 29.09.2021 gefasst, der bei dem Rechtsanwalt der Stadt Kirchheim am 05. Oktober eingegangen ist. Somit kann das gerichtliche Verfahren, welches seit Monaten zu unserer großen Unzufriedenheit ruhte, fortgesetzt werden.</p> <p>Der Beweisbeschluss greift den Vorschlag der Stadt Kirchheim auf, die Dachflächen freizuräumen. Das Abräumen beider Dächer und die Leckageortung sind beauftragt. Die Arbeiten werden von einem von der OV Nabern beauftragten Gutachter begleitet. Das Gutachten wird anschließend dem Gericht und dem vom Gericht bestellten Sachverständigen zur Verfügung gestellt. Der Sanierungsfahrplan wird anschließend aufgestellt. Die Umsetzung der Sanierung erfolgt entweder nach einen zeitnahen Gerichtsbeschluss oder, falls dieser nicht zeitnah erfolgt, durch einen Gemeinderatsbeschluss, unabhängig vom Ausgang des Gerichtsverfahrens.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

107	<p>Antrag 9.9: Kalthalle Jesingen Wir beantragen die Umsetzung der Planungen einer witterungsunabhängigeren Sportstätte am Standort Lehenäcker.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	<p>Aktuell ist das Bebauungsplanverfahren für die Umsetzung einer Kalthalle gremienrelevant mit der Einholung des Aufstellungs- und Auslegungsbeschlusses. Ein Lärmgutachten, das vom Verein in Abstimmung mit der Stadtverwaltung in Auftrag gegeben wurde, konnte bereits vorgelegt werden. Die inhaltlichen Ausführungen des Gutachtens haben keine Kritikpunkte zur Standortwahl dargelegt.</p> <p>Der TSV Jesingen ist der Bauherr der Kalthalle. Weitere Planungsschritte des Bauprojektes werden in Abstimmung mit allen Beteiligten von Vereinsseite und Stadtverwaltung vorbereitet.</p> <p>Es gelten die städtischen Vorgaben für Investitionen von Vereinssportstätten.</p> <p>Siehe auch lfd. Nr. 182.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
108	<p>Antrag 9.10: Implementierung von Schutzkonzepten in Vereinen und Jugendverbänden Antrag auf Kostenübernahme von 875.- Euro für eine Fachkraft von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe zur Teilnahme an der Fortbildung zur „Implementierung von Schutzkonzepten in Vereinen und Jugendverbänden“. Die Fachkraft kann dann nachfolgend die Kirchheimer Vereine und Verbände dabei unterstützen Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt zu erstellen. (Information: Anmeldeschluss ist der 14. November 2021 unter Kinderschutzbund Landesverband Baden-Württemberg.).</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Kultur (Prio 10)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	<p>Die Verwaltung schlägt vor, das Thema Jugendschutz in einer der nächsten Besprechungen des SfL zu thematisieren. und ggf. weitere Maßnahmen zum Jugendschutz zu klären.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

109	<p>Antrag 10.1: Quartiersentwicklung unter dem Blickwinkel von Nachbarschaftsnetzwerk en</p> <p>Wir beantragen eine Analyse, in welchen Quartieren neue Nachbarschaftsnetzwerke entstehen sollen, um eine Bürgerbeteiligung vor Ort in allen Quartieren zu etablieren.</p> <p>Für die Gründung und Betreuung der Nachbarschafts-netzwerke sind bedarfsgerecht Mittel einzustellen, die von der Stelle „Quartiersmanagement“ für die Nachbar-schaftsnetzwerke koordiniert werden. Ziel muss es sein, weitere Nachbarschaftsnetzwerke in 2022/23 zu gründen bzw. zu erweitern (z.B. Milcherberg).</p> <p>Wir beantragen einen Sachstandsbericht, in welchen Quartieren Nachbarschaftsnetzwerke noch etabliert werden können.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Gesellschaftliche Teilhabe und Bürgerschaftliches Engagement (Prio 6)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)/Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement (Prio 3)</p>	<p>Seit April 2020 haben zwei Quartiersmanagerinnen für die Nachbarschaftsnetzwerke ihre Arbeit in der Abteilung Soziales aufgenommen. Diese verfolgen u. a. das Ziel neue Nachbarschaftsnetzwerke zu gründen, bestehende zu unterstützen bzw. alte wiederzubeleben. Im nächsten Sachstandsbericht im Handlungsfeld „Wohnen und Quartiere“ erfolgt zudem eine Kriterienübersicht zur Gründung neuer Nachbarschaftsnetzwerke. Das Vorhaben wird von daher begrüßt.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
-----	---	-----	-----	---	---	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

110	<p>Antrag 10.2: Räumlichkeiten für das Gemeinwesen in Quartieren Wir beantragen, Räumlichkeiten für das Gemeinwesen in den Quartieren zur Verfügung zu stellen. Nachbarschaftlichkeit und gemeinsames Engagieren müssen mit der Möglichkeit eines Anlaufpunktes verbunden werden – siehe „wir Rauner“ im Vergleich zu Klosterviertel, Paradiesle, ... Der Soll/Ist – Vergleich soll im nächsten Steuerungsbericht „Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement“ aufgezeigt werden.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Gesellschaftliche Teilhabe und Bürgerschaftliches Engagement (Prio 6)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)/Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement (Prio 3)</p>	<p>Nachbarschaftlichkeit braucht Begegnungsräume. Alle Nachbarschaftsnetzwerke werden durch die Quartiersmanagerinnen bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten in ihrem Quartier unterstützt. Eine Kostenübernahme für die Nutzung externer Räume durch die Nachbarschaftsnetzwerke in den Quartieren wird durch das vorgehaltene jährliche Haushaltsbudget bereits praktiziert. Ein Soll-/Ist-Vergleich wird im nächsten Steuerungsbericht im Handlungsfeld „Wohnen und Quartiere“ erfolgen.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
111	<p>Antrag 10.3: Aktualisierung der Teilsozialpläne Wir beantragen die Aktualisierung bzw. Fortschreibung der Teilsozialpläne: Armutsbericht, Familienbericht und „Älter werden in Kirchheim unter Teck“.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Gesellschaftliche Teilhabe und Bürgerschaftliches Engagement (Prio 6)</p> <p>Neu: Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement (Prio 3)</p>	<p>Die Teilsozialplan „Inklusion“ wird dem Gemeinderat voraussichtlich in der letzten Sitzungsrunde 2021 vorgestellt. Erkenntnisse aus der Inklusionsplanung fließen auch im Teilsozialplan „Älter werden“ ein. Der Teilsozialplan „Älter werden“ sollte 2022 aktualisiert werden. Aufgrund von personellen Veränderungen wird dieser voraussichtlich erst in 2023 fertig gestellt werden können. Eine konkrete Zeitschiene über die Aktualisierung der Teilsozialpläne werden im nächsten Steuerungsbericht zum Handlungsfeld „Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement“ kommen.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

112	<p>Antrag 11.1: Kriminalitätsbekämpfung Wir beantragen eine Analyse von Maßnahmen zur (präventiven) Kriminalitätsbekämpfung an kritischen Orten in der Stadt wie z.B. im Stadtpark/Hain der Kulturen, auf Schulgeländen, bei Unterführungen, ...</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Gesundes und sicheres Leben (Prio 3)</p>	<p>Die Kriminalitätsbekämpfung ist Kernaufgabe der Polizei, nicht der Stadt. Dennoch macht es natürlich Sinn, diesbezüglich Hand in Hand zu arbeiten. Daher erfolgt aufgrund von konkreten Vorkommnissen oder entsprechenden Rückmeldungen aus der Bürgerschaft eine enge Abstimmung mit der Polizei zu vorhandenen und/oder wechselnden Orten, an denen die Sicherheitslage in verschiedenen Abstufungsgraden beeinträchtigt ist. Jedes Jahr nimmt die Polizei dieser Abstimmung entsprechend an solchen Orten eine verstärkte Überwachung vor und führt entsprechende Schwerpunktkontrollen durch. Seit vielen Jahren trifft sich ein bis zwei Mal jährlich der Arbeitskreis Kommunale Kriminalprävention (AKK), bei dem Polizei, Stadt, Jugendgerichtshilfe, sozialer Dienst, das Mehrgenerationenhaus Linde und zukünftig auch das Streetwork gemeinsam die Lage und ein Vorgehen besprechen.</p> <p>Coronabedingt hat im Jahr 2021 ein solches Treffen nicht stattgefunden. Im Jahr 2022 werden die regelmäßigen Treffen aber wieder aufgenommen werden.</p> <p>Eine darüber hinausgehende, abstrakte Analyse von Orten ohne einen konkreten Anlass und / oder einen konkreten Kriminalitätsschwerpunkt über alle öffentlichen Orte der gesamten Stadt wird aufgrund der vorhandenen Arbeitslast und Aufgabenfülle für nicht sinnvoll erachtet, zumal die Zuständigkeit für die Kriminalitätsbekämpfung wie dargestellt primär bei der Polizei liegt. Sicherlich wird - angestoßen durch das im Rahmen des laufenden Projektes Vermeidung und Bekämpfung von Vandalismus auf Schulhöfen und vergleichbaren angrenzenden Flächen- zukünftig ein noch größeres Augenmerk auf die Kombination von verschiedenen Maßnahmen gelegt werden.</p> <p>Einmal jährlich berichtet die Polizei im Gemeinderat über die Sicherheitslage in der Stadt. Ergänzend hierzu kann dann jeweils aus dem AKK berichtet werden.</p> <p>Die Revierleitung des Polizeireviers Kirchheim hat zudem angekündigt, eine Art Sicherheitspartnerschaft etablieren zu wollen, in deren Rahmen auch verschiedene präventive Maßnahmen angestoßen werden könnten. Nähere Details hierzu liegen noch nicht vor, weitere Gespräche zu diesem Thema sind aber geplant.</p> <p>Auch die im Jugendbericht thematisierte Sicherheitslage wird Gegenstand dieses Gespräches sein.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>
-----	--	-----	-----	--	--	---

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

113	<p>Antrag 11.2: Notfallzimmer in Pflegeheimen</p> <p>Wir beantragen in mindestens einem der Kirchheimer Pflegeheime ein sogenanntes "Notfallzimmer".</p> <p>Das ist dafür da z.B. wenn ein pflegender Angehöriger ganz plötzlich durch eigene Erkrankung ausfällt.</p> <p>Da alle Heime voll sind, der pflegebedürftige Mensch aber nicht alleine gelassen werden kann und das Krankenhaus ihn nicht aufnimmt, weil Pflegebedürftigkeit keine Krankheit ist, sollte mindestens ein solches Zimmer zur Verfügung stehen.</p> <p>Finanzierung: Ist das Zimmer belegt, bezahlt entweder die Pflegekasse, die Krankenkasse oder der "Gast" selbst. Ist das Zimmer nicht belegt, bezahlt die Kommune.</p> <p>Wir beantragen, dass die Verwaltung Kontakt aufnimmt zu Trägern von Pflegeheimen in Kirchheim mit dem Ziel, Notfallzimmer einzurichten.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Gesellschaftliche Teilhabe und Bürgerschaftliches Engagement (Prio 6)</p> <p>Neu: Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement (Prio 3)</p>	<p>Üblicherweise wäre die klassische Kurzzeitpflege ein mögliches und vor allem adäquates Mittel, um kurzfristige „Notfälle“ aufzufangen. Die Problematik der unzureichenden Versorgungssituation ganz allgemein, aber natürlich ganz besonders im Bereich der Kurzzeitpflege ist in der Verwaltung bekannt und mögliche Ansätze, dem zu begegnen, werden derzeit in verschiedenen Kontexten diskutiert:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Landkreis Esslingen hat die Not im Bereich der Kurzzeitpflege auf der Agenda. Im Rahmen des Kreispflegeplans sind die (durchaus beträchtlichen) Bedarfe in diesem Bereich formuliert und die Entwicklung entsprechender Maßnahmen ist in Arbeit: „Der Ausbau von bedarfsgerechten Kurzzeitpflegeangeboten wird angestrebt. Geprüft wird, ob ganzjährig für die Kurzzeitpflege zur Verfügung stehende Plätze eingerichtet werden können“. Auch die Mitfinanzierung von Kurzzeitpflegeplätzen durch den Landkreis ist als Handlungsempfehlung im Kreispflegeplan erwähnt. 2. Der Pflegestützpunkt ist in die Kreisarbeitsgemeinschaft Pflegestützpunkte eingebunden, dort wird derzeit diskutiert, wie die Pflegestützpunkte die Betroffenen im Umgang mit solchen Notfällen unterstützen können. 3. Einige Ansätze im Kirchheimer Pflegestützpunkt sind aktuell <ol style="list-style-type: none"> a. demnächst das Gespräch mit der Hausärzteschaft zu suchen (gerade für die im Antrag genannten Fälle, wenn pflegende Angehörige selbst als Notfall in die Klinik müssen) mit dem Ziel Kriterien und Möglichkeiten einer „Miteinweisung“ der pflegebedürftigen Person auszuloten (Pflegebedürftigkeit ist alleine tatsächlich kein Grund für eine Einweisung, zu prüfen wäre aber im Einzelfall eine eigene medizinische Notwendigkeit für eine Einweisung des Pflegebedürftigen, oftmals liegen ja bei dieser Person ebenfalls Grunderkrankungen vor). b. die kontinuierliche Sensibilisierung potentiell Betroffener in der Beratungssituation: Der Pflegestützpunkt weist bereits seit geraumer Zeit in Beratungen proaktiv auf die Notwendigkeit hin, sich für den Ernstfall frühzeitig Gedanken zu machen, und erläutert die Schwierigkeiten, in solchen Notfällen kurzfristig einen Kurzzeitpflegeplatz zu bekommen. Der Gedanke dahinter ist: Wer im Vorfeld in seinem privaten Umfeld mögliche Ressourcen abgeklärt hat oder bereits Hilfestrukturen in kleinem Ausmaß angelegt hat 	<p>Zusage der Verwaltung die Einrichtung eines Notfallzimmers im Zuge des Neubaus des Pflegeheims St. Hedwig anzuregen.</p>
-----	--	-----	-----	---	--	---

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

					<p>und nicht alles alleine macht, kann im Notfall einfacher darauf zurückgreifen. Eine Handreichung für pflegende Angehörige mit der Benennung wichtiger „Vorsorgethemen“ ist eine Idee, den Pflegehaushalten hier noch mehr „an die Hand“ zu geben. Der PSP macht sich gerade Gedanken, ob man genügend „Material“ zusammen bekommt, um so etwas sinnvoll in Schriftform als Checkliste oder in ähnlichem Format zu bündeln (zusätzlich zum aktiven Ansprechen des Themas).</p> <p>Die beiden einzigen, als Pflegenotfallzimmer bezeichneten Zimmer im Kreis Esslingen haben einen Schwerpunkt für Palliativ-/Hospizpatienten. Diese Zimmer werden aber in der Praxis nicht nur Hospiz-Notfällen vorgehalten. Es handelt sich im Grunde um ein Zimmer, dass solitär mit Kurzzeitpflege belegt wird (solitäre Kurzzeitpflege = ausschließlich zu diesem Zweck, eine Dauerpflegebelegung ist ausgeschlossen), im Zweifelsfall erhält der Hospiz-Notfall Vorrang vor anderen Gründen für die Kurzzeitpflege. Durch diese Herangehensweise sind die Zeiten von Leerständen natürlich geringer, als wenn man das auf eine ganz bestimmte Zielgruppe begrenzen würde.</p> <p>Die Einschätzung der Verwaltung ist, dass ein „Notfallzimmer“, wenn es ausschließlich für „krankheitsbedingte, kurzfristige Ausfälle von pflegenden Angehörigen“ und nur für Kirchheimer zur Verfügung stünde, einen Großteil der Zeit leer steht; und zudem all den anderen dringenden Fällen gegenüber, z.B. Personen, die aus der Klinik in die Kurzzeitpflege entlassen werden sollen, sicher auch schwierig zu vermitteln wäre, dass zwar ein Platz da wäre, der aber leider nicht genutzt werden kann, weil vielleicht in den nächsten Tagen oder Wochen das Zimmer für einen möglichen solchen Notfall gebraucht wird. Auch die wertvolle Ressource „Pflegekräfte“ müsste in vielen Zeiten „ohne Einsatz“ vorgehalten werden, diese wird gleichzeitig an allen anderen Ecken und Enden aber dringend gebraucht.</p> <p>Es ist also aus Sicht der Verwaltung nicht zu erwarten, dass ein solches Notfallzimmer für die stark begrenzte Zielgruppe „krankheitsbedingter Ausfall der einzigen Pflegeperson bei Kirchheimer Pflegebedürftigen“ die Grundproblematik der extrem angespannten Versorgungssituation im Bereich der Kurzzeitpflege zufriedenstellend löst. Aus Sicht der Verwaltung müsste diese Fragestellung in etwas größeren Zusammenhängen diskutiert werden. Ein Ansatz könnte hier sein, allgemein mehr Plätze solitär, also ausschließlich,</p>		
--	--	--	--	--	--	--	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

					<p>für Kurzzeitpflege einzurichten, unabhängig vom Grund aus dem sie dann im Einzelfall benötigt werden, und diese ggf. durch kommunale Mitfinanzierung zu unterstützen bzw. damit das finanzielle Risiko für die Träger abzufedern. Wichtig ist die Kurzzeitpflege für die Betroffenen und ihre Angehörigen immer, ob das nun aus kurzfristigem Anlass erforderlich ist wie ein krankheitsbedingter Ausfall der Pflegeperson oder als Anschlussversorgung an einen Klinikaufenthalt, oder ob aus eher planbaren Anlässen wie zum Beispiel als wichtiges Entlastungsangebot für pflegende Angehörige, damit sie sorgenfrei in den Urlaub gehen können und ihre Pflegebedürftigen derweil gut versorgt wissen, oder sich einfach ein paar Tage Auszeit vom oft sehr fordernden Pflegealltag nehmen können.</p> <p>Mit bedacht werden müsste, dass in der Praxis einige Pflegeheime (ohne Mitfinanzierung durch die Kommune) bereits Zimmer regelmäßig zur Kurzzeitpflege vergeben – ohne dass dies als solitärer Kurzzeitpflegeplatz ausgewiesen ist - hierbei handelt es sich meist um sog. „eingestreute Kurzzeitpflegeplätze“, also ein Platz, der sowohl zur Kurzzeitpflege als auch zur Dauerpflege vergeben werden kann. Sollte der Ansatz zur Einrichtung solitärer Kurzzeitpflegeplätze weiterverfolgt und der Verwaltung ein Auftrag zur Abklärung erteilt werden, müsste die Verwaltung in einem ersten Schritt die Bereitschaft und Haltung der Träger ausloten (es würde ja auch ein Dauerpflegeplatz dafür verloren gehen); Kriterien, Zielgruppe, potentielle Auslastung und tatsächliche Kosten im Falle des Leerstands, Umgang mit erhöhten Verwaltungsaufwand und vieles mehr müssten abgeklärt werden. Bei einem mittleren Pflegegrad (3) liegt der Tagessatz für einen Heimplatz aktuell bei ca. 150 Euro. In etwa in dieser Größenordnung müsste schätzungsweise auch eine Finanzierung anderweitig gesichert sein, wenn der Platz nicht belegt ist.</p> <p>Eine Garantie für den Notfall hätte man natürlich auch mit einem solitären Kurzzeitpflegeplatz nicht, denn wenn der Notfall passiert und der Platz gerade belegt ist, ist für die Betroffenen die Situation dieselbe wie jetzt gerade auch. Und das eigentliche Problem, dass es an Personalressourcen und allgemein an Kapazitäten mangelt und es daher für Betroffene schwierig ist, eine adäquate pflegerische Versorgung sicherzustellen, ob nun Notfall oder Normalfall, im Pflegeheim oder zu Hause, löst es auch nicht.</p>		
--	--	--	--	--	---	--	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

114	<p>Antrag 12.1: Weiterentwicklung der Jugendarbeit – speziell von BePart!</p> <p>Wir beantragen eine zielgerichtete Unterstützung der Jugendarbeit in Form von Mitteln gemäß den Förderkriterien nach dem „Esslinger Modell“. Wenn wir BePart! zu einem erfolgreichen und nachhaltigen Jugendbeteiligungsformat ausbauen wollen, dann sind weitere finanzielle Mittel notwendig.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Gesellschaftliche Teilhabe und Bürgerschaftliches Engagement (Prio 6)</p> <p>Neu: Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement (Prio 3)</p>	<p>Die Stadt Kirchheim unter Teck hat die Personalstellen aus dem Esslinger Modell ausgeschöpft und kann vom Landkreis keine weitere finanzielle Unterstützung für die Kinder- und Jugendarbeit bekommen. Die Arbeit des kommunalen Kinder- und Jugendreferats ist unter Corona angelaufen und die Jugendarbeit kann bislang immer noch nur sehr eingeschränkt stattfinden, da für die offene Kinder- und Jugendarbeit auch zusätzlich eigene Verordnungen gelten. Auch konnte BePart! aufgrund den Schulschließungen nicht wie geplant an die Schulen herantreten. Anfang des Schuljahres wurde nun beispielsweise realisiert, dass sich BePart! bei allen 5. Klassen vorstellt. Weitere konkrete Maßnahmen zur Etablierung von BePart! werden im nächsten Steuerungsbericht „Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement“ dargestellt.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
-----	---	-----	-----	---	---	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

115	<p>Antrag 12.2: Einführen eines Jugendgemeinderats Wir beantragen, dass die Stadtverwaltung eine Abfrage unter Kirchheims Jugendlichen durchführt, ob diese eine Jugendvertretung – gemäß §41a der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg – in Form eines Jugendgemeinderats (wieder) einrichten wollen.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Einwohnerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit (Prio 7)</p> <p>Neu: Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement (Prio 3)</p>	<p>Studien zu Jugendbeteiligung und der Verlauf des ehemaligen Jugendgemeinderats in Kirchheim unter Teck haben gezeigt, dass das Format eines Jugendgemeinderats für Jugendliche derzeit wenig attraktiv ist: Längerfristige Bindung widerspricht Wunsch nach Flexibilität und Unverbindlichkeit von Angeboten, Kandidatur wird häufig als Hürde wahrgenommen, formeller Charakter des Gremiums wirkt unattraktiv und teilweise einschüchternd. Gleichwohl verbinden viele Jugendliche einen Jugendgemeinderat als eine Form und Möglichkeit der Mitbestimmung. Die Möglichkeiten der tatsächlichen Mitbestimmung sind in der Regel allerdings sehr begrenzt. Dies ist einigen Jugendlichen sicherlich nicht bewusst, sie kennen Jugendgemeinderäte eher als Schlagwort. In Kirchheim unter Teck gibt es als Alternative zu einem klassischen Jugendgemeinderat : das Jugendbeteiligungsprojekt BePart! erfüllt die Bedingungen des §41a GO und ist ein flexibles Format, das über die Jahre erfolgreich verschiedene Projekte umsetzt, engen Kontakt zur Stadtverwaltung aufgebaut hat und pädagogisch begleitet und koordiniert wird. Mit der Aufstockung der pädagogischen Betreuung seit März 2021 (GR Beschluss « Einführung eines kommunalen Kinder- und Jugendreferates », Finanzierung nach dem Esslinger Modell ; SiVo GR/2020/109) ist es nun möglich, BePart ! unter Jugendlichen bekannter zu machen und sich so stadtweit zu etablieren. Eine Aufgabe dabei ist die Vorstellung von BePart ! in allen 5. Klassen der weiterführenden Schulen, sowie die Entwicklung einer Geschäftsordnung, die auch die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat regelt. Die Stadtverwaltung lehnt die Abfrage unter Kirchheimer Jugendlichen über die Einführung eines Jugendgemeinderates deswegen ab.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>
-----	--	-----	-----	---	---	---

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

116	<p>Antrag 12.3: Jährliches Jugend-Hearing vor dem Gemeinderat</p> <p>Aufbauend auf dem positiven Beschluss aus den HH-Beratungen 2019, beantragen wir ein jährliches „Hearing der Jugend in Kirchheim“ im Gemeinderat, an dem Jugendliche in Kirchheim ihr Anliegen direkt dem Gemeinderat eröffnen können. Dies kann durch spontane Ausdrucksformen, als auch durch organisierte Interessen oder vorbereitende Anliegen durch Schulen (GFS, Projekte in Gemeinschaftskunde, Projekttage, SMVen, BePart!, etc.) stattfinden. Dafür ist ein adäquates Budget bereitzustellen.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Einwohnerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit (Prio 7)</p> <p>Neu: Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement (Prio 3)/ Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 4)</p>	<p>Das jährlich stattfindende Hearing ist bereits aufgrund der Anträge der SPD als jährlich zu organisierende Maßnahme in die Arbeit des Jugendreferats aufgenommen worden. 2021 konnte das erste Hearing stattfinden. Als Ergebnis wurde festgehalten, bei der nächsten Veranstaltung einen anderen Namen zu verwenden und nicht von Jugend'hearing' zu sprechen. Selbst Schüler*innen, die Englisch lernen, konnten bei der vergangenen Veranstaltung mit diesem Begriff wenig anfangen und fühlten sich dementsprechend nicht angesprochen und eingeladen. Es ist geplant, im Vorfeld des kommenden Hearings in die Schulklassen zu gehen und die Schulsozialarbeit mehr einzubinden und die Veranstaltung mit den Jugendlichen zu besprechen um mögliche Hürden (Nichtwissen, Schüchternheit) zu verringern. In die Organisation und Umsetzung wird erneut BePart! mit eingebunden.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
-----	---	-----	-----	--	---	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

117	<p>Antrag 12.4: Einführen eines Bürgerrats - Bürgerhaushalt Zur Weiterentwicklung des Zukunftsdialogs beantragen wir die Etablierung eines Bürgerrats, in dem die Mitglieder – entsprechend des Konzepts von Bürgerräten – per Losverfahren ausgewählt werden. Diesem Gremium sollen spezifische Sachverhalte vorgelegt werden, zu denen sie Empfehlungen vorschlagen, die dann dem Gemeinderat in der entsprechenden Sitzungsvorlage zu dem spezifischen Sachverhalt mit vorgelegt werden. Darüber hinaus beantragen wir einen Sachstandsbericht, ob und in welcher Form es in anderen Kommunen einen Bürgerhaushalt gibt und ob dies ein Modell für Kirchheim / für einen Bürgerrat wäre, um z.B. Maßnahmen, die nicht in die strategische Haushaltssteuerung einzubinden sind, direkt umzusetzen.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 9)</p> <p>Neu: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 4)</p>	<p>Der Zukunftsdialog sowie die Fach- und Bürgerforen als Beteiligungsverfahren sollen konzeptionell weiterentwickelt werden. Die Stadtverwaltung beantragte für das Thema „Bürgerbeteiligung“ Stellenkapazitäten im Stellenplan 2022ff.. Eine der ersten Aufgabenschwerpunkte nach Besetzung der Stelle wird eine konzeptionelle Weiterentwicklung der Beteiligungsmöglichkeiten in Kirchheim unter Teck sein. Eine entsprechende Sitzungsvorlage wird erstellt, die auch die Themen Bürgerrat und Bürgerhaushalt aufgreifen wird. Eine Zeitschiene kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genannt werden.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
-----	--	-----	-----	---	---	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

118	<p>Antrag 12.6: Verwaltungsgebäudekonzept Wir beantragen die Erstellung eines ganzheitlichen Verwaltungsgebäudekonzepts, damit bei zukünftigen Renovierungs-/Sanierungs-/Neubau-Maßnahmen das Ziel klar ist, an welcher Stelle welche Abteilung untergebracht werden soll. Gerade auch im Hinblick auf mögliche Neu-Anmietungen ist ein ganzheitliches Konzept (und nicht die sequentielle, aus dem Konzept losgelöste Umsetzung von Maßnahmen!) von grundlegender Bedeutung.</p>	SPD	BSB	<p>Alt: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 9)</p> <p>Neu: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 4)</p>	<p>Die Verwaltung hat von Drees&Sommer ein Verwaltungsgebäudekonzept erstellen lassen. Die Umsetzung des Gesamtverwaltungsgebäudes umfasst mehrere Teilprojekte:</p> <p>Teilprojekt 1: Neubau Marktstr. 1+3 als Mietobjekt – Investor. Hier ist konkret vorgesehen die Abteilung Bürgerservice und Ordnung sowie die Abteilung Bildung anzusiedeln.</p> <p>Teilprojekt 2: Erweiterung Rathaus: - Klärung, ob Widerholtplatz 3 erhalten bleibt und eine Aufstockung / Neuorganisation des Rathausanbaus erfolgt - Teilabbruch des Rathausanbaus mit Abbruch des Widerholtplatzes 3 und Erweiterungsbau des Rathauses</p> <p>Teilprojekt 3: Sanierung des Widerholtplatzes 5</p> <p>Teilprojekt 4: Sanierung der Alleenstr. 1+3</p> <p>Aufgegeben wird der Standort Kornstraße 4.</p> <p>Nachdem die Verwaltung derzeit mit der Prüfung von Alternativen beauftragt ist wird auf eine Information im 1. Quartal 2022 verwiesen.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
119	<p>Projekte der Baumspenden in Kirchheim ermöglichen und bei den Bürgerinnen und Bürgern aktiv bewerben. Dafür fordern wir eine deutlichere öffentliche Präsenz und mehr Aktivität der Klimaschutzbeauftragten der Stadt Kirchheim.</p>	FDP/KiBü	IWU	<p>Alt: Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu: Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie (Prio 1)/Umwelt- und Naturschutz (Prio 2)</p>	<p>Als Baumspendeprojekte sind unterschiedliche Formen denkbar:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Baumspenden für Aufforstungsprojekte im Wald - Baumspenden für Pflanzprojekte auf Streuobstwiesen - Baumspenden für Grünfläche oder Straßenbäume <p>Dabei ist der finanzielle Aufwand pro Baum sehr unterschiedlich, von 3 bis 9 Euro pro Setzling für die Waldaufforstung, 150 € für eine Streuobstbaumpflanzung, ca. 1.800 € pro Baum auf einer Grünfläche und bis zu 12.500 € pro Baum bei Straßenbäumen, inklusive der Pflanzung des Baumes und der anschließenden notwendigen Pflege. In Absprache innerhalb der Verwaltung können mögliche Projekte für die kommenden Jahre geplant und entsprechend zu Baumspenden aufgerufen werden. Bereits in der Vergangenheit haben durch Firmen Baumspenden stattgefunden und wurden Pflanzungen vorgenommen auch gemeinsam mit Schülern.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

120	Spenden der Sitzbänke, Geräte für Kinderspielplätze und Sportgeräte auf den städtischen Außenflächen ermöglichen und aktiv bewerben.	FDP/KiBü	BSB	<p>Alt: Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	Für größere Projekte ist ein Spendenaufruf an die Bevölkerung sinnvoll. Für kleinere Aktionen schlägt die Stadtverwaltung vor, sich mit dem Verschönerungsverein auszutauschen, ob durch Spenden an den VVK (z.B. Lions, Rotary) verstärkt auch solche vorgeschlagenen kleineren Maßnahmen finanziert werden können.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
121	Die Verwaltung soll digitaler und agiler werden. Wir fordern alle Verwaltungsprozesse auf Rationalisierung und Kostenreduzierung zu prüfen, um Finanzressourcen zu sparen und laufende Projekte schneller und effizienter umzusetzen.	FDP/KiBü	BSB	<p>Alt: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 9)</p> <p>Neu: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 4)</p>	Die Verwaltungsprozesse werden im Rahmen von Projekten sowie Organisationsuntersuchungen kontinuierlich überprüft und optimiert. Der Digitalisierungsaspekt wird hierbei besonders miteinbezogen. Rationalisierungs- sowie Ressourceneinsparpotentiale werden bei den Optimierungsvorgängen beachtet und soweit möglich realisiert. Sowohl das Erreichen bestmöglicher Effizienz, die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen als auch die planmäßige Umsetzung von Projekten stellen langfristige und nachhaltige Kernziele unserer Optimierungsvorhaben dar. Weitere Ziele sind zudem eine effiziente digitale Dienstleistungserbringung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie die Entlastung der Mitarbeitenden durch optimierte Prozesse.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
122	Alle laufenden und im Haushalt fest eingeplanten Projekte auf Einsparungsmöglichkeiten zu überprüfen.	FDP/KiBü	BSB	<p>Alt: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 9)</p> <p>Neu: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 4)</p>	Im Rahmen des Baubeschlusses werden bezogen auf die einzelne Projekte mögliche Einsparungspotenziale bzw. verschiedene Ausführungsvarianten aufgezeigt. In diesem Rahmen kann der Gemeinderat über mögliche Kostenreduzierungen entscheiden.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

123	Ein Konzept für eine unerwartete Blackout-Situation für die Stadt Kirchheim zeitnah erarbeiten und den Bürgerinnen und Bürgern vorzustellen.	FDP/KiBü	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Gesundes und sicheres Leben (Prio 3)</p>	<p>Aktuell ist in Zusammenarbeit mit einem externen Berater ein Alarm- und Einsatzplan für das Krisenmanagement in Bearbeitung. In dem Alarm- und Einsatzplan wird abstrakt geregelt, wie auf bevorstehende Krisen administrativ-operativ eingegangen wird.</p> <p>Aufbauend auf diesen Alarm- und Einsatzplan wird es für einzelne „Krisen“, sei es „Starkregenereignisse“, „Blackout“, „Pandemie“, uvm. Konkrete Risikopläne geben. Sobald der allgemeine Alarm und Einsatzplan erstellt wurde, werden für ausgewählte Risiken konkrete Pläne erstellt. Zu beachten ist jedoch, dass man nicht zu viel konkrete Pläne erstellt, sondern anhand des abstrakten Alarm- und Einsatzplans auf diverse – nie gleichablaufende Krisen – effektiv und situationsabhängig reagieren zu können. Für Situationen bei denen die Bevölkerung betroffen ist und vorbeugen kann werden Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
124	Intensivierung der Wirtschaftsförderung der innovativen Industrie und bessere Unterstützung von Start-Up-Unternehmen.	FDP/KiBü	BSB	<p>Alt: Wirtschaftsförderung (Prio 3)</p> <p>Neu: Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (Prio 2)</p>	<p>Zum zweiten Mal wurde Kirchheim unter Teck zur gründungsfreundlichen Kommune ausgezeichnet. Das interkommunale Projekt MachES! zielt darauf ab, eine Innovationsdrehscheibe im Landkreis Esslingen zu etablieren.</p> <p>Zudem wurde ein Förderantrag bei der WRS (Wirtschaft und Tourismus, WuT) für die kommenden zwei Jahre bewilligt. Bestandteile sind auch das TeckLab, eine Innovationswerkstatt in der Linde mit Kooperationspartnern aus der Wirtschaft (u.a. Festool, Leuze, Keller Lufttechnik, Starline) und das InnovationLab, eine Zusammenarbeit zwischen der HfWU, der bwcon und den Städten Nürtingen und Kirchheim. Hier hat sich auch das Regionalboard KI:NT etabliert.</p> <p>Das Unterstützungsangebot wird auf der Seite www.maches.info lanciert, ein facelift wurde am 15.11 umgesetzt. Hier geht es neben dem Aufbau eines Netzwerkes um die Bestandteile Erfolg planen - Finanzierung finden – Durchstarten - Business ausbauen</p> <p>Ferner gibt es im Rahmen der Zusammenarbeit mit Ki:NT den „Innovator des Monats“ sowie eine enge Kooperation mit dem KI Netzwerk.</p> <p>Ziel ist es, die innovative Wirtschaft mit den Start-ups von Morgen zusammenzubringen.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

125	Schnellere Genehmigungsverfahren der Bauprojekte, besonders im Wohnungsbau.	FDP/KiBü	IWU	<p>Alt: Wohnen (Prio 1)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)</p>	<p>Die Baurechtsbehörde der Stadt Kirchheim gewährleistet anerkanntermaßen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten kurze Genehmigungsfristen. Die Genehmigungsverfahren selbst sind Sache der Gesetzgeber</p> <p>Aufgrund der gesetzlichen Fristen dauern Vorhaben, bei denen die Neuaufstellung von Bebauungsplänen oder die Aufstellung von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen in der Regel ca. 1 Jahr. Der Normenkontrollrat der Landesregierung zur Beschleunigung von Verfahren und zur Entbürokratisierung will hier Vorschläge erarbeiten.</p> <p>Leider ist in den allermeisten Fällen von langen Verfahren eine unvollständige Vorlage von Planungen oder eine schleppende Zuarbeit weiterer Beteiligter zu konstatieren.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
126	Ausbau und Verbesserung der Infrastruktur für die Mobilität, u.a. eine Optimierung der Ampelschaltung und notwendiger Ausbau der Elektroladesäulen.	FDP/KiBü	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Auf die lfd. Nr. 97 wird verwiesen.</p> <p>Zum Ausbau der Elektroladesäulen wird auf die lfd. Nr. 28 verwiesen.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
127	Verkehrsanbindung Bohnau-Süd über die Autobahn an die B 465 voranzutreiben.	FDP/KiBü	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Auf die lfd. Nr. 49 und 86 wird verwiesen.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
128	Sich auf allen notwendigen Ebenen für eine direkte Autobahnauffahrt West in Richtung Stuttgart einzusetzen.	FDP/KiBü	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Eine Einfahrt in die BAB A8 an der Anschlussstelle Kirchheim-West „nach rechts“ wurde wegen der hohen Kosten vom Straßenbulasträger Bund vor einigen Jahren verworfen. Zugesagt wurde eine Verbesserung des Verkehrsflusses durch kleinere bauliche Erweiterungen im Bestand.</p> <p>Die Verwaltung nimmt den Antrag zum Anlass beim RP das weitere Vorgehen abzuklären.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

129	Um mehr Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig Flächenverbrauch zu vermeiden fordern wir mehr Bauen in die Höhe.	FDP/KiBü	IWU	<p>Alt: Wohnen (Prio 1)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)</p>	Die Attraktivität der Stadt Kirchheim unter Teck beruht neben vielen anderen Kriterien auch auf der Tatsache, dass sie ihren baulichen Maßstab erkannt hat und respektiert. Mit den Projekten Wollspinnerei, Hallenbadgelände, Schöllkopfstraße, Henriettengarten, Steingauquartier, künftig Zementstraße usw. wird nach Auffassung der Verwaltung die einer Mittelstadt angemessene Dichte und Höhe markiert und sollte nicht überschritten werden.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
130	Die Zahl der beratenden und vorbereitenden Sitzungen des Gemeinderates im Sinne der Vereinbarkeit von Ehrenamt, Beruf und Familie zu reduzieren.	FDP/KiBü	BSB	<p>Alt: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 9)</p> <p>Neu: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 4)</p>	Die frühzeitige und umfassende Einbindung des Gemeinderats bei besonders wichtigen Vorhaben (z.B. Verwaltungsgebäudekonzeption, Sanierung Kornhaus, Eigenbetrieb Wohnbau, Entwicklung Gebiet in der Au, etc.) durch Workshops bzw. Fachforen ist der Verwaltung sehr wichtig. Im Vorfeld der Investitionsklausur kam es zu einer Häufung von Veranstaltungen für die Mitglieder des Gemeinderats. Die Verwaltung wird bei der Planung künftiger Veranstaltungen die Beanspruchung der Gemeinderatsmitglieder im Blick behalten und prüfen, bei welchen Projekten/Vorhaben außerhalb der Vorberatung im Ausschuss eine zusätzliche Behandlung in Form eines Workshops zielführend ist.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
131	Das Projekt „Bau eines Hallenbades“ aufgrund der zu erwartenden Haushaltslage via interkommunale Zusammenarbeit, z.B. mit der Stadt Weilheim zu realisieren.	FDP/KiBü	BSB	<p>Alt: Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	Die umliegenden Kommunen (Notzingen, Dettingen, Bissingen, Weilheim, Owen, Lenningen, Holzmaden, Ohmden, Schlierbach, Wendlingen, Hochdorf, Neidlingen) wurden angeschrieben, um das Interesse an einer Möglichkeit der interkommunalen Zusammenarbeit/Finanzierbarkeit abzufragen. Persönliche Gespräche auf der Ebene der Verwaltungsspitze wurden angeboten. Bislang haben sich nahezu alle Kommunen zurückgemeldet und grundsätzliches Interesse an einer Zusammenarbeit signalisiert. Lediglich Lenningen und Hochdorf (Orientierung in Richtung Wernau) haben kein Interesse signalisiert.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

132	<p>Bürgerforen in den Quartieren In den nächsten 2 Jahren sollen Bürgerforen in den Quartieren stattfinden. Keine Hochglanzbürgerforen. Niederschwellig, damit auch BürgerInnen angesprochen werden können, die seither nicht teilgenommen haben. Es soll nicht nur ein Thema seitens der Verwaltung/Gemeinderat gesetzt sein, auch Themen aus den Quartieren sollen abgefragt werden.</p>	Christliche Initiative Kirchheim (CIK)	BSB	<p>Alt: Einwohnerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit (Prio 7)</p> <p>Neu: Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement (Prio 3)</p>	<p>Aus den Nachbarschaftsnetzwerken wird der Wunsch nach einer proaktiven Information seitens der Stadtverwaltung z. B. über Informationsveranstaltungen bei (neuen) Vorhaben im Quartier geäußert. Auch finden jetzt schon anlassbezogene Veranstaltungen in den Quartieren statt (z.B. Photovoltaik). Der Quartiersbezug im Rahmen der Bürgerbeteiligung soll im Konzept zur Weiterentwicklung des Zukunftsdialoges und Fachforen berücksichtigt werden. Vergleich hierzu auch lfd. Nr. 117.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
133	<p>Bewohnerparken / Parksituation Die Parksituation ist schon länger ein großes Thema in der Stadt. Bewohnerparken war eine der Lösungen. Die Verwaltung hat hier eine Untersuchung angekündigt, eingeschlossen der Evaluation der aktuellen Parkplatzsituation. Diese Untersuchung soll im 1. Halbjahr 2022 starten.</p>	Christliche Initiative Kirchheim (CIK)	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Auf die lfd. Nr. 26 wird verwiesen.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

134	<p>Errichtung von Pollern an den Einfahrten zur Innenstadt Um den Autoverkehr in der Innenstadt zu reduzieren sollen Poller an den Einfahrten zur Innenstadt installiert werden. Die Untersuchung der Platzierung und eine Kostenabschätzung soll im Laufe des Jahres 2022 erfolgen.</p>	<p>Christliche Initiative Kirchheim (CIK)</p>	<p>IWU</p>	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Nach Auffassung der Verwaltung gibt es an den Zugängen zur Innenstadt 3 Orte, die im Hinblick auf die Befahrung kritisch sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Schlossplatz, wo der versenkbare Poller im Jahr 2022 eingebaut wird. 2. Marktstraße Nord, wo wegen der im Rahmen des neuen Verwaltungsgebäudes entfallenden allgemeinen Parkplätze der Parksuchverkehr wegfallen wird. 3. Dreikönigstraße/ Turmstraße, über die eine größere Anzahl von legalen und in privatem Eigentum befindlichen Kundenparkplätzen anfahrbar sein muss. <p>Weiter sieht die Verwaltung keine weitere sinnvolle Möglichkeit, versenkbare Poller an den Zugängen zur Altstadt einzubauen.</p> <p>Allerdings hat sich ein versenkbarer Poller als probates Mittel erwiesen wie auch temporär unterschiedliche Befahrungsmöglichkeiten klar und eindeutig geregelt werden können. Die Verwaltung wird solche Möglichkeiten auch an anderen Stellen zum Einsatz vorschlagen. Zum Beispiel vor Schulen.</p> <p>Der Gemeinderat hat in Zusammenhang mit dem Bau des neuen Verwaltungsgebäudes in der Marktstraße 1 und 3 ein Mobilitäts- und Parkierungskonzept für die Innenstadt beschlossen. Die sich hieraus ergebenden Maßnahmenempfehlungen werden dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
-----	--	---	------------	---	--	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

135	Schaffung der Stelle Fachwerksberatung Das Fachwerk ist eines der Gütesiegel Kirchheims. Mit der Schaffung einer Stelle Fachwerkberatung wird die Fachwerkkompetenz innerhalb der Verwaltung aufgebaut. Zuständig für die Beratung städtischer und privater Restaurierungen. Diese Stelle muss nicht neu ausgeschrieben werden, es kann auch innerhalb des bestehenden Personalbestandes die Kompetenz aufgebaut werden.	Christliche Initiative Kirchheim (CIK)	BSB	Alt: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 9) Neu: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 4)	Die Verwaltung begrüßt diesen Antrag, da es bereits seit einiger Zeit diesbezügliche Überlegungen gibt. Hintergrund ist die Erhaltung der stadtbildprägenden Gebäude in der Kirchheimer Innenstadt. Viele davon weisen Mängel im Fachwerk auf und werden nicht in allen Fällen fachgerecht und kompetent saniert. Derzeit ist daran gedacht, dass in einer Kooperation mit Fachwerkexperten und –interessierten, sowie Gebäudeeigentümern ein Kreis etabliert wird, der dieses Thema öffentlich präsent hält. Weiterhin soll mit öffentlichem und privatem Kapital die Möglichkeit geschaffen werden, Beratungsleistungen durch externe Experten (Erstberatung) zu finanzieren. Grundsätzlich soll eine fachliche Beratung für Private den Unternehmen sowie Handwerksbetrieben, die sich hierzu qualifiziert und zertifiziert haben, vorbehalten sein. Um deren Expertise den potenziellen Nachfragern besser bekannt zu machen, schlägt die Verwaltung die Erstellung einer Expertenliste vor, die dann öffentlich zugänglich gemacht wird. Gemeinsam mit der Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstraße den spezialisierten Handwerksbetrieben und Architekten sowie den Eigentümern wird die Verwaltung eine Fachwerksinformationsveranstaltung durchführen. Eine Neuschaffung von Stellen wird nicht gesehen, sondern es sollen in der Verwaltung vorhandenen Kompetenzen genutzt werden.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.
136	Freizeitsportanlage für Erwachsene Planung und Errichtung einer barrierefreien, generationenübergreifenden Freizeitsportanlage, u.a. mit Fitnessgeräten für Erwachsene.	Christliche Initiative Kirchheim (CIK)	BSB	Alt: Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8) Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)	Die Erweiterung zu Mehrgenerationenplätze mit Freizeitsportangeboten wird in der Spielplatzentwicklungskonzeption beachtet und geprüft. Hierbei fließen die Ergebnisse der Sportentwicklungsplanung in die Betrachtung mit ein.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.
137	Kennzeichnung der "Vorbeifahrtstreifen" im gesamten Stadtgebiet mit roter Farbe, ähnlich dem Streifen vor der Aufstellfläche in der Henriettenstraße.	Christliche Initiative Kirchheim (CIK)	IWU	Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4) Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)	Die Vorbeifahrtstreifen werden „Zug um Zug“ mit roter Farbe gekennzeichnet.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

138	Aufnahme einer Planungsrate in 2022/2023 von 70.000 € zum Umbau der Kreuzung am Gaiserplatzes.	Christliche Initiative Kirchheim (CIK)	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Der Gaiserplatz stellt die für alle Verkehrsteilnehmer anspruchsvollste Kreuzungssituation dar. Zudem hängen viele weitere Fahrbeziehungen insbesondere im Radverkehr von der Ausbildung des Gaiserplatzes ab. Die Verwaltung hat ein auf Radverkehr spezialisiertes Büro mit der Erstellung eines Aktionsprogramms Radverkehr für Kirchheim beauftragt. Hierin wird der Gaiserplatz ebenfalls berücksichtigt werden, ebenso wie die von der Agendagruppe „Radverkehr“ bereits vorliegenden Vorschläge für die Radverkehrsführung.</p> <p>Die Aufnahme von Planungsmittel ist zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
139	Erstellung einer Studie „menschengerechtes statt autogerechtes Kirchheim“ unter Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen in Kirchheim.	Die Linke	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Die Verwaltung wird zwei Konzepte entwickeln: Zum Radverkehr eine Gesamtkonzeption sowie ein kurzfristiges Aktionsprogramm Radverkehr sowie für die Innenstadt ein Mobilitäts- und Parkierungskonzept.</p> <p>Die Erstellung einer weiteren Studie mit ähnlicher Zielrichtung wird nicht für sinnvoll erachtet.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
140	Die Stadt verstärkt ihre Bemühungen, Personal im Betreuungsbereichen aufzustocken, sowohl im Pflegebereich als auch in der Kitabetreuung, indem Bewerber*innen Wohnmöglichkeiten in der Stadt angeboten werden.	Die Linke	BSB	<p>Alt: Bildung (Prio 2)</p> <p>Neu: Bildung (Prio 1)</p>	<p>Die Stadt stellt sich durch entsprechende Arbeitgeberangebote (flexible Arbeitszeiten, Fahrtkostenzuschuss, Dienstradleasing, etc.) als attraktiver Arbeitgeber dar. Wohnungsangebote setzt neben dem Vorhandensein von Wohnungen auch entsprechende Personalressourcen für die Abwicklung voraus. Hinweis: Innerhalb der Verwaltung wurde ein Projekt „Personalentwicklung Kindertageseinrichtungen“ aufgesetzt. Die Stadtverwaltung ist zum Thema „Dienstwohnungen“ in Kontakt mit der Medius-Klinik. Die genauen Konditionen können derzeit von der Medius Klinik noch nicht benannt werden. Die Verwaltung verfolgt das Thema aber weiter.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

141	Die Stadt Kirchheim reserviert dem Frauenhaus zwei Wohnungen für die Anschlussunterbringung der Bewohnerinnen des Frauenhauses Kirchheim verbindlich zu.	Die Linke	IWU	<p>Alt: Wohnen (Prio 1)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)</p>	<p>Im Frauenhaus Kirchheim werden nicht vorrangig Frauen mit Kindern aus Kirchheim untergebracht. I.d.R. werden Frauenhausplätze eher mit Distanz zum Herkunftsort belegt, um den Frauen Ruhe und Sicherheit gewährleisten zu können.</p> <p>Damit würden mit fest zugesicherten Wohnungen diese Angebote nicht grundsätzlich für Kirchheimer Bürgerinnen vorgehalten.</p> <p>Zudem streben die im Frauenhaus untergebrachten Frauen mit der Unterstützung der dortigen Hilfe in abgesicherte eigenständige Lebenssituationen. Dazu zählt auch ein frei gewähltes Wohnumfeld mit eigenem Mietvertrag.</p> <p>Es besteht bereits eine enge Kooperation zwischen der Verwaltung und dem Frauenhaus. In Einzelfällen, in denen betreffende Frauen kein eigenständiges Wohnverhältnis aufbauen können, eine selbständige Lebensführung außerhalb des Frauenhauses aber notwendig wird, wird Wohnraum über eine Einweisung in eine städtische Unterkunft ermöglicht.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
-----	--	-----------	-----	---	---	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

142	Hiermit beantragen wir einen Workshop zum Umgang mit Obdachlosen und Obdachlosigkeit unter Berücksichtigung des Konzepts „Housing First“.	Die Linke	BSB	<p>Alt: Gesellschaftliche Teilhabe und Bürgerschaftliches Engagement (Prio 6)</p> <p>Neu: Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement (Prio 3)</p>	<p>„Der Ansatz „Housing First“ basiert darauf, dass eine obdachlose Person oder Familie als Erstes und Wichtigstes eine stabile Unterkunft braucht und andere Angelegenheiten erst danach angegangen werden können, da die Sicherheit und Stabilität einer eigenen Wohnung die notwendige Grundlage darstellt.“ (Definition Wikipedia). Dies wird bereits über die städtische Vorgehensweise gewährleistet (stabile Unterkunft nicht gleichgesetzt mit Mietvertrag). Das Projekt Housing First Berlin wurde im Oktober 2018 in Berlin als ein innovatives Modellprojekt zur langfristigen Bekämpfung von Obdachlosigkeit gegründet. Das Modellprojekt Housing First Berlin ist eine Projektpartnerschaft der Berliner Stadtmission e.V. und der Neue Chance gGmbH[1], in der (zunächst 40) Wohnungslose in der Millionenstadt Berlin unbefristet und mit einem eigenen Mietvertrag in Wohnungen untergebracht und darüber hinaus professionell betreut werden.</p> <p>In Kirchheim werden von Obdachlosigkeit bedrohte Bürger und Bürgerinnen grundsätzlich umgehend mit Wohnraum über Einweisung in eine „Notunterkunft“ (d.h. städtische Wohnung oder angemietete Wohnung) versorgt. Menschen, die dieses Angebot nicht annehmen wollen, ziehen i.d.R. in größere Städte oder Ballungsräume, in denen eine entsprechende „Szene“ besteht.</p> <p>Damit sind entsprechend betroffene Menschen in Kirchheim mit Wohnraum versorgt. Im Nachgang nach der Versorgung mit Wohnraum ergeben sich in Einzelfällen weitere Beratungs- und Unterstützungsbedarfe bei den betroffenen Menschen, für die ein Ausbau von Hilfen z.B. nach SGB XII sinnvoll sein kann.</p> <p>Die Stadtverwaltung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.</p>	<p>Durchführung eines Workshops</p> <p>1 Ja-Stimmen 17 Nein-Stimmen</p> <p>→ Der Antrag erhält keine Mehrheit. → Dadurch kommt der Leitantrag der Verwaltung zum Tragen.</p>	
-----	---	-----------	-----	---	---	--	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

143	Haushalte in Kirchheim wird der Strom nicht gesperrt, auch wenn die Rechnung nicht bezahlt wurde.	Die Linke	BSB	<p>Alt: Gesellschaftliche Teilhabe und Bürgerschaftliches Engagement (Prio 6)</p> <p>Neu: Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement (Prio 3)</p>	Die Versorgung mit Energie erfolgt nach privatrechtlichen Vertragsgrundlagen. Es ist die Verantwortung und Pflicht des Konsumenten, für die Energielieferung und den Verbrauch die Kosten zu begleichen. In Haushalten mit Kindern stehen die Kinder dabei unter besonderem Schutz. Da Kinder selbst nicht die Verantwortung zur Kostenzahlung übernehmen können, aber in besonderem Maße unter der Abstimmung der Energielieferung leiden würden, ist zum Schutze der Kinder ein Instrumentarium geschaffen, um eine Abschaltung der Energielieferung zu vermeiden. Dafür besteht eine enge Kooperation zwischen der EnBW und dem Jobcenter und dem Landkreis. Hierbei wird von der EnBW ein Sperraufschub gewährt und über entsprechende Anträge nach SGB II oder SGB XII Möglichkeiten zur Übernahme von Stromschulden geprüft und angeboten. Hierbei unterstützt die Abteilung Soziales der Stadt Kirchheim und nimmt auch die Anträge nach SGB XII entgegen. Haushalte mit Kindern sind somit abgesichert. Die Verwaltung empfiehlt eine Ablehnung einer generellen Regelung.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
144	Die Bewohner der städtischen Wohnungen in der Reutlinger Straße sollen einen Anspruch erhalten, ihre Nachbarschaftsstrukturen auch während des vorübergehenden Umzugs erhalten. Ihnen wird während der Umbauphase eine akzeptable Wohnung zur Verfügung gestellt und bei der Umzugsplanung wird der Nachbarschaftswunsch der Bewohner*innen berücksichtigt.	Die Linke	IWU	<p>Alt: Wohnen (Prio 1)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)</p>	Die Bewohner der zu ersetzenden Gebäude in der Reutlinger Straße werden in der Umbauphase mit Ersatz-Wohnraum versorgt. Eine gemeinschaftliche Umsetzung in ein Gebäude zum Erhalt von Nachbarschaftsstrukturen ist dabei nicht realisierbar, da kein entsprechendes leerstehendes Ersatzgebäude zur Verfügung steht. Auf die individuellen Bedarfe in Bezug auf Wohnungsgröße und Erhalt der familiären Strukturen wird geachtet.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
145	Die Stadt beschließt eine Sozialbauquote von 50 Prozent bei Neubauten.	Die Linke	IWU	<p>Alt: Wohnen (Prio 1)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)</p>	Die bisherigen Regelungen der vom Gemeinderat beschlossenen Sozialbauverpflichtung für private Bauherren haben sich bewährt. Um den sozialen Wohnungsbau zu forcieren hat der Gemeinderat die Gründung eines Eigenbetriebs Wohnen beschlossen. Die Verwaltung empfiehlt eine Ablehnung des Antrags.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

146	Die Stadt etabliert für die bestehenden Wohnungen und Häuser ein Wohnungsmanagement. Dieses Wohnungsmanagement wird den Tausch von Wohnungen aktiv fördern, Familien, Alleinstehenden, jungen und alten Menschen eine adäquate Wohnung zur Verfügung stellen.	Die Linke	IWU	<p>Alt: Wohnen (Prio 1)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)</p>	<p>Bei den städtischen Wohnungen wird ein solches Umzugsmanagement bereits praktiziert. Passt der vorhandene Wohnraum nicht mehr zu den aktuellen Anforderungen, wird im Rahmen der Möglichkeiten, nach anderen Wohnungen gesucht und ggf. ein Wohnungstausch oder Umzug organisiert. In Sitzungen der Wohnungsrunde werden auch soziale Aspekte miteinbezogen und es werden auch Anfragen von Bürgern in Bezug auf geänderten Wohnraumbedarf abgearbeitet. Zudem gibt es eine Zusammenarbeit mit der Kreisbaugesellschaft in Bezug auf Belegung von Seniorenwohnanlagen in Ötlingen (Bedarf von altersgerechtem Wohnraum). Bei nichtstädtischen Wohnungen und Häusern hat die Stadt keinen Einfluss auf die Belegung.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
-----	---	-----------	-----	---	--	---	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

147	<p>Wir beantragen, dass die Stadt Kirchheim unter Teck entsprechend dem Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (Zweckentfremdungsverbotsgesetz -ZwEWG) vom 19. Dezember 2013 einen entsprechenden Antrag stellt und die Zweckentfremdungssatzung im Gemeinderat verabschiedet wird.</p>	Die Linke	IWU	<p>Alt: Wohnen (Prio 1)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)</p>	<p>Eine Satzung zum Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum kann nach ZwEWG nur in solchen Gemeinden erlassen werden, die erstens unter Wohnraummangel leiden und zweitens diesen nicht „mit anderen zumutbaren Mitteln in angemessener Zeit“ beheben können. Dies ist in Kirchheim unter Teck mit aktuell 1.600 in der Entwicklung befindlichen Wohnungen nicht der Fall.</p> <p>Aktuelle Aussagen aus den Immobilienabteilungen der Banken vermerken zudem, dass vor dem Hintergrund der derzeitigen Baumaßnahmen in der Stadt die Maximalmieten von bis zu 15 €/qm Nettokaltmiete (bis auf besondere Einzelfälle) inzwischen nicht mehr erzielt werden können. Die Bemühungen der Stadt fangen also an zu wirken, auch wenn das Angebot im günstigen Segment noch nicht ausreichend davon profitiert – geschweige denn der geförderte Wohnungsbau. Neben der Sozialbauverpflichtung soll der geförderte Wohnungsbau nun über die kommunale Wohnungsbaugesellschaft vorangetrieben werden.</p> <p>Laut gesetzlicher Definition betrifft die Zweckentfremdung von Wohnraum</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Umnutzung von Wohnraum zu Gewerbe - einen Umbau mit der Folge einer unmöglichen Wohnnutzung - eine dauerhafte Beherbergungsnutzung - einen über 6 Monate dauernden Leerstand - und den (nicht konstruktiv bedingten) Abbruch von Wohnraum <p>Ein Verbot der Zweckentfremdung – so es denn in Kirchheim zulässig wäre - bezöge sich also auch auf gewerbliche Ferienwohnungen. Im Rahmen einer Recherche hat die Verwaltung (Zugriff 26.10.21) einen Angebotsbestand von insgesamt 14 Zimmern/Appartements auf Airbnb und bei Booking.com ermittelt, die übrigen Portale enthielten keine Ferienwohnungen in Kirchheim. Es handelt sich also nicht um ein Thema, das zur Linderung des Wohnungsbedarfs beitragen könnte.</p> <p>Der Leerstand bestehender Wohnungen hingegen ist deutlich brisanter. In der Kernstadt und den Ortsteilen stehen – Stand 01.07.21 – 323 Wohnadressen leer, davon sind 157 identisch mit der Erhebung aus 2018. Dies ist eine deutliche Verbesserung gegenüber dem vorherigen Vergleich aus 2018/2015 (459 zu 240 Wohnadressen).</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>
-----	---	-----------	-----	---	--	---

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

				<p>Bisher ist noch nicht abschließend geklärt, aus welchen Gründen diese Wohnadressen leer stehen. Statt einer Verbotssatzung wird hier jedoch der Weg einer Kontaktaufnahme, Information und Unterstützung der Eigentümer in Anlehnung an die Baulückenbörse für zielführender gehalten. Für eine qualifizierte Untersuchung und Begleitung der privaten Eigentümer stehen derzeit jedoch keine Personalressourcen zur Verfügung. Die Stadtverwaltung schlägt vor, die Eigentümer leerstehenden Wohnungen anzuschreiben und – wie bereits bei Gewerbegrundstücken erfolgt – nach deren Planungen für die Nutzung der Wohnungen zu fragen sowie die die Notwendigkeit zur Schaffung von Wohnraum hinzuweisen.</p> <p>Im Ergebnis schlägt die Verwaltung vor, keine Zweckentfremdungssatzung zu beschließen.</p>		
--	--	--	--	---	--	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

148	<p>Wir beantragen, die Schulsozialarbeit an den Kirchheimer Schulen auszubauen, indem auf Basis einer sozialindex-basierten Ressourcenzuweisung die Kapazität erweitert wird. An jeder Schule sollte mindestens eine Stelle ange-siedelt sein. Mittelfristig anzustreben, ist eine Erhöhung der Personalstellen auf einen Schlüssel von einer Stelle auf 150 Schüler*innen bzw. mindestens einer Vollzeitstelle an jeder Schule.</p>	Die Linke	BSB	<p>Alt: Bildung (Prio 2)</p> <p>Neu: Bildung (Prio 1)</p>	<p>Die Schulsozialarbeit an Kirchheimer Schulen ist bereits gut aufgestellt. Von der Teck-Realschule liegt derzeit ein Antrag auf Aufstockung von 50 auf 100 % vor. Im vergangenen Jahr wurde im GR die Aufstockung der Schulsozialarbeiterstellen an folgenden Schulen beschlossen:</p> <p>KW-Grundschule: +25 % (gesamt 75 %) Teck-GS: + 50 % (gesamt 100 %, 2 Stelleninhaber/-innen) Freihof-GS: + 50 % (gesamt 100 %) Eduard-Mörrike GS: +50 % (gesamt 100 %, 2 Stelleinhaber/-innen) Rauner-Gemeinschaftsschule: +50 % (gesamt 100 %)</p> <p>Übersicht, wie die weiteren Schulen aufgestellt sind. Freihof Realschule -> 50% Raunerschule -> 100% (2 Stelleninhaber/-innen jeweils 50%) Teck Realschule -> 50 % (2 Stelleninhaber/-innen jeweils 25%), ein Antrag auf Aufstockung auf 100 % liegt vor. Alleenschule Werkrealschule - > 100% Alleenschule Grundschule -> 100% (2 Stelleninhaber/-innen jeweils 50%) Konrad-Widerholtschule SBBZ -> 100 % (2 Stelleninhaber/-innen mit 75% & 25%) Schlossgymnasium -> 100 % (2 Stelleninhaber/-innen jeweils 50%) Ludwig-Uhland-Gymnasium -> 100 % (2 Stelleninhaber/-innen jeweils 50%) Lindachschule Jesingen -> 25 % Grundschule Nabern -> 25 %</p> <p>Die Aufgabe der Schulsozialarbeiter/-innen ist nicht Angebote und Maßnahmen im Rahmen des Ganztags (Betreuungstätigkeiten, Aufsichtsaufgaben) zu übernehmen. Die Tätigkeiten der Schulsozialarbeit liegen in der Einzelfallhilfe und Beratung von Schüler/-Innen, Lehrkräfte und Eltern, sowie sozialpädagogische Gruppenarbeit, Arbeit mit Schulklassen und die Durchführung von Projekten, als auch innerschulische und außerschulische Vernetzung und Gemeinwesenarbeit, sowie offene Angebote für alle jungen Menschen der jeweiligen Schule.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>
-----	--	-----------	-----	---	--	---

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

149	Öffnung öffentlicher Gebäude für zivilgesellschaftliche Gruppen, Vereine und Kulturschaffende.	Die Linke	BSB	<p>Alt: Kultur (Prio 10)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	Öffentliche Gebäude sind für zivilgesellschaftliche Gruppen bereits geöffnet (siehe Teck-Realschule, Stadtarchiv, Henriettensaal, Vogthaus etc.). Auch die neu gebaute Eduard-Mörke-Mehrzweckhalle wird für Vereine etc. zur Verfügung gestellt.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
150	Wir beantragen hiermit, zivilgesellschaftlichen, kulturellen und politischen Initiativen und Organisation öffentliche Räume für ihre ehrenamtliche Arbeit zur Verfügung zu stellen. In den Quartieren, in denen dies kurzfristig nicht möglich sein sollte, sollen die Schulen außerhalb der Unterrichtszeit für die genannten Gruppen genutzt werden können.	Die Linke	BSB	<p>Alt: Kultur (Prio 10)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	Die Schulen werden bereits von der Volkshochschule oder Stadtkapelle für regelmäßige Nutzungen (Kurse oder Proben) genutzt. Für eine weiterreichende Nutzung wäre es erforderlich, dass ein Hausmeister oder Schließdienst vor Ort ist, insbesondere dann wenn es sich um einmalige Nutzungen handelt und die Räumlichkeiten der Nutzergruppe nicht vertraut sind. Allerdings werden auch schon jetzt Räumlichkeiten in Einzelfällen an externe Nutzer vergeben, wenn der Schulbetrieb dies zulässt. Coronabedingt entfällt derzeit jedoch diese Nutzung, da die Hygienekonzepte der Schulen umgesetzt werden müssen. Dies bedeutet, dass nach jeder externen Nutzung eine Reinigung vor dem nächsten Schulbetrieb erfolgen muss.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
151	Umbau der Alleenstraße zur Fahrradstraße.	Die Linke	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Die Alleenstraße hat zumindest in ihrem östlichen Abschnitt zwischen Schlierbacher Straße, Hindenburgstraße bis zum Kronekreisel eine erhebliche Verteilerfunktion, die die Ausweisung einer Fahrradstraße ohne eine geeignete Ersatzführung des Verkehrs nach Auffassung der Verwaltung nicht erlaubt. Im übrigen Bereich wird eine Prüfung zugesagt.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
152	Die Bismarckstraße wird zur Fahrradstraße umgestaltet.	Die Linke	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Die Ausweisung der Bismarckstraße als Fahrradstraße soll im Rahmen des Aktionsplanes zum Radverkehr umgesetzt werden.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

153	Der Zugang zur Innenstadt über die untere Armbruststr (zwischen Hindenburgstraße und Dettinger Straße) wird barrierefrei gestaltet.	Die Linke	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)/Gesellschaftliche Teilhabe und Bürgerschaftliches Engagement (Prio 3)</p>	Der Durchgang zur Innenstadt ist zum größten Teil bereits barrierefrei. Die Verwaltung prüft die Anordnung der Poller an der Dettinger Straße im Hinblick auf einen barrierefreien Durchgang.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
154	Hiermit beantragen wir einen Workshop zur Anbindung des Bahnhofs mit der Innenstadt.	Die Linke	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Dies wird Gegenstand des städtebaulichen Wettbewerbs Bahnhofsquartier. Auf die lfd. Nr. 9 wird verwiesen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
155	Wir beantragen, einen Pilotversuch für ein kostenloses Stadtticket für Menschen zu initiieren, die auf ihren Führerschein verzichten.	Die Linke	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Die Verwaltung empfiehlt die Ablehnung dieses Antrags. Ähnliches Vorgehen gibt es bereits, allerdings mit wesentlich attraktiveren Konditionen. Zum Beispiel der Landkreis erstattet ein VVS Jahresticket einmalig. Auch bieten sich für solche Aktionen größere räumliche Zusammenhänge an. Landkreise, Großstädte, Verkehrsverbünde usw.</p> <p>Neu wird es ab 1.12.2021 ein Angebot des Landes geben: Seniorinnen und Senioren, die sich das Autofahren nicht mehr zutrauen, können ihren Führerschein gegen ein kostenloses Jahresabo in ihrem heimischen Verkehrsverbund tauschen.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

156	Wir beantragen, dass für Behinderte, Frauen und Männer am Bahnhof während der Betriebszeit der S-Bahn und des Busbahnhofs die Benutzung gebührenfreier öffentlicher Toiletten sichergestellt wird. Ferner beantragen wir, dass die Reinigung in ausreichender Frequenz, mindestens aber morgens, mittags und abends erfolgt.	Die Linke	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)/Gesundes und sicheres Leben (Prio 3)</p>	<p>Die Toiletten am Bahnhof Kirchheim sind aktuell schon durchgehend geöffnet. Leider sind die Toiletten häufig wegen Vandalismus nicht mehr funktionsfähig und müssen gesperrt werden.</p> <p>Nach der Beschlussfassung des Gemeinderates zur weiteren Platzierung von öffentlichen Toiletten wird die Verwaltung im Kaufe des 1. Halbjahres 2022 für den Bahnhof Kirchheim eine flexible Lösung für die Zeit bis zum umfassenden Bahnhofsumbau vorlegen.</p> <p>Der Mittelbedarf wird bei einem Nachtragshaushalt für 2023 angemeldet.</p>	<p><u>Antrag von StR Brinker (Linke):</u></p> <p>Vorziehen der Planung, sodass die Umsetzung im Jahr 2022 erfolgen kann.</p> <p>10 Ja-Stimmen 7 Enthaltungen 2 Nicht abgestimmt</p> <p>→ Der Antrag erhält eine Mehrheit. → Im Haushalt werden 150.000 Euro für die Umsetzung aufgenommen. → Der Antrag wird damit zum Finanzantrag im Ergebnishaushalt (vgl. lfd. Nr. BA 156)</p>	
-----	--	-----------	-----	--	--	--	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

157	Die Stadt unterstützt in zwei Quartieren Carsharing, indem sie mindestens ein Auto je Quartier unabhängig von der Auslastung zur Verfügung stellt.	Die Linke	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Die Stadtverwaltung hat die Möglichkeiten, neue Standorte eines Carsharing-Fahrzeuges von stadtmobil einzurichten, geprüft. Standorte mit verhältnismäßig kleinem Einzugsgebiet/beschränktem Nutzerkreis wie Quartiere werden als sehr schwierig eingeschätzt, da eine viel zu geringe Auslastung zu erwarten ist und der Standort nicht wirtschaftlich betrieben werden kann. Wenn das Fahrzeug nicht genutzt wird belaufen sich die Kosten auf ca. 15.000 Euro pro Jahr (bei Elektro-Fahrzeugen sogar deutlich höher), für die der Auftraggeber aufkommen muss. Stadtmobil selbst bestückt solche Standorte nicht. Eine alternative Möglichkeit für an Carsharing Interessierte könnte sein, dass sich privat Personen oder Haushalte ein Fahrzeug teilen. Es steht jedem/r frei, die Initiative zu ergreifen und sich beispielsweise mit anderen aus der Nachbarschaft zusammenzuschließen um ein Fahrzeug gemeinsam zu nutzen. Auch sind die Kosten zu teuer, sollte die Stadtverwaltung Fahrzeuge anschaffen müssen. Hierbei ist zu beachten, dass Kosten je Fahrzeug sich auf rund 18.000 € (aufgrund des Gesetzes über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge und der damit verbundenen Einhaltung der Vorgabe, 38,5 % aller Neuanschaffungen mit emissionsfreien Antrieben zu beschaffen, müssen emissionsfreie Kfz beschafft werden) belaufen. Dazu kommen Kosten für die Ladesäule pro Stück 5.000-8.000 € sowie Kosten für die Netzanschlussinstallation von etwa ca. 7.000 € je Standort. Der Standort müsste auf einer städtischen Fläche zur Verfügung gestellt werden und entsprechend befestigt sein. Es darf üblicherweise kein Ladekabel über Gehwege, etc. gelegt sein. Der Antrag wird seitens der Verwaltung abgelehnt.</p>	<p>Zusage der Verwaltung, die Möglichkeiten von Carsharing in den Quartieren gemeinsam mit den Nachbarschaftsnetzwerken zu besprechen.</p> <p>Auf die Anlage zum Protokoll wird verwiesen.</p>
-----	--	-----------	-----	---	--	---

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

158	<p>Wir beantragen hiermit bei der aktuellen Umgestaltung der Bushaltestellen folgendes zu berücksichtigen:</p> <p>a) die Bestückung der Haltestellen mit Wartehäuschen sollte flächendeckend sein,</p> <p>b) das Wartehäuschen sollte gegen Hitze, Sturm und Regen schützen,</p> <p>c) die Wartehäuschen sollten beleuchtet sein, um das Sicherheitsgefühl zu erhöhen</p> <p>d) die Dächer der Wartehäuschen sollten möglichst begrünt sein, um einen Beitrag zum Artenschutz zu leisten.</p>	Die Linke	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Der Ausbau der Bushaltestellen erfolgt über das Gesamtkonzept für das Stadtgebiet einschließlich der Ortsteile. Für den Umbau der Bushaltestellen -barrierefrei und mit Überdachung- stehen im Haushaltsplanentwurf 2022/2023 jährlich zwischen 205.000 – 300.000 € zur Verfügung.</p> <p>Wegen des relativ zur Fläche hohen Kostenaufwandes einer Begrünung mitsamt dem laufenden Unterhalt wird eine generelle Begrünung abgelehnt. Die Verwaltung empfiehlt die Erfahrung anderer Kommunen abzuwarten und die Förderung der Biodiversität kostengünstiger an anderen Stellen zu gewährleisten.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
159	<p>Wir beantragen, über die vereinzelt Ansätze des Mobilitätsmaßnahmen hinaus, ein stadtweites ganzheitliches Mobilitätskonzept zu erstellen und für die Umsetzung eine zusätzliche Stelle eines Mobilitätsmanager/in analog der Klima-Managerin einzurichten.</p>	Die Linke	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Die Verwaltung wird zwei Konzepte entwickeln: Zum Radverkehr eine Gesamtkonzeption sowie ein kurzfristiges Aktionsprogramm Radverkehr sowie für die Innenstadt ein Mobilitäts- und Parkierungskonzept als Bestandteil eines intermodalen Verkehrskonzepts.</p> <p>Innerhalb der Verwaltung soll zum 1.1.2022 eine Stabstelle Digitale Infrastruktur und Mobilität eingerichtet werden. Hier wird auch die Stelle eines Mobilitätsmanagers angesiedelt sein.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

160	Wir beantragen hiermit, dass künftig ein intermodaler Bericht zu Investitionen und Ausgaben für die Verkehrssegmente Autoverkehr, Radverkehr, ÖPNV und Fußgängerverkehr erstellt wird. Dieser Bericht sollte auch die Zielwerte für die einzelnen Verkehrskategorien enthalten.	Die Linke	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Die wesentlichen erschließungstechnischen Investitionen in Straßenbau und Straßensanierung betreffen alle Verkehrsarten, die sich darauf bewegen. Richtig ist, dass die Straßen und Wege in unterschiedlicher Stärke durch Busse, Lkws, Pkws, Radfahrer und Fußgänger belastet werden. Es ist jedoch unmöglich, die Kosten für Aufbau und Unterhalt der Infrastruktur den einzelnen Verkehrsarten zuzuordnen.</p> <p>Für den künftigen Doppelhaushalt 2022/2023 sind seitens der Verwaltung eine Erhöhung der Investitionen für den ausschließlichen Radverkehr von 70.000 € auf 135.000 € sowie für städtische Investitionen im Bereich ÖPNV von 1,6 Mio. € vorgesehen.</p>	<p><u>Antrag von StR Brinker (Linke):</u></p> <p>Erstellung eines Intermodalen Berichts zu Investitionen und Ausgaben für die einzelnen Verkehrssegmente.</p> <p>2 Ja-Stimmen 13 Nein-Stimmen 4 Enthaltungen.</p> <p>→ Der Antrag erhält keine Mehrheit. → Dadurch kommt der Verwaltungsantrag zum Tragen.</p>	
161	Es werden konkrete Lärmmessungen an der A8 durchgeführt, um die Lärmbelastung der Anwohner realistisch festzustellen.	Die Linke	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Die Lärmbelastung der an die A8 angrenzenden Kommunen ist erheblich. Die Verwaltung hatte bereits die Bürgermeister der Kommunen Holzmaden, Wendlingen und Köngen zu einem ersten Gespräch eingeladen, um mögliche Maßnahmen zu diskutieren.</p> <p>Lärmmessungen werden seitens der Aufsichtsbehörden nie durchgeführt, vielmehr werden Lärmwerte stets aus Verkehrsmodellen heraus berechnet. Dabei wird für die Autobahn immer eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 130 km/h angesetzt, was die Realität allerdings nicht widerspiegelt.</p> <p>Im Gespräch der Kommunen war man so verblieben, dass zunächst die Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene abgewartet werden sollte, ob sich daraus Ansatzpunkte z.B. für ein Tempolimit auf der A8 ergeben. Außerdem werden die Kommunen bei der Bundesautobahnverwaltung in einem gemeinsamen Schreiben anfragen, welche ‚Ausbau-, Sanierungs- und Lärmschutzmaßnahmen im Streckenabschnitt auf der A8 vorgesehen sind.</p> <p>Als weiterer Schritt wären Geschwindigkeitsmessungen denkbar, um diese realen Geschwindigkeiten in das Lärmmodell einzuspeisen. Die Verwaltung wird im Ausschuss über den aktuellen Stand und die geplanten gemeinsamen Schritte der Kommunen berichten.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

162	<p>Es wird Moratorium über die Entwicklung des Gewerbegebietes Bohnau-Süd verhängt, um eine Bürgerbefragung vor den weiteren Aktivitäten vorzunehmen. Folgende Optionen sollen den Bürgern vorgelegt werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Soll das Gebiet Bohnau-Süd zum Industriestandort werden? 2. Soll das Gebiet Bohnau-Süd nur den lokalen und kleineren innovativen Betrieben vorbehalten werden? 3. Soll die Bohnau-Süd auch weiterhin als landwirtschaftliche und Naturfläche bestehen bleiben? 	Die Linke	IWU	<p>Alt: Wirtschaftsförderung (Prio 3)</p> <p>Neu: Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (Prio 2)</p>	<p><u>Beteiligung und Bürgerinformation</u> Im Dezember 2020, anlässlich der frühzeitigen Beteiligung des Bebauungsplanverfahrens, fand die erste Bürgerinformation zum Projekt Bohnau Süd als Präsenzveranstaltung statt. Anschließend hatten die Bürger:innen einen Monat Zeit, ihre Anregungen und Bedenken zum Bebauungsplan einzureichen. Die in der Infoveranstaltung vorgebrachten Vorschläge sowie die eingereichten Stellungnahmen wurden soweit möglich in den Entwurf des Bebauungsplans eingearbeitet, sodass beispielsweise dem Wunsch der Grünflächen in Richtung Wohnbebauung nachgekommen wurde.</p> <p>Ergänzend hierzu hat die Verwaltung ein Kommunikationskonzept erarbeitet: siehe dazu lfd. Nr. 86 – Zwischenüberschrift: weitere Planungsaspekte</p> <p>Darüber hinaus ist die Verwaltung im Kontakt mit dem Verein Brückenhaus, welcher in dem Bereich das Projekt Südstadt-Natur-Erlebnis-Garten „SNEG“ entwickelt hat. Die Stadt kann sich für die Grünflächen im westlichen Teil des Gebietes ein ähnliches Projekt, mit dem Brückenhaus als Partner, vorstellen.</p> <p><u>Lokales Gewerbe</u> Siehe hierzu lfd. Nr. 86 – Zwischenüberschrift: Gewerbeflächenentwicklung</p> <p>Ziel der Stadt Kirchheim unter Teck ist es, die Neuversiegelung von Flächen auf ein notwendiges Maß zu beschränken und bestehende Flächen effizient zu nutzen. Dies soll dadurch erreicht werden, dass aktiv bestehende Gewerbegebiete aufgesiedelt werden, indem untergenutzte oder brachliegende Flächen reaktiviert werden. Im Frühjahr dieses Jahres wurde daher ein Schreiben an alle Eigentümer von untergenutzten Flächen oder Brachflächen geschickt, um die Verkaufs- bzw. Entwicklungsbereitschaft abzufragen. Die Rückmeldungen auf dieses Schreiben waren gering. Da die Stadt keine Zugriffsrechte auf privates Eigentum hat, wird nun in regelmäßigen Abständen die Verkaufs- bzw. Entwicklungsbereitschaft abgefragt.</p> <p><u>Landwirtschaftliche Flächen</u> Im Herbst 2020 hat Herr Dr. Bader mit den meisten Landwirten persönlich gesprochen und über das Projekt Bohnau-Süd informiert. Zudem hat die Verwaltung ein Tauschflächenkonzept ausgearbeitet, um den Flächenverlust der Landwirte an anderer Stelle der Stadt zu</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>
-----	--	-----------	-----	---	--	---

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

					<p>kompensieren. Die Verhandlungsgespräche sowie die Bedarfsabfrage der Landwirte sind weitestgehend abgeschlossen. Nach derzeitigem Stand kann jedem Landwirt eine individuell passende Lösung angeboten werden.</p> <p>Wie aus den vorherigen Erläuterungen zu entnehmen ist, werden aus Sicht der Verwaltung die geforderten Entscheidungsoptionen für die Bürger bereits berücksichtigt, sodass empfohlen wird kein Moratorium über die Entwicklung des Gewerbegebietes Bohnau-Süd zu verhängen.</p>		
163	Workshop: Zusammenarbeit Stadt und Landwirtschaft zur Förderung der biologischen Vielfalt.	Die Linke	IWU	<p>Alt: Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu: Umwelt- und Naturschutz (Prio 2)</p>	Nach Fertigstellung der Biotopverbundkonzeption in 2022 werden auch die Landwirte über die Konzeption informiert. Ziele sind die Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
164	Keine Finanzierung der fehlenden Zuschüsse für die Renovierung des Kornhauses aus dem städtischen Haushalt, stattdessen Anpassung der Umbauten an dem bisherigen Finanzierungsanteil der Stadt.	Die Linke	BSB	<p>Alt: Kultur (Prio 10)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	<p>Der GR hat mit der Sitzungsvorlage BSB/2021/010 bereits die Planung bis einschließlich LPH 5 – Ausführungsplanung beschlossen. Nicht beinhaltet war dabei der Baubeschluss, da noch die Fördermöglichkeiten eruiert werden sollten. Die Verwaltung bringt im Gemeinderat am 15.12.2021 eine Sitzungsvorlage zum Baubeschluss ein. Die Schadstoffsanierung beginnt Anfang 2022, die Ausschreibungen dazu wurden bereits veröffentlicht. Die weiteren Schritte und Termine werden in der Sitzungsvorlage dargestellt.</p> <p>Der Gemeinderat hat die Verwaltung beauftragt, die umfassende Variante für die Sanierung des Kornhauses inklusive der Auslagerung der seitherigen Kellernutzung mit dem Ziel der Realisierung zu planen. Sollte der Antrag eine Mehrheit bekommen, wären erhebliche Beträge fehlinvestiert worden Die Verwaltung empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</p> <p>Auf den Finanzantrag Finanzhaushalt lfd. Nr. 205 wird verwiesen.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

165	Die Stadt erteilt ihren Banken den Auftrag, die städtischen Geldanlagen nachhaltig im Sinne des Pariser Klimaabkommens und der Agenda 2030 umzuschichten.	Die Linke	IWU	<p>Alt: Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu: Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie (Prio 1)</p>	Bei der anstehenden Überarbeitung der städtischen Anlagerichtlinie wird dieser Punkt aufgegriffen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
166	Wir beantragen die Übertragung, Aufzeichnung und Archivierung des öffentlichen Teils der Ratssitzungen Kirchheim unter Teck. Die Stadtverwaltung möge im ersten Schritt den technischen Aufwand inklusive anfallender Kosten für die Erstanschaffung, Unterhaltung und Pflege der Daten ermitteln und ein Konzept dafür in den Gemeinderat einbringen.	Die Linke	BSB	<p>Alt: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 9)</p> <p>Neu: Moderne Verwaltung und Gremien (Prio 4)</p>	Mittel für die Liveübertragung von Sitzungen des Gemeinderates sind im Haushaltsentwurf mit 17.600 Euro (im Ergebnishaushalt) eingeplant. Für das Konzept wird auf die Sitzungsvorlage GR/2021/117 aus der November-Sitzungsrunde verwiesen. Das Konzept beinhaltet im Probetrieb aufgrund der bedeutend höheren datenschutzrechtlichen Anforderungen nur die Liveübertragung und keine Archivierung.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
167	Bei offiziellen Kranzniederlegungen für die Opfer der Weltkriege wird auch den zivilen Opfern des Faschismus und des 2. Weltkrieges am Denkmal für die Zivilen Opfer auf dem alten Friedhof mit einem Kranz gedacht.	Die Linke	BSB	<p>Alt: Kultur (Prio 10)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	Ab dem Jahr 2022 wird auch am Mahnmal für die zivilen Opfer des Nationalsozialismus ein offizieller Kranz niedergelegt werden. Bis dahin hat die Stadt 21 Rosen für die 21 Opfergruppen in die Mahnmalkonstruktion hineingesteckt.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

168	Solange die 3-G-Regel gilt und keine Impflicht besteht, wird in Kirchheim eine öffentliche Teststation vorgehalten. Ein wöchentlicher Test ist kostenlos.	Die Linke	BSB	<p>Alt: Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8)</p> <p>Neu: Gesundes und sicheres Leben (Prio 3)</p>	<p>Um weiterhin eine Testinfrastruktur in Kirchheim aufrecht zu erhalten, ist seit kurzem eine Teststation im Erdgeschoss der Kornstraße 4 eröffnet worden. Die Testaktion wird von der Firma Covi Medical betrieben, diese waren bis dato am Rossmarkt und sind weiterhin in der Paracelsus Straße aktiv. Die Stadt Kirchheim unterstützt weiterhin ein Testangebot an zentraler Stelle, in dem sie die Räumlichkeiten zu einem vergleichsweise niedrigen Mietzins zur Verfügung stellt.</p> <p>Aufgrund der hohen Kosten, die die Stadt bei der Bereitstellung eines kostenlosen Testangebots zu tragen hätte, empfiehlt die Verwaltung, sich an der Vorgehensweise von Bund und Land zu orientieren. Sollte es wieder kostenlose Bürgertests geben und die Kosten hierfür von Bund oder Land getragen werden, wird die Stadtverwaltung erneut geeignete Räumlichkeiten für eine Teststation zur Verfügung stellen.</p> <p>Die Verwaltung empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
169	Ökologischer Umbau Parkplatz „Rübholz“ > Untersuchung Öko-Bilanz durch Teilentsiegelung, (Plan von Hr. Zimmer liegt vor) Kostenschätzung, Zuschussmöglichkeiten prüfen	OR Ötlingen	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Angesichts der notwendigen Priorisierung von Haushaltsmitteln hält die Verwaltung den ökologischen Umbau des Parkplatz „Rübholz“ für nicht vorrangig erforderlich.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
170	Örtlicher und überörtlicher Fuß- und Radweg parallel zur Steige (bis Egerthäusle) > Untersuchung Platzbedarf westlich, ökologische Machbarkeit im Hinblick auf Sicherheit, Bedarf an Wiesengrundstücken, Ermittlung Eigentümer, Abstimmung mit Straßenbaubehörde da Kreisstraße, Kosten, Zuschuss vom Kreis und Land prüfen	OR Ötlingen	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Die Zuständigkeit liegt beim Landkreis. Die Verwaltung wird diese Maßnahme zur Fortschreibung der Radwegekonzeption des Landkreises anmelden.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

171	Überörtlicher Fuß- und Radweg ab Egerhäusle bis Kreisverkehr Richtung Notzingen (= Lückenschluss bis Notzingen; ab Kreisel bis Notzingen bereits vorhanden), Untersuchung Platzbedarf, ökologische Machbarkeit, Abwägung im Hinblick auf Sicherheit, Wegeführung, Ermittlung Eigentümer, Kosten + Zuschussmöglichkeiten prüfen	OR Ötlingen	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Auf die lfd. Nr. 170 wird verwiesen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
172	Sanierung Isolde-Kurz-Straße im Rahmen der OMI > dieser Abschnitt wurde bislang als letzte Maßnahme der OMI-Sanierung vorgestellt > aktueller Sachstand ?	OR Ötlingen	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Die Sanierung der Isolde-Kurz-Straße kann aufgrund der zeitlichen Schiene –Ende Sanierungsgebiet- sowie aus haushaltstechnischen und personellen Gründen sowie Umfang Förderrahmen nicht mehr innerhalb des Sanierungsgebietes umgesetzt werden – diese Information wurde bereits zu früheren gleichlautenden Anträgen gegeben.</p> <p>Bei der Vorstellung für den Bauabschnitt BA2A innerhalb der Bürgerinformationsveranstaltung vom 02.05.2019 sowie im IWU am 06.11.2019 wurde im Gesamtkonzept für die Sanierung der OMI Ötlingen die Isolde-Kurz-Straße nicht mehr berücksichtigt. Ebenfalls wurde in der Stellungnahme zu den Anträgen zum Haushaltsentwurf 2020/2021 folgendes mitgeteilt: <i>„Die Umsetzung der Bauabschnitte BA2A+BA2B und die Mittelanmeldungen sind wie folgt geplant: 2020: 1.200.000 € (Anteile BA2A: 519.000 €, BA2B: 681.000 €) 2021: 1.050.000 € (Anteil BA2B) 2022: 100.00 € (Anteil BA2B) Der Bauabschnitt Isolde-Kurz-Straße bis zur Lauter kann bis zum Ende des Sanierungsgebiets im April 2022 (einschl. Verlängerungen) zeitlich und kostenmäßig nicht umgesetzt werden.“</i> Siehe auch lfd. Nr. 11.</p>	<p><u>Antrag von StR Eisenmann (SPD):</u></p> <p>Auftrag an die Verwaltung, die Sanierung der Isolde-Kurz-Straße im Rahmen des Sanierungsgebiets Ortsmitte Ötlingen zu prüfen und den Gremien zur weiteren Entscheidung vorzulegen.</p> <p>16 Ja-Stimmen 3 Enthaltungen</p> <p>→ Der Antrag erhält eine Mehrheit.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

173	Ladestationen im öffentlichen Raum > Wie ist der Planungsstand: (wie z.B. Standort neue EM-Halle bzw. Sporthalle, Bahnhof, Rathausplatz, an einem Parkplatz entlang der Stuttgarter Straße Ortsmitte, oder z.B. östlich Lenaustraße)?	OR Ötlingen	IWU	Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4) Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)	Auf die lfd. Nr. 28 wird verwiesen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
174	Weiterführung der Sozialraumanalyse in Ötlingen - Schwerpunkt Ortsmitte um das Rathaus - Angebot eines Wochenmarkts - Konzept für Haus der Vereine	OR Ötlingen	BSB	Alt: Gesellschaftliche Teilhabe und Bürgerschaftliches Engagement (Prio 6) Neu: Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement (Prio 3)	Die Sozialraumanalyse in Ötlingen wird fortgesetzt. Zur Attraktivierung der Ortsmitte Ötlingen wird ein Workshop des Ortschaftsrats mit der Verwaltung vereinbart. In diesem Kontext können auch die Optionen für einen Wochenmarkt diskutiert werden. Der Ortsvorsteher wird gebeten, zu gegebener Zeit auf die Verwaltung zuzukommen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
175	OMI: - Sanierung der Stuttgarter Straße im Rahmen bzw. im Anschluss der OMI-Sanierung von Wielandstraße bis einschließlich Kreuzung Fabrikstraße - Herstellung einer Ladeinfrastruktur für E-Automobile	OR Ötlingen	IWU	Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4) Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)	Bezüglich der Ladeinfrastruktur wird auf die lfd. Nr. 28 verwiesen. Die Sanierung der Stuttgarter Straße zwischen der Wielandstraße und der Fabrikstraße, einschließlich des Kreuzungsbereiches kann aufgrund der zeitlichen Schiene – Ende Sanierungsgebiet- sowie aus haushaltstechnischen und personellen Gründen sowie Umfang Förderrahmen nicht mehr innerhalb des Sanierungsgebietes umgesetzt werden. Siehe auch lfd. Nr. 11.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
176	Neu-Bebauung ehemalige Haldenschule: Eigentum des Gebäudes am nördlichen Bereich des Areal der ehemaligen Haldenschule zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Erstellung eines Sozialraums	OR Ötlingen	IWU	Alt: Wohnen (Prio 1) Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)	Die Erstellung eines Sozialraumes ist im Zuge der Schaffung von Wohnraum im Bereich der ehemaligen Haldenschule ein Mehrwert für das Quartier „Halde“. Das städtische Quartiersmanagement unterstützt seit Jahren den Aufbau eines Nachbarschaftsnetzwerkes in der Halde. Auch von den Haldenbewohnern selber kommt der Wunsch nach einem ganzjährigen, barrierefreien Begegnungsraum (Quartiersplatz nur saisonal und bei gutem Wetter geeignet), um nachbarschaftliche Aktivitäten und Begegnungen zu ermöglichen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

177	Attraktivierung des Aussichtspunkts am Wasserreservoir	OR Ötlingen	IWU	<p>Alt: Tourismus (Prio 11)</p> <p>Neu: Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (Prio 2)</p>	<p>Fläche in Privatbesitz. Maßnahmen von Seiten Stadt daher nicht möglich.</p> <p>Die Verwaltung schlägt vor, dass sich der Ortschaftsrat inhaltlich mit dem Thema auseinandersetzt. Die Verwaltung kann fachliche Unterstützung leisten.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
178	Alternativer Standort für den Skaterplatz aufgrund der städtebaulichen Entwicklung zur Wohnbebauung am Ötlinger Güterbahnhof.	OR Ötlingen	BSB	<p>Alt: Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	<p>Im nächsten Doppelhaushalt wird die Spielplatzentwicklungsplanung fortgeschrieben. Der Antrag kann im Zuge der Fortschreibung geprüft und in der Konzeption beachtet werden.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
179	<p><u>Erschließung der nördlichen Kornbergstraße vorantreiben (Ifd. Nr. 8 und Ifd. Nr. 26 der Haushaltsanträge aus den Stadtteilen)</u></p> <p>Die Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes am nördlichen Stadtteilrand ist durch die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes bereits festgelegt. Die Umlegung eines der drei möglichen Wohngebiete wird als notwendig erachtet.</p>	OR Jesingen	IWU	<p>Alt: Wohnen (Prio 1)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)</p>	<p>Parallel zum Verfahren der Fortschreibung des Flächennutzungsplan 2035, in dieser auch insgesamt 3 Arrondierungsgebiete für Allgemeine Wohngebiete Kornbergstraße, Leiblensbett und Roggenäcker werden in Zusammenarbeit mit der Fachverwaltung die Eigentümer ermittelt bzw. erneut ermittelt und eine Mitwirkung bei einer Umlegung abgefragt. Das weitere Verfahren wird nach Vorliegen der Rückläufe festgelegt.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

180	<p><u>Sanierung einer städtischen Straße im Stadtteil (Ifd. Nr. 12 und Nr. 29 der Haushaltsanträge aus den Stadtteilen)</u> Der Straßenzustandsbericht aller städtischen Straßen wird als sinnvoll erachtet, außerhalb dieser Straßenplanungen wird im Stadtteil die Sanierung der Naberner Straße beantragt.</p>	OR Jesingen	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Eine Sanierung der Naberner Straße (Vordere Straße bis Bahnlinie) wird in 2022 geplant und umgesetzt.</p> <p>Auf die Ifd. Nr. 11 wird verwiesen.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
181	<p><u>Einstellen von Mittel zur Feldwege Instandsetzung (Ifd. Nr. 14 und Nr. 28b der Haushaltsanträge aus den Stadtteilen)</u> Der Antrag des Ortschaftsrates lautet: einen Feldweg im Stadtteil Jesingen zu sanieren.</p>	OR Jesingen	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Zur Instandhaltung von Feldwegen können Fördermittel des Landes angefordert werden. Hierzu ist eine Konzeption Voraussetzung für die Gewährung des Zuschusses für die durchzuführenden Sanierungsmaßnahmen. Durch die Belastung der Feldwege im Rahmen der ICE-Stromtrassen-Zugang werden Kostenerstattungen in Aussicht gestellt. Um Synergien zeitnah zu nutzen, wird die Erstellung der Feldwegekonzeption auf das Jahr 2023 vorgezogen werden. Anschließend sind im Haushalt für die Jahre 2024 100.000 € und in 2025 50.000 € vorgesehen.</p>	<p><u>Antrag von StR Ambacher (Freie Wähler):</u></p> <p>Auftrag an die Verwaltung, zwei Feldwege in der Ortschaft Jesingen durch den Bauhof instand zu setzen sowie einen Feldweg durch Eigenleistung der Landwirte instand zu setzen.</p> <p>18 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme</p> <p>→ Der Antrag erhält eine Mehrheit. → Die Finanzierung erfolgt über das laufende Budget im Haushalt.</p>	
182	<p><u>Bau der Kalthalle auf dem Sportgelände Lehenacker (Ifd. Nr. 17 und 25 der Haushaltsanträge aus den Stadtteilen)</u> Der Ortschaftsrat beantragt das Vorantreiben einer Kaltlufthalle.</p>	OR Jesingen	BSB	<p>Alt: Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	<p>Auf die Ifd. Nr. 107 wird verwiesen.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

183	<p><u>Erstellung einer Sozialraumanalyse (Ifd. Nr. 18 der Haushaltsanträge aus den Stadtteilen)</u> Es wird ein Sperrvermerk für das Jahr 2023 beantragt.</p>	OR Jesingen	BSB	<p>Alt: Gesellschaftliche Teilhabe und Bürgerschaftliches Engagement (Prio 6)</p> <p>Neu: Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement (Prio 3)</p>	<p>Die Ergebnisse der Jugendumfrage in Kirchheim unter Teck durchgeführt, welche zusammen mit BePart!, Gemeinderäten, Vertreter der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit sowie Interessierten erarbeitet wurde. Wichtig bei der Jugendumfrage war, dass Ergebnisse auch für die Teilorte und Stadtteile ausgewertet werden können. Die Ergebnisse liegen vor und sind aktuell gremienrelevant, so dass für Jesingen Bedarfe abgeleitet werden können. Der Projektantrag zur Sozialraumanalyse, der an das Landesprogramm Quartier 2030 für eine Förderung gestellt wurde, wurde leider negativ beschieden. Eine erneute Bewerbung wird in Erwägung gezogen. Um die Bedarfe im Stadtteil abzufragen wird ein Bürgerforum Mitte des Jahres 2022 im Open Space Format geplant und durchgeführt. Hierzu sind im Ergebnishaushalt 5.000 €, wie bereits in der Beantwortung der Anträge aus den Ortschaften vorgesehen. Ein Sperrvermerk wird nicht befürwortet.</p>	<p>Sperrvermerk für das Jahr 2023 in Höhe von 50.000 Euro</p> <p>4 Ja-Stimmen 7 Nein-Stimmen 7 Enthaltungen</p> <p>→ Der Antrag erhält keine Mehrheit.</p>	
184	<p>Bildungshaus: Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses zum Neubau des Kindergartens entsprechend der Kostenschätzung und der Zeitvorgabe. Sanierung der Grundschule entsprechend der Kostenschätzung nach Zustimmung des Gemeinderates nach der Investitionsklausur.</p>	OR Nabern	BSB	<p>Alt: Bildung (Prio 2)</p> <p>Neu: Bildung (Prio 1)</p>	<p>Der Neubau des Kindergartens wird gemäß des GR - Baubeschlusses umgesetzt. Die Fertigstellung ist für das 3.Quartal 2023 geplant. Anschließend erfolgt die Sanierung der Grundschule, vorbehaltlich der Genehmigung des HH 2022/2023.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

185	Rathausareal im Ortskern (Rathaus, ehemaliger Bauhof, Alte Kirchheimer Straße 5): Zukunftskonzeption! Eventuell vollständige Überplanung – Mittel für Konzeption werden beantragt. Vorab interne Verwaltungskosten, anschließend Architektenwettbewerb. Aktuell zu berücksichtigen insbesondere nicht vorhandene Barrierefreiheit beim Zugang zu den Rathausbüros im 1. OG und energetische Mängel des Gebäudes sowie schlechte Bausubstanz des angrenzenden, leerstehenden Gebäudes Alte Kirchheimer Straße 5.	OR Nabern	IWU	Alt: Wohnen (Prio 1) Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)	Barrierefreiheit ist in der Tat ein Problem, daher Rathaus nicht mehr zeitgemäß in Sachen Bürgerfreundlichkeit. Substanz insgesamt gut, Zustand befriedigend, kleinere Maßnahmen nötig. Insgesamt wird Überplanung und damit verbunden Neubau Rathaus von OV nicht als kurzfristige Priorität, sondern eher langfristiges Thema gesehen. Die Verwaltung regt an, dass von Seiten des Ortschaftsrats Ideen für die künftige Gestaltung gesammelt werden. Hierzu soll es als „Kick-Off“ Anfang 2022 eine Klausurtagung geben.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
186	Sicherung des städtischen Gebäudes „Alte Kirchheimer Straße 5“ – 10 000 Euro.	OR Nabern	IWU	Alt: Wohnen (Prio 1) Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)	Auf die lfd. Nr. 185 wird verwiesen.	<u>Antrag von StR Kneile (Freie Wähler):</u> Sicherung des städtischen Gebäudes „Alte Kirchheimer Straße 5“ und hierfür Bereitstellung von 10.000 Euro. 12 Ja-Stimmen 6 Nein-Stimmen 1 Enthaltung → Der Antrag erhält eine Mehrheit. → Der Antrag wird damit zum Finanzantrag im Ergebnishaushalt (vgl. lfd. Nr. BA 186)	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

187	Renovierung Bürgersaal: Für die Modernisierung unseres Bürgersaals, der nicht nur den Vereinen zur Verfügung steht, sondern auch für standesamtliche Trauungen dient, beantragen wir 7500 Euro.	OR Nabern	BSB	Alt: Kultur (Prio 10) Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)	Die baulichen Sanierungsmaßnahmen werden 2021 durchgeführt. Für eine neue Möblierung und textile Ausstattung sind 7.500 € veranschlagt.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
188	Aufnahme in das Landessanierungsprogramm: Nachdem wir in den letzten Haushaltsreden immer um die Aufnahme in das Landessanierungsprogramm gebeten haben, bitten wir die Verwaltung erneut, sich um die Aufnahme ins Landessanierungsprogramm aktiv zu bemühen. Wir verweisen u.a. auf unseren Antrag Nummer 2. Rathausareal	OR Nabern	IWU	Alt: Wohnen (Prio 1) Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)	Auf die lfd. Nr. 78 wird verwiesen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
189	Parkplatz Oberer Wasen: Wir bitten um Mittel zur Instandsetzung und Umgestaltung des sanierungsbedürftigen Parkplatzes am Sportgelände und Spiel- und Grillplatz Oberer Wasen. Insbesondere beantragen wir eine Instandsetzung der bituminös befestigten Parkplätze und ein überarbeiten und ebnen der Schotterflächen.	OR Nabern	IWU	Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4) Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)	Der Parkplatz ist in einem sanierungswürdigen Zustand. Die Verwaltung schlägt eine einfache Sanierung als gemeinsame Arbeit von Vereinen und Verwaltung vor. Zunächst ist die Mitwirkungsbereitschaft der örtlichen Vereine abzuklären.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
190	Einrichten eines einfachen Wohnmobil Stellplatzes am Parkplatz Oberen Wasen. Kosten ca. 10.000,00 €	OR Nabern	IWU	Alt: Wirtschaftsförderung (Prio 3) Neu: Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (Prio 2)	Im Zuge der Instandsetzung des Parkplatzes Oberer Wasen ist auch die Einrichtung eines einfachen WoMo-Stellplatzes mit den bereits vorhandenen sanitären Einrichtungen vorstellbar. Die Verwaltung sowie Ortsvorsteher werden hierzu die notwendige Vorgehensweise (z.B. Abstimmung mit der Gastronomie, Sportverein) abstimmen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

191	Wir beantragen die Mittel für eine Beleuchtung des Schul-, Fuß und Radwegs nach Kirchheim und eine Instandsetzung des Weges nach Abschluss der Bauarbeiten zum Alvorlandtunnel. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Verbesserung dieses Radwegs eine zwingende Voraussetzung für eine gute und sichere Anbindung unseres Teilorts an die Kernstadt ist und somit ein Angebot zum Umstieg aufs Rad geschaffen wird.	OR Nabern	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Auf die lfd. Nr. 91 wird verwiesen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
192	Beleuchtung des Radwegs zum Oberen Wasen: Wir beantragen die Mittel für eine Beleuchtung der Radwegverbindung zum Sportgelände Oberer Wasen ab dem Ortsausgang Weilheimer Straße um eine attraktive und vor allem sichere Verbindung zum Sportgelände zu gewährleisten.	OR Nabern	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Eine Beleuchtung der Wegeverbindung zum Sportgelände erachtet die Verwaltung als sinnvoll. Aus haushaltstechnischen Gründen kann die Radwegbeleuchtung jedoch derzeit nicht umgesetzt werden.	<p><u>Antrag von StR Kneile (Freie Wähler):</u></p> <p>Auftrag an die Verwaltung, eine Planung aufzulegen, sodass in den Haushaltsberatungen 2024/2025 über eine konkrete Summe befunden werden könne.</p> <p>19 Ja-Stimmen</p> <p>→ Der Antrag erhält eine Mehrheit. → Die Finanzierung erfolgt über das laufende Budget im Haushalt.</p>	
193	Einrichtung von Fahrradstellplätzen an den Bushaltestellen.	OR Nabern	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Auf die lfd. Nr. 42 wird verwiesen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

194	Spielgerät für Kleinkinder am Mehrgenerationenspielplatz: Wir beantragen Mittel für ein Gerät für Kleinkinder auf unserem Mehrgenerationenspielplatz. Ein solches fehlt bis dato – 5000 Euro.	OR Nabern	BSB	<p>Alt: Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8)</p> <p>Neu: Kultur, Sport, Freizeit (Prio 3)</p>	Für Kleinkinder steht ein Sandspielbereich zur Verfügung. Die Gestaltung wurde über ein Beteiligungsverfahren im Zuge der Planung abgestimmt. Bei den vorhandenen Spielplätzen sollte vor weiteren Umgestaltungen und Montage zusätzlicher Spielgeräte die Spielplatzentwicklungskonzeption (beantragt im HH 2022/2023) abgewartet werden.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
195	Bau einer Waldmurmelbahn als Bürgerbeteiligungsprojekt – 25 000 Euro.	OR Nabern	BSB	<p>Alt: Einwohnerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit (Prio 7)</p> <p>Neu: Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement (Prio 3)</p>	Im nächsten Doppelhaushalt wird die Spielplatzentwicklungsplanung fortgeschrieben. Der Antrag kann im Zuge der Fortschreibung geprüft und in der Konzeption beachtet werden. Eine Umsetzung erfolgt auf Grundlage des Spielplatzentwicklungskonzepts.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
196	Ruhe- und Sitzbänke: Mit der Aufstellung weiterer Sitz- und Ruhebänke auf unserer Gemarkung wollen wir unseren Bürger*innen einen weiteren Anreiz zur Förderung von Erholung und Gesundheit bieten. Um diese Maßnahme umzusetzen, beantragen wir für die Beschaffung von Sitz- bzw. Ruhebänken einen Betrag von 5000 Euro.	OR Nabern	BSB	<p>Alt: Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8)</p> <p>Neu: Gesundes und sicheres Leben (Prio 3)/Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	Kann von Seiten der Verwaltung zugestimmt werden. Fördermittel (Naherholungsverein Neckar des Landkreises Essingen) können beantragt werden. Platzierung muss in Abstimmung zwischen Ortsverwaltung und Verwaltung erfolgen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
197	Erstellen einer öffentlichen Doppel Ladestation für E-Autos. Kosten ca. 10.000,00 €	OR Nabern	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Auf die lfd. Nr. 28 wird verwiesen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

198	Konzeption zum Klima- und Naturschutz vor Ort	OR Nabern	IWU	<p>Alt: Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu: Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie (Prio 1)</p>	<p>Konzepte für den Klimaschutz und Naturschutz werden für die Gesamtstadt erstellt, nicht für Teilorte. Im Juli 2021 wurde die Fortschreibung des integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Kirchheim unter Teck vom Gemeinderat verabschiedet. Es besteht jedoch die Möglichkeit die Konzepte im Ortschaftsrat vorzustellen und gemeinsam zu überlegen, bei welchen Maßnahmen und wie eine Umsetzung vor Ort möglich ist.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
199	Abfräsen und erneuern der Deck- und Binderschicht des Straßenbelags in der Alten Kirchheimer Str., von der Brühlstraße bis zur Gartenstraße.	OR Nabern	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Auf die lfd. Nr. 11 wird verwiesen.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
200	Abfräsen und erneuern der Deck- und Binderschicht des Straßenbelags in der Kirchhofstraße. Von der Gartenstraße bis zum Friedhof.	OR Nabern	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	<p>Auf die lfd. Nr. 11 wird verwiesen.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
201	Überprüfung sämtlicher Bebauungspläne auf Vorschriften, die Hochwasserschutz verhindern bzw. erschweren sowie Mittel für Hochwasserschutzmaßnahmen.	OR Lindorf	IWU	<p>Alt: Umwelt- und Naturschutz (Prio 5)</p> <p>Neu: Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie (Prio 1)</p>	<p>Die Mittel zur Finanzierung von Gewässerentwicklungsplänen und Umsetzung von Maßnahmen aus Gewässerentwicklungsplänen wurden mit Maßnahmen zum Hochwasserschutz ergänzt. Die Mittel wurden von 50.000 Euro im Jahr 2021 auf je 200.000 Euro in den Jahren 2022+2023 erhöht.</p> <p>Wird zugesagt, für den Fall, dass bestehende Regelungen in vorhandenen B-Plänen einen wirkungsvollen Schutz vor den Folgen der Starkregenereignisse verhindern. Die wesentliche und konkretere Prüfungsebene ist jedoch die des Baugenehmigungsverfahrens.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	
202	Kein Verkauf der Kinderkrippe Reuderner Straße solange Betreuungsplätze fehlen.	OR Lindorf	BSB	<p>Alt: Bildung (Prio 2)</p> <p>Neu: Bildung (Prio 1)</p>	<p>Die Verwaltung prüft die Nachnutzung des Grundstücks Reuderner Straße 6 und wird die Ergebnisse den Gremien zur weiteren Entscheidung vorlegen (siehe Beschluss zu SiVo GR/2020/076). Ein Verkauf ist bislang im Haushalt 22/23 auch nicht eingeplant.</p>	<p>Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.</p>	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

203	Erneuerung des Rasens am Bolzplatz und ggf. Einebnung und Entwässerung.	OR Lindorf	BSB	<p>Alt: Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8)</p> <p>Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)</p>	Kann über die Unterhaltungsmaßnahme verbessert werden. Größere Eingriffsmaßnahmen zur Einebnung des Bolzplatzes sind im nächsten DHH finanziell nicht beantragt und umsetzbar.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
204	Mittel für die Überarbeitung der Parksituation im Bereich Feuerwehrmagazin, Bürgerhaus und Friedhof.	OR Lindorf	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Die Parksituation kann im Rahmen des Planungsworkshops mit dem Lindorfer Ortschaftsrat behandelt werden.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
205	Mittel für die Neugestaltung des Platzes neben dem Rathaus und für 2 Schwalbennester	OR Lindorf	IWU	<p>Alt: Wohnen (Prio 1)/Umweltschutz (Prio 5)/Sport, Gesundheit und Erholung (Prio 8)</p> <p>Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)/Umwelt- und Naturschutz (Prio 2)</p>	<p>Die Neugestaltung des Platzes neben dem Rathaus kann im Rahmen des Planungsworkshops mit dem Lindorfer Ortschaftsrat behandelt werden.</p> <p>Die Schwalbennester können 2022 umgesetzt werden.</p>	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
206	Instandsetzung der Radaranlage in der Reuderner Straße.	OR Lindorf	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Die Verwaltung plant in den kommenden Jahren den Umbau aller stationären Messstellen zu Radarsäulen. Die dafür benötigten Finanzmittel sind im Haushalt 2022/23 enthalten. Bei der Säulenteknik entfällt die kostenintensive Unterhaltung der Messstellen und die Qualität und damit auch Verwertbarkeit der Messfotos ist deutlich besser. Der Umbau der Anlage in der Reuderner Straße wird auch schnellstmöglich vorgenommen werden.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
207	Zufahrt zum Kindergarten Eichwiesen umgestalten - Beantragung entsprechender finanzieller Mittel zur Umsetzung der mit den Anwohnern und innerhalb der Verwaltung besprochenen Maßnahmen.	OR Lindorf	IWU	<p>Alt: Mobilität, Transportnetze und Sicherheit (Prio 4)</p> <p>Neu: Mobilität und Versorgungsnetze (Prio 2)</p>	Die Verwaltung wird rechtzeitig zur Inbetriebnahme des Kindergartenneubaus in Abstimmung mit den Anwohnern und dem Ortsvorsteher geeignete Maßnahmen umsetzen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

208	Aussegnungshalle - Renovierung: Das Erscheinungsbild der Aussegnungshalle ist unschön. Die Außenfassade sollte überholt werden. Auch im Inneren sollten diverse Erneuerungen bzw. Überarbeitungen vorgenommen werden, z. B. die sanitären Anlagen.	OR Lindorf	BSB	Alt: Kultur (Prio 10) Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)	Die Sanierungsarbeiten werden 2022 in Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel durchgeführt.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
209	Rathaus - Glockenturm und Fachwerk kontrollieren (Schadstellen).	OR Lindorf	IWU	Alt: Wohnen (Prio 1) Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)	Der Glockenturm und das Fachwerk werden alle 5 Jahre überprüft und ggf. saniert. Die letzte Sanierung fand 2020 statt.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
210	Dreschschuppen: Zwischenboden einziehen. Der Dreschschuppen ist an Lindorfer Vereine verpachtet. Die Vereine haben in den letzten zwei Jahren die Außen-fassade in Eigenleistung aufwendig renoviert. Es besteht ein hoher Bedarf an Stauraum für die diversen Vereinsaktivitäten bzw. -utensilien. Insbesondere für die Krähle zum Brotbacken im Backhaus und für die Lagerung von Biertisch-Garnituren. Durch das Einbringen eines Zwischenbodens könnte der Dreschschuppen effektiver genutzt werden. Der Antrag bezieht sich daher auf das Anbringen eines Zwischenbodens im Dreschschuppen.	OR Lindorf	IWU	Alt: Wohnen (Prio 1) Neu: Wohnen und Quartiere (Prio 1)	Zusage der Verwaltung, das Material des Zwischenbodens (Holzkonstruktion) für den Einbau durch die Vereine zur Verfügung zu stellen, sowie eine statische Abnahme durchführen zu lassen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2022/2023

211	Bürgerhaus - Beleuchtungskonzept für Saal, Treppenhaus und Eingangsbereich. Die Beleuchtung im Saal ist in die Jahre gekommen. Das Licht im Treppenhaus und auf der Empore reicht nicht aus. Die Beleuchtungsanlage ist zudem sehr kostenintensiv. Deswegen der Antrag auf Überarbeitung des Beleuchtungskonzepts und Umstellung auf LED.	OR Lindorf	BSB	Alt: Kultur (Prio 10) Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)	Die fehlende Sicherheitsbeleuchtung und die Umrüstung der Saalbeleuchtung auf LED wurden bis zur Entwurfsplanung bereits geplant. 2022 wird ein Förderantrag für die LED Beleuchtung gestellt. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgen in Abhängigkeit von der Förderzusage ab 2022.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
212	Bürgerhaus - Instandsetzung der Holzaußenfassade. Die Außenfassade des Bürgerhauses besteht aus einer Holzvertäfelung. Diese ist in die Jahre gekommen und sollte dringend repariert werden.	OR Lindorf	BSB	Alt: Kultur (Prio 10) Neu: Kultur, Sport und Freizeit (Prio 3)	Die Instandsetzung ist in 2022 vorgesehen.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	
213	Weiterer Umgang mit dem Zuschussantrag der Musikschule aus der Zentralen Antragstellung	Verwaltung	BSB	Alt: Bildung (Prio 2) Neu: Bildung (Prio 1)	Im Haushaltsplanentwurf 22/23 sind keine zusätzlichen Mittel für den Förderantrag der Musikschule enthalten. Der Antrag der Musikschule auf Erhöhung des Zuschusses wird Anfang 2022 geprüft. Sollte nach erfolgter Prüfung der Zuschuss im Jahr 2022 erhöht werden, so kann dieser über die Deckungsreserve finanziert werden.	Durch Erklärung der Verwaltung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/156 bzw. der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Spalte 6 dieser Tabelle) erledigt.	